



**SOLIDARITÄTS-
KONZERT**
IN DER EISSPORTHALLE
FREITAG, 27. JUNI
19.00 UHR
MIT
WALTER MOSSMANN
BETTINA WEGNER
LOS OLIMARENOS
ISABEL UND ANGEL PARRA

EINLASS IN DER EISSPORTHALLE AB 18.00 UHR

VORVERKAUF:

in allen bekannten Vorverkaufsstellen sowie im FDCL, Savignyplatz 5, in der Galerie 70, Schillerstr. 70, und in GEW-Geschäftsstelle, Ahornstr. 5

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 82

7. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Juni 1980

Solidaritätspreis DM 3,—



Aus dem Inhalt dieser Nummer:

BRASILien: Metallarbeiterstreik — **EL SALVADOR:** Zwischen Bürgerkrieg und Intervention — **CHILE:** 1. Mai — **HONDURAS:** Wahlen — **GUATEMALA:** Repression gegen Indianer — **PERU:** Landbesetzungen

INHALTSVERZEICHNIS

ZU DIESEM HEFT	3
I. BERICHTE	4
— BRASILIEN: Formale Demokratie: Ja	
soziale Rechte: Nein	4
Proteste gegen AKW	11
Sobradinho Staudamm	12
EL SALVADOR: Zwischen Bürgerkrieg und US-Intervention	15
— HONDURAS: Volk siegt über Wahlbetrug	22
— COSTA RICA: Universitätsstreik und Studentenbewegung	25
— JAMAICA: Regierung bricht mit dem IMF	28
— KOLUMBIEN: Amnesty-Berichte	31
— CHILE: 1.Mai	35
Die »Harten« und die »Weichen«	39
— ARGENTINIEN: Bericht der OAS-Menschenrechtskommission ..	42
Martínez de Hoz in Bonn	44
— BOLIVIEN: Putsch ohne Putsch	45
II. HINTERGRUND	47
— PERU: Agrarreform und Bauernbewegung	47
— GUATEMALA: Repression gegen Indianer	53
— CHILE: Yumbel-Die Toten kehren zurück	57
III. SOLIDARITÄT	60
— HAITI: Haiti-Informationsbüro	60
Ein Lied für Nicaragua	63

ZU DIESEM HEFT

Unterdrückung und Repression gegen die Arbeiterbewegung kennzeichneten auch in diesem Jahr wieder den 1. Mai in Lateinamerika. Obwohl in den meisten lateinamerikanischen Ländern jegliche Gewerkschaftsaktivität mit harten Strafen bedroht wird, fürchten die Militärdiktaturen den 1. Mai: vor allem in Guatemala und Chile wurde versucht, schon in den Wochen vor dem 1. Mai mit Einschüchterungen "der Arbeiterbewegung die Courage abzukaufen", wie es ein Militär formulierte. Es kam zu Verhaftungen und Verboten, die jedoch große Veranstaltungen nicht verhinderten. In Brasilien endete vor einer Woche der längste und bestorganisierte Streik der Metallarbeitergewerkschaft, in dessen Verlauf es auch am 1. Mai zu beeindruckenden Großveranstaltungen kam. Der Streik der Metaller scheiterte schließlich an der auf harten Konfrontationskurs eingestellten Regierung Figueiredos.

Wenn dieses Heft den Leser erreicht, haben in Peru die Wahlen stattgefunden. Wir werden in der nächsten Nummer auf ihren Ausgang eingehen. Über den anhaltenden Terror in Mittelamerika informieren wir auch in diesem Heft, vor allem in Berichten über El Salvador und Guatemala. Die Vorgeschichte zur Massenflucht von Kubanern stellten wir in der letzten Nummer ausführlich dar. Die Aggressivität der US-Politik gegenüber Kuba und Zentralamerika zeigte sich in diesen Wochen am Beispiel umfangreicher militärischer Manöver in der Karibik. Allzu lange waren bzw. sind die Länder der Dritten Welt "Spielbälle der Großmächte". Mit dem jugoslawischen Staatspräsidenten Tito starb am 4. Mai einer der Gründer der Blockfreien Bewegung, einer Bewegung, deren Ziel es ist, den Ländern der Dritten Welt eine von den Blöcken unabhängige Politik zu ermöglichen. Die Politik Titos hat eine Tendenz aufgezeigt, die den Frieden in der Welt sicherer machen soll. Entgegen solchen Bemühungen haben sich die internationalen Spannungen so verschärft, daß heute sogar von der Gefahr eines Atomkrieges gesprochen wird. Dieses verlangt unser aller Engagement!

In der aktuellen Situation ist es notwendig, unseren Widerstand gegen Kriegsvorbereitungen zum Ausdruck zu bringen und auch gegen zunehmende Militarisierungstendenzen in der Bundesrepublik (vergleiche die öffentlichen Rekrutenvereidigungen in Bremen und Emden) zu protestieren.

Grundsätzlich zeigt die jetzige Entwicklung aber deutlich, wie wichtig der Kampf gegen die Ursachen ist, aus denen Unterdrückung und Kriege entstehen. In diesen Zusammenhang gehören die Beiträge dieses Heftes über den IWF und Jamaika (Bundesfinanzminister Matthöfer gehört zu den mächtigsten Männern im IWF) und über die bundesdeutschen Waffenlieferungen an die Diktatur in Guatemala. Die Beschäftigung mit den Ursachen von Unterdrückung soll ebenfalls im Zentrum der LATEINAMERIKA TAGE '80 stehen, die vom FDCL (Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile - Lateinamerika) in der Zeit vom 16. bis 29. Juni in Berlin veranstaltet werden. Unter dem Schwerpunktthema "Bundesrepublik: Partner Lateinamerikas?" sollen die Beziehungen zwischen unserem Land und dem lateinamerikanischen Kontinent kritisch durchleuchtet werden. Der kommentierte Veranstaltungskalender kann im FDCL zum Preis von DM 1,- (plus Porto) angefordert werden.

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

Jahrgang 7 der

CHILE-NACHRICHTEN

erscheint monatlich

(mindestens 11 mal im Jahr)

Redaktionsschluß dieser Nummer: 15. Mai 1980

Abo-Preis: DM 35,—

Vorauszahlung auf:

Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«

PSA Berlin West, Eilfriede Kohut, Nr. 380087-108

Bankleitzahl 100 100 10; Kennwort: Neu-abo '80

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

c/o FDCL

Savignyplatz 5

1000 Berlin 12

Tel. 030/313 5065

Redaktion:

Redaktionskollektiv

V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Der Nachdruck von Artikeln aus den

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

ist mit Quellenhinweis gestattet. Be-

legexemplare erbeten.

BRASILILIEN

Formale Demokratie: Ja — Soziale Gerechtigkeit: Nein

Nach sechswöchiger Dauer ging am 11. Mai der bisher längste und härteste Streik der Metallarbeiter von Sao Paulo zu Ende. Die Arbeiter konnten keine ihrer Forderungen durchsetzen, die Gewerkschaftsleitung um 'Lula' ist im Gefängnis, den Beteiligten drohen Massenentlassungen. An diesen ernsten Folgen wird die neuentstandene brasilianische Gewerkschaftsbewegung schwer zu tragen haben. Dennoch könnte sich der Sieg der Regierung als Pyrrhus-Sieg erweisen: Noch nie hat die brasilianische Arbeiterbewegung einen so gut organisierten Kern gehabt, und noch nie besaß sie so enge Verbindungen zu praktisch allen oppositionellen Kräften des Landes.

Am 30. März beschlossen 80 000 in einem Fußballstadion versammelte Metallarbeiter: Ab 1. April stehen die Fabriken still. In den frühen Morgenstunden dieses Tages liefen die Vollzugsmeldungen bei der Gewerkschaftsleitung ein: VW, Chrysler, Mercedes-Benz, Ford, Saab-Scania... Die Gewerkschaften anderer Städte schlossen sich an. Insgesamt traten im Bundesstaat Sao Paulo 250 000 Metallarbeiter in den Ausstand. Selbst die Unternehmensleitungen gaben zu, daß der Streik zu 90 % befolgt wurde. Jeder richtete sich auf einen langen Arbeitskampf ein - daß er aber sechs Wochen dauern würde, erwartete niemand.

Die Arbeiter hatten einen Katalog mit 23 Forderungen aufgestellt; die wichtigsten davon waren:

1. Realloohnerhöhungen von 15 %, als Ersatz für jahrelange Reallohnverluste; also zusätzlich zu den 39 % Inflationsausgleich, den die Unternehmer nach dem neuen Lohnanpassungsgesetz ohnehin aufgrund der offiziell festgesetzten Teuerungsrate für das vergangene Halbjahr zahlen müssen.
2. Ein Jahr Garantie für den Arbeitsplatz, damit niemand aufgrund des Streiks entlassen werden kann (wie im vorigen Jahr geschehen), vor allem aber als Schutz gegen die 'Rotation', ein vor allem in der ausländischen Automobilindustrie beliebtes System, die Arbeiter um die Vorteile längerer Betriebszugehörigkeit zu prellen. Ca. 40 % der Metallarbeiter von Sao Bernardo, dem wichtigsten Industrie-Vorort von Sao Paulo, werden kurz vor Ablauf eines Jahres etwa von VW entlassen und dann z.B. bei Ford wieder angestellt - zu Anfangsbedingungen, also zu niedrigstem Lohn, ohne Gratifikationen und ohne Ansprüche auf betriebliche Sozialleistungen. Da fast alle Auto-Multis an einer Straße liegen, ist das leicht möglich.
3. Abschaffung der mörderischen 48-Stunden-Woche und Übergang zur 40-Stunden-Woche.

4. Freie gewerkschaftliche Betätigung in den Betrieben, vor allem die Einrichtung einer Vertrauensleute-Körperschaft. Bei VW gibt es z.B. für 34 000 Belegschaftsmitglieder ganze zwei Betriebsräte, bei Mercedes einen für 18 000 (im Sindelfinger 'Mutter'-Betrieb von Daimler-Benz sind es 700 Vertrauensleute und 40 Betriebsräte auf 30 000 Mitarbeiter). Selbst eine gewerkschaftliche Anschlagtafel ist bisher in den Betrieben nicht erlaubt!

5. Abbau des repressiven Überwachungssystems in den Betrieben, vor allem ein Recht der Arbeiter, ihre Vorarbeiter und Meister abzuwählen, wenn sie sich weiter - wie meist bisher - als Antreiber und Spitzel der Firmenleitung betätigen. VW gehört dabei zu den Unternehmen mit den schärfsten innerbetrieblichen Kontrollen in Brasilien. Sie beginnen mit der rigiden Überwachung der aus- und eingehenden Beschäftigten an den Toren und reichen bis zur Zeitkontrolle beim Toiletten-Gang. Nach einhelliger Überzeugung gehört die Mehrheit des Toiletten-Personals der Werkpolizei an und wird dafür bezahlt, die Gespräche der Kollegen zu belauschen. Während der Arbeit gilt in den meisten Abteilungen ein absolutes Redeverbot. Seit 1973 sind auf dem gesamten Werksgelände Fernsehkameras angebracht, die von der Werkspolizei (unter Leitung von Offizieren a.D.) überwacht werden. Um zu verhindern, daß Arbeiter verschiedener Abteilungen unbeaufsichtigt miteinander sprechen, kleidet das Unternehmen jede Arbeit mit unterschiedlich farbiger Arbeitskleidung ein.

Organisiert und getragen wurde der Streik vor allem von der Gewerkschaft von Sao Bernardo unter der Leitung von Luís Inácio da Silva ('Lula'). Im Zuständigkeitsbereich dieser Zentrale (dem auch noch die Gemeinde Djadema angehört) gibt es 142 000 Metallarbeiter, von

Wöchentlich versammeln sich 80 000 im Fußball-Stadion



denen 42 000 Gewerkschaftsmitglieder sind - ein für Brasilien sehr hoher Prozentsatz. Sie arbeiten in insgesamt 670 Unternehmen, allein die Hälfte aber in nur fünf Auto-Multis, was ihre Organisation erleichtert. Durchschnittlich verdienen sie umgerechnet DM 440.-, bei einem Preisniveau, das insgesamt höchstens ein Drittel unter dem westdeutschen liegen dürfte. Aus den Erfahrungen des Vorjahrs, als die Regierung die Gewerkschaftsführung für abgesetzt erklärte und der damalige Streik führungslos zu werden drohte, hatten die Kollegen diesmal eine wichtige Konsequenz gezogen und eine breite Gruppe von Führungen auf mittlerer Ebene aus dem Boden gestampft: Auf unzähligen Versammlungen der Belegschaftsmitglieder aller wichtigen Firmen waren 480 Belegschaftsvertreter gewählt worden - darunter 50 Frauen - die als 'Mobilisierungs-Kommission' bereitstanden, um die Verbindung zwischen Basis und Streikleitung zu garantieren und den Kampf notfalls ohne die Führung um Lula weiterzutragen.

Bereits vor Streikbeginn hatte der Arbeitsminister angekündigt, daß er auch diesmal die Gewerkschaftsleitung 'intervenieren' (= durch Staatskommissare ersetzen) werde, aber diesmal nicht, wie im Vorjahr, über eine Rückkehr von Lula mit sich verhandeln lassen werde. Allen Beteiligten war klar, daß mit dem Streikbeschluß viel auf dem Spiel stand. Der Streik wurde sowohl von den Gewerkschaften wie vom Staat und den Unternehmerverbänden als Exempel verstanden: Für die Gewerkschaften ging es darum, auf der Woge der breiten Streikbewegung vom Vorjahr mit über 90 großen Streiks eine Bresche in die über 30 Jahre alte gewerkschaftsfeindliche Gesetzgebung zu schlagen, die nach faschistischem Muster die Gewerkschaften dem Arbeitsministerium unterstellt, sie zu Institutionen der Sozialhilfe degradiert und jede zwischengewerkschaftliche Organisation verbietet.

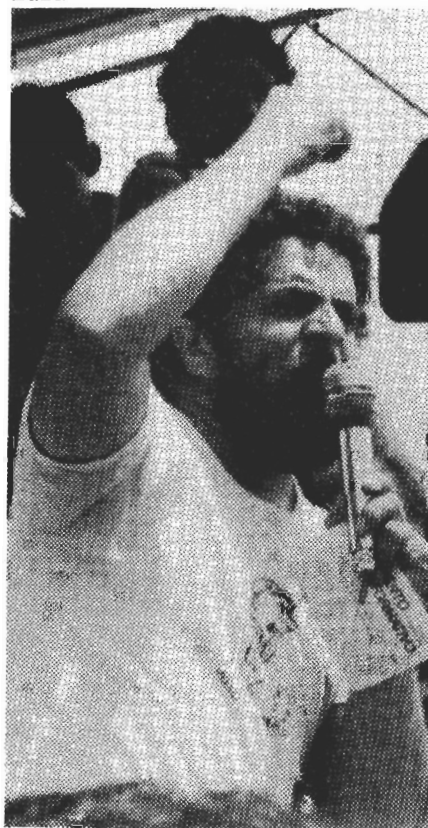
General Milton Tavares, Chef der Streikbekämpfung



Für die Militärs ging es darum, genau das zu verhindern, um ihr Projekt einer 'relativen Demokratie' - sprich: einer zivilen Bemäntelung ihrer Herrschaft - zu retten. Opposition ja - aber nur in den Kanälen von Parteien und Parlamenten, wo sie durch sichere Regierungsmehrheiten und -manipulationen kontrolliert werden können. Gewerkschaften allenfalls - solange sie wie früher weder den 'Arbeitsfrieden' noch die Profite antasten. Die 'politische Öffnung' endet dort, wo sie die herrschenden in- und ausländischen Wirtschaftsinteressen antasten würde. Diese Grenze galt es ein für allemal zu ziehen.

Daß viele der gewerkschaftlichen Forderungen in den 'Mutter'-Häusern der bestreikten Multis längst Selbstverständlichkeit sind, hinderte die brasilianischen Filialleiter nicht, sich voll auf diese harte Linie der Regierung zu stellen. Ihr Beitrag bestand in hinhaltenden Scheinverhandlungen ohne jede Diskussionsbereitschaft, Provokationen und einer Flut von Falsch- und Gegeninformationen über sämtliche verfügbaren Medien ("Mach es wie der Bruder von Lula, hör auf mit dem Streik").

Lula



Um ihr mühsam gestricktes 'demokratisches' Mäntelchen zu schonen, bemühte sich die Regierung, bei der Bekämpfung des Streiks eine gewalttätige Repression möglichst zu vermeiden und statt dessen alle Möglichkeiten der geltenden gewerkschaftsfeindlichen Gesetze auszuschöpfen. Diese Taktik erlitt ihre erste Schlappe, als das Arbeitsgericht sich entgegen seiner Tradition und zu aller Erstaunen außerstande erklärte, über die Illegalität des Streiks zu entscheiden. Daraufhin setzte die Regierung während der ersten beiden Wochen auf Zeitgewinn: Sie hoffte, der Streik würde von selbst abbröckeln. Dies geschah auch in einigen Städten des Landesinneren, wo sich die Arbeiter mit wesentlich niedrigeren Lohnerhöhungen zufrieden geben mußten. In Sao Bernardo dagegen trafen sich Woche für Woche - manchmal sogar öfter - zwischen 30 und 80 000 Metaller im Fußballstadion und stimmten jeweils geschlossen für den Fortgang des Streiks.

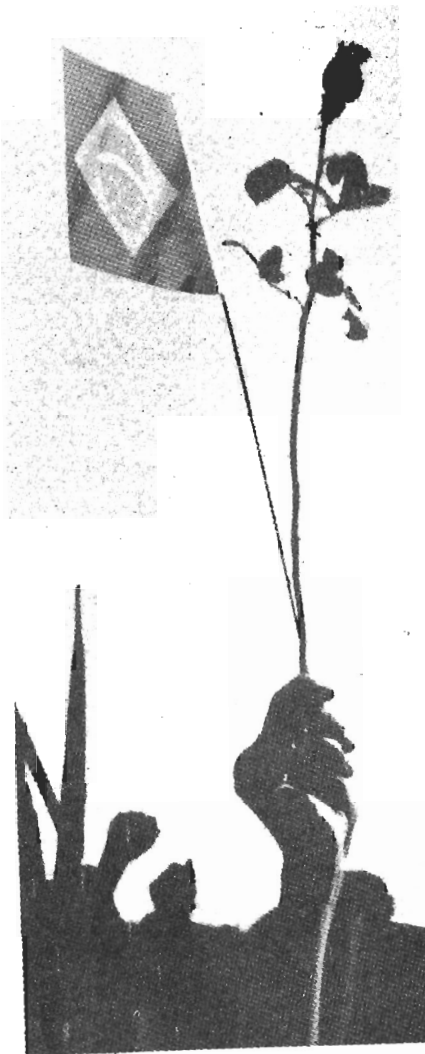
Unter massivem Druck der Regierung überlegte das Arbeitsgericht es sich schließlich anders und erklärte den Streik doch noch für illegal. Damit war der Weg frei für 'legale' Repression: Am 17.4. kam die Intervention. Zwei Tage später wurde Lula zusammen mit weiteren 33 Gewerkschaftlern, aber auch Rechtsanwälten der Kirche, verhaftet; bei Redaktionsschluß war er mit weiteren

zwölf noch immer in Haft. Ihnen droht Anklage nach dem Staatssicherheitsgesetz, was Haftstrafen zwischen 2 und 12 Jahren sowie lebenslängliche Amtsunfähigkeit bedeuten kann. Nach letzten Meldungen soll er sich im Hungerstreik befinden. Solidaritäts-Aktionen, z.B. Protestschreiben aller erdenklichen Institutionen an die brasilianische Regierung sind dringend erforderlich!

Am Tag nach der Verhaftung bekräftigte eine Versammlung von 50 000 Metallern den Streikbeschluß. Wie geplant, wurde die Streikleitung in Kirchen verlagert. Die 480 Belegschaftsvertreter, genannt die '400 Lulas', übernahmen die Organisation.

Nach nunmehr dreiwöchiger Dauer hing das Durchhaltevermögen zunehmend von Geldspenden und Lebensmittel-Sammlungen ab. Da gewerkschaftliche Streikkassen verboten sind, bildete sich außerhalb der Gewerkschaft ein (erst gespaltenes, dann vereintes) Solidaritätskomitee, dem 150 Gruppierungen angehörten, darunter kirchliche Basisgemeinden, Nachbarschaftsräte, die Lebenshaltungskosten-Bewegung, Studentenverbände, Gewerkschaften und Verbände der städtischen Dienstleistungs-Berufe (Journalisten, Bankangestellte, Rechtsanwälte, Wissenschaftler...) und Frauenorganisationen. Sie organisierten Sammlungen, verkauften Solidaritäts-Bons, verteilten hunderttausende von Flugblättern, veranstalteten Solidaritäts-Konzerte... Wie schon die Mobilisierung zum Streik, so fand auch diese materielle Streikorganisation in einer wahren Ameisen-Arbeit dezentral in den Wohnvierteln statt und wurde wesentlich von den Frauen der Metallern mitgetragen. Bis zum Streikende waren fast 200 t. Lebensmittel an 25 000 Familien verteilt worden. Die Summe, die sich zu Beginn des Streiks im Streikfonds angesammelt hatte, kam auf dem Höhepunkt der Bewegung täglich durch Spenden u.ä. rein.

Selbst der Internationale Metallarbeiter-Bund unter Vorsitz von IGM-Chef Loderer (in seiner Eigenschaft als VW-Vorstandsmitglied zugleich Unternehmer-Vertreter eines der bestreikten Multis)



schickte zwei Protest-Telegramme gegen die Intervention und die Verhaftung Lulas, und sandte einen modesten finanziellen Beitrag, der zuerst zur IMB-Zentrale nach Mexico ging und von dort mit geraumer Bearbeitungsdauer nach Sao Paulo weitergesandt werden dürfte, wo er in den Händen des Föderations-Vorsitzenden Argeu dos Santos, eines bekannten 'pelego' (regierungstreuer Gewerkschaftsführer) landen wird, der so - lange nach dem Streik - belohnt wird für einen Streik, den er vergeblich zu verhindern suchte.

Die Regierung mußte erkennen, daß der Streik mit der Intervention und den Verhaftungen nicht kurzfristig von allein zusammenbrechen würde. Sie reagierte darauf mit Unsicherheit, ständig versucht, nun doch zu offener Gewalt überzugehen. Das Stadion, das bisher als Versammlungsort gedient hatte, wurde gesperrt, dann aber doch wieder zugestanden. Gelegentliche Tränengaswürfe und Prügeleien der Militärpolizei nahmen zu - Ende April wurden dabei 53 Arbeiter verletzt. Die Regierung konfiszierte Lastwagen mit Hilfsgütern und verbot ein großes Solidaritätskonzert, wobei sie sich erstmals auch wieder auf die fortgeltenden Zensur-Paragrafen berief! Die Anspannung erreichte ihren Höhepunkt am 1. Mai, als die geplante Demonstration von 100 000 Arbeitern gewaltsam gestoppt werden sollte, was unweigerlich Todesopfer gefordert hätte - in letzter Minute kam Funkbefehl aus Brasilia, die Arbeiter passieren zu lassen.

In dieser offenen Kraftprobe traten auch wieder die eigentlichen Machthaber offen hervor: Zunehmend ging die Leitung der Streikbekämpfung aus zivilen Händen in die von Militärs - vor allem des Heereskommandanten General Milton Tavares von Sao Paulo - über. Bei einer der ersten Stadion-Versammlungen waren zwei Kampfhubschrauber der Luftwaffe 20 Minuten lang niedrig über den Köpfen der versammelten Menge gekreist - mit Getöse und geöffneten Luken, aus denen man Maschinengewehre ragen sah. Die Ultra-Rechte im Militär hatte bereits wieder Verhaftungslisten vorbereitet, auf denen auch fortschrittliche Abgeordnete standen, und zeigte damit ihre Bereitschaft, die mühsam errichtete 'demokratische' Form jederzeit wieder den vertretenen Klasseninteressen zu opfern.



Auf der Gegenseite wurde deutlich, daß es vor allem die Kirche mit ihrer relativen 'Unantastbarkeit' ist, die die Regierung dazu zwingt, sich wenigstens an ihre eigenen pseudodemokratischen Regeln zu halten. Ein Karikaturist witzelte, die Regierung möge doch auch die Kirche intervenieren und Kardinal Arns durch Gen. Tavares ersetzen; genau darin, daß dies nicht möglich ist, fand die Streikbewegung eine entscheidende Bastion. Kardinal Arns hielt zwei große Messen für die Streikenden ab, eine zu Beginn und die zweite nach der Verhaftung Lulas; auch andere Bischöfe solidarisierten sich mit den kämpfenden Arbeitern. Die kirchlichen Räumlichkeiten waren die grundlegende Infrastruktur für die Fortführung des Streiks nach der Intervention. - Was wohl Papst John Paul Travolta II dazu sagen wird, wenn er Ende Juni im größten katholischen Land der Erde nach dem Rechten sieht?

Anfang Mai wurde deutlich, daß der Streik allmählich wirtschaftlich untragbar wurde für die Arbeiter. Die Poteiligung begann abzubrockeln. Alle Nachbarstädte waren bereits zur Arbeit zurückgekehrt. Am 11. Mai beschloß eine Versammlung von 4000 Arbeitern in einer Kirche, den Streik zu beenden.

Kurzfristig hat die Regierung ihr Ziel erreicht. Dennoch kann sie nicht froh sein über das Ergebnis: Einmal mehr wurde deutlich, daß sie im sozialen Gefüge des Landes eine verschwindende Minderheit vertritt, was immer ihre gekauften und manipulierten Mehrheiten in den geduldeten Parlamenten sein mögen. Der Grad der Organisation der Arbeiter auf allen Ebenen, aber vor allem das Ausmaß an Unterstützung, das sie aus fast allen Teilen der Gesellschaft - bis hin zu den Bananenarbeitern im Nordosten - erhielten, beweist, daß immer mehr Brasilianer bereit sind, für ihre Rechte zu kämpfen. Das korporativistische Gewerkschaftssystem mit seinen verkrusteten 'pelegos' hat sich als brüchig erwiesen.

Die Regierung ist offenbar entschlossen, Lula aus dem politischen Verkehr zu ziehen. Ob ihr das gelingt, ist fraglich: Seine Freilassung wird sicher zur einigenden Forderung aller oppositionellen Gruppen werden und könnte so mittelfristig die von ihm mit gegründete 'Partido dos Trabalhadores' (Partei der Arbeiter) stärken, statt sie zu schwächen.

Für die Arbeiter geht der Kampf in den Fabriken weiter. Sie haben die Parole ausgegeben: "Hinter jeder Maschine soll in Zukunft ein Feind der Unternehmer stehen!" Derweil haben die befürchteten Massenentlassungen begonnen.

Quellen: Movimento, istoé, LAMP und LAMP Brazil, Die Neue, end, eigene Recherchen.

UNTERSTÜTZT DIE BRASILIANISCHEN ARBEITER DURCH SPENDEN!

Wir haben folgendes Konto eingerichtet:

FDCL
PSchK Berlin-West 17 69 66 - 104
Kennwort: Brasiliensolidarität

Demonstration gegen AKW

Am 13. April fand in Rezende bei Rio de Janeiro die bisher größte Demonstration gegen die Atomkraft, insbesondere gegen das deutsch/brasilianische Atomgeschäft in der brasilianischen Geschichte statt. Unter großem Beifall wurde auch ein Solidaritätstelegramm des Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile - Lateinamerika (FDCL) und des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) vom Vorsitzenden des Umweltschutzverbandes von Sao Paulo (APPN), dem Journalisten Waldemar Paioli, vorgelesen. Neben der vor wenigen Jahren gegründeten und im Kampf gegen die Bau eines Großflughafens inmitten einer der letzten Erholungsgebiete des Bundesstaates Sao Paulo erfolgreichen APPN, waren zigtausende Brasilianer dem Aufruf rund einem Dutzend regionaler und lokaler Bürgerinitiativen gefolgt. Der "Marsch für das Überleben" (so die Losung des brasilianischen Anti-Atommarsches) wurde von einer Abordnung oppositioneller Politiker unterstützt, darunter Senator Evandro Carreira, der 1978 die Schaffung eines Untersuchungsausschusses über die internationale Besiedlung und die ökologische Bedrohung des Amazonas anregte.

Senator Carreira bezeichnete die brasilianische Regierung als eine Marionette in den Händen internationaler Konzerne und machte die Militärs für die menschenfeindliche Atompolitik verantwortlich, die immense Geldsummen verschlinge und das Volk hungern lasse. Namhafte Wissenschaftler, darunter eine Gruppe ehemaliger Atomwissenschaftler (Rosa, Candotti, Zatz) wiesen auf die "verlogene" Propaganda hin, die immer wieder versuche, einen Unterschied

zwischen sogenannter friedlicher und militärischer Nutzung der Atomkraft zu machen. Auf der Kundgebung wurde mit Sorge daraufhingewiesen, daß Brasilien bisher den Atomwaffensperrvertrag von 1968 nicht unterzeichnet habe, obwohl es die Bombe nicht besitze, während die Bundesrepublik die für den Bau von Atombomben erforderliche Technologie zwar besitze, diese auf eigenem Territorium aber nicht bauen dürfe.

Rezende, in der Bucht von Rio de Janeiro, wurde als Ort der Kundgebung gewählt, weil dort Vorbereitungen für den Bau einer kommerziellen Urananreicherungsanlage nach dem in Kernforschungszentrum entwickelten "Trenndüsenverfahren" getroffen wurden. Eine Pilot- bzw. Demonstrationsanlage aus Karlsruhe erreichte den brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais bereits im vorigen Jahr. Die brasilianischen Umweltschützer wehren sich gegen das hohe Strahlenrisiko der Anreicherungsanlage und gegen die bis vor kurzem geheimgehaltenen Baupläne für weitere drei Atomkraftwerke an der Küste von Sao Paulo. Von der Regierung bisher geheimgehaltene Standortuntersuchungen der amerikanischen Firma Milder-Kaiser sprechen von der potentiellen Strahlenverseuchung des Grundwassers in einem Umkreis von 80 km rund um die geplanten Atomkraftwerke.

Die Urananreicherungsanlage und die geplanten Atomkraftwerke sind Gegenstände des 1975 zwischen der Bundesrepublik und Brasilien unterzeichneten Atomvertrages, der damals auf rund 12 Milliarden Mark geschätzt wurde. Nach Preisen von 1978 wird dieses Atomgeschäft inzwischen auf rund 60 Milliarden Mark - auf das Fünffache also - geschätzt.

aus: epd entwicklungspolitik 9/80

Der Sobradinho-Staudamm: Landraub als Entwicklungshilfe

Die Landgier der transnationalen Agro-Multis hat in ganz Brasilien zu einer Verschärfung von Landkonflikten geführt: Bezahlte Killerbanden im Dienste von Grundstücksspekulanten, agroindustriellen Großunternehmen und Tourismus-Multis führen Krieg gegen ortsansässige Kleinbauern. Einige der schärfsten Konflikte spielen sich im Einzugsgebiete von großen Staudamm-Projekten wie 'Sobradinho' am Sao Francisco-Fluß im Nordosten ab, bei denen auch deutsche Multis mitbauen. - Die 'ila' in Bonn koordiniert dazu Informationen und Aktionen.

Im Nordosten Brasiliens, in der Nähe der Ortschaften Juazeiro (Bahia) und Petrolina (Pernambuco), befindet sich heute einer der größten Stauseen der Welt, der Sobradinho-See. Die Bauarbeiten zu diesem etwa 300 km langen und stellenweise über 30 km breiten See wurden 1973 begonnen und sollen 1981 beendet sein. Finanziert wird dieses gigantische Projekt, das über eine Milliarde US-Dollar kosten wird, mit Krediten der Weltbank sowie aus der BRD von der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Deutschen Bank als 'bilaterale Entwicklungshilfe'. Im Bereich der Stromerzeugung ist die Firma Siemens beteiligt. Es handelt sich also um ein Projekt mit starker bundesrepublikanischer Beteiligung. Nicht verwunderlich, ist Brasilien doch seit jeher ein Lieblingsland westdeutscher Kapitalinteressen. Denn natürlich ist auch dieses Projekt eine Entwicklungshilfe für das Kapital und nicht für das Volk:

Durch die Stauung wurden über 100 000 Menschen vertrieben, die in der Regel nur eine Entschädigung für die Ernte auf dem enteigneten Boden erhielten. Nach Angaben des Bischofs von Juazeiro, Dom José Rodrigues de Sousa, verlief die Umsiedlung chaotisch und brachte "für die Mehrheit der Betroffenen weder eine ausreichende Entschädigung noch neue Wohngebiete". Ein Fischer und Bauer am Sao Francisco-Fluß schildert die Vertreibung so: "Vor der Überflutung lebten viele von uns während geraumer Zeit nur noch zwischen Tür und Angel, in der Erwartung, jederzeit gehen zu müssen. Aber mit der winzigen Entschädigung, die es für die überflutete Wohnstätte gab, konnte man kaum den Transport für den Umzug bezahlen. Manche waren so entmutigt, daß sie Selbstmord begingen: einen Strang nahmen, in den Busch gingen und sich erhängten." Während der Bauarbeiten am Staudamm starben bis heute 60 Arbeiter, über 300 wurden schwer verletzt.

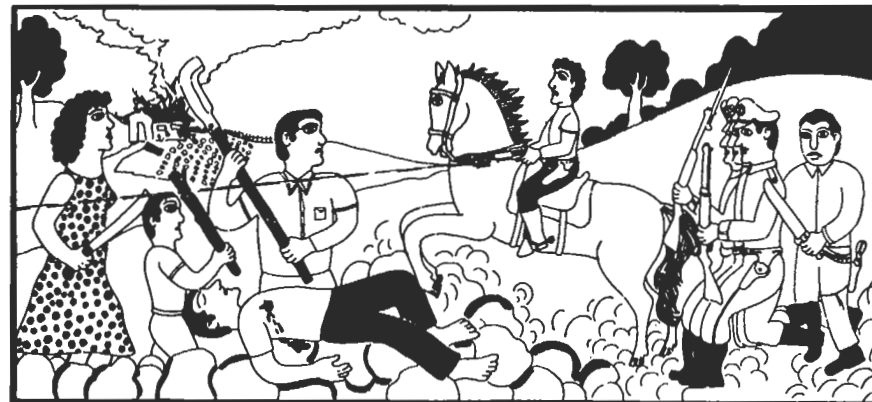
Stromerzeugung und Bewässerung — für wen?

Zwei Ziele verfolgt das Sobradinho-Projekt: Stromerzeugung für die Industriezentren, die der Bevölkerung in den Städten dienen wird, also den Vertriebenen am wenigsten zugute kommt. Und zum anderen werden große Bewässerungsprojekte, die aber wieder nicht der armen Landbevölkerung zugutekommen werden: Einmal ist an den Anbau von hochwertigen Gemüsesorten für den Export gedacht, dann aber vor allem an den Anbau von Zuckerrohr, um daraus Alkohol als

Benzinersatz herzustellen. Auch bei diesem ehrgeizigen Ersatz-Energie-Programm sind deutsche Multis in Planung, Forschung und Ausführung beteiligt. Die brasilianische Regierung hat mit Vertretern der ausländischen Automobilindustrie (vorab VW und Fiat) bereits Abkommen über die Produktion von 900 000 alkoholbetriebenen Fahrzeugen zwischen 1980 und 1982 sowie über die Umrüstung von 190 000 benzinbetriebenen Wagen zwischen 1981 und 1982 geschlossen. Brasilien investiert weltweit am meisten in die Alkohol-Energie-Wirtschaft. Bis 1985 rechnet man mit einer Produktionskapazität von 5 - 10 Milliarden Liter Alkohol. Dafür müssen nach vorläufigen Schätzungen rund fünf Milliarden Dollar aufgewendet werden. Wieviel Nutzland dadurch für die Nahrungsmittel-Produktion verlorengeht, steht nirgends geschrieben. Selbst nach offiziellen Studien werden weite Teile des neubewässerten Landes bei dieser Nutzungsart infolge Monokultur und damit verbundener Erosion in spätestens 20 Jahren unbrauchbar sein; weniger optimistische Schätzungen sprechen von 5 - 10 Jahren. Die Zuckerrohrpflanzungen werden dann wandern müssen, und mit ihnen die im Tagelohn beschäftigten Zuckerrohrschneider, die früher in demselben Gebiet als selbständige Kleinbauern lebten, z.T. seit Generationen. Und all das, um angesichts steigender Erdölpreise ein verfehltes, ausländischen Interessen folgendes Transport- und Motorisierungskonzept durchhalten zu können, das das Automobil zum goldenen Kalb erhebt.

Entwicklungshilfe oder Beihilfe

Was mit den Bauern geschieht, die auf ihrem Recht beharren und sich dagegen wehren, zu entwurzeltem Subproletariat zu werden, berichtete Bischof Rodrigues Ende November 1979 im Radio: "Ich habe euch eine schlimme Nachricht zu machen: Es ist der barbarische Mord am Landarbeiter Jaime Barbosa dos Santos. Jaime wurde am 17. November mit 23 Messerstichen, zehn davon in die Kehle, getötet, abends auf der Verbindungsstraße von Sitio Santo Antonio nach Vermelho, jenseits des Flusses. Der ermordete Landarbeiter war 40 Jahre alt und hinterläßt vier kleine Kinder und eine Frau, die im achten Monat schwanger ist. (...) In Jaimes Gegend spielt sich - wie an unzähligen anderen Orten - Landraub im großen Stil ab, dort speziell verknüpft mit dem Unter-



nehmen Agro-Cica. Jaime erwies sich stets als mutiger Kämpfer, der sich zusammen mit anderen Genossen für die Rechte der Bauern und Landarbeiter einsetzte und so mit den Bodenspekulanten in Konflikt geriet."

Die Landarbeiter-Gewerkschaft CONTAG erklärte dazu: "Solche Morde kommen nicht nur hier, sondern in ganz Brasilien vor, wo die Kleinen von den Großen niedergemetzelt und die Verbrechen oft vertuscht, die wirklich Schuldigen geschont werden (...) Es war nicht nur die Absicht, Jaime zu töten, sondern gleichzeitig den Kampf der Bauern um ihr Land zu ersticken."

Informationen und Aktionen

Die mordenden Handlanger der Technokraten sind Bestandteile eines Entwicklungshilfe-Projekts, das mit bundesdeutschem Kapital unterstützt wird. Hier bietet sich die Gelegenheit, exemplarisch die Verantwortung der ewig Verantwortungslosen in den Chefetagen der Banken und Konzerne hier in der BRD aufzuzeigen.

Die 'Informationsstelle Lateinamerika' in Bonn koordiniert Informationen und Aktionen zu diesem Thema. Interessenten können sich mit dem Stichwort "Sobradinho" dorthin wenden:

ila
Römerstr. 88
53 Bonn 1

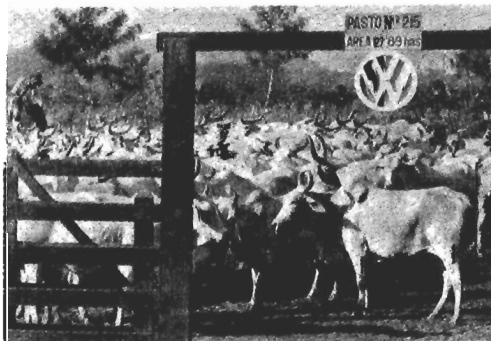
Folgende weitere Informationsmöglichkeiten bestehen bereits:

Kathrein Tallowitz: Vertreibung des Volkes - Der Staudamm von Sobradinho, 130 Seiten, zu beziehen über ila.

Am 10.10.1980 erscheint bei Rowohlt das rororo-Sachbuch "Entwicklung muß von unten kommen", herausgegeben von Joachim Drenth und Siegfried Pater, mit weiteren Informationen zu Sobradinho.

Am 24.10.1980 um 20.15 wird im WDR III ein Film zu diesem Thema von Peter von Gunten gezeigt: "Terra roubada (Geraubte Erde)". In den anderen Dritten Programmen wird der Film einige Tage vorher oder später gezeigt (außer im Freistaat Bayern).

VW als Agro-Multi im Amazonas-Gebiet



Nicht nur Käfer züchtet VW in Südamerika. Im firmeneigenen Corral im Amazonasgebiet grasen 20 000 Volkswagen-Zebus. Für VW do Brasil eine Investition mit Steuervorteil.

EL SALVADOR

Zwischen Bürgerkrieg und US-Intervention

Ein Trauergottesdienst wird zum Massaker

Am 23. März dieses Jahres wurde der Erzbischof San Salvadors, Oscar Arnulfo Romero, auf der Kanzel ermordet. Am 30. März sollte er zu Grabe getragen werden. Hunderttausende waren in die Hauptstadt El Salvadors gereist, um ihm das letzte Geleit zu geben. Die Trauerversammlung wurde zu einem Massaker. Das Ergebnis: mindestens 40 Tote und ca. 250 Verletzte, zum Teil schwer Verletzte.

Die Regierungsjunta beschuldigte den "Linksextremismus" Autor der Vorfälle gewesen zu sein. Die bei dem Trauergottesdienst anwesenden Bischöfe und Kirchenfrauen und -männer aus der ganzen Welt gaben als Antwort an die Junta eine Erklärung darüber ab, wie sie die Ereignisse dieses Tages erlebt hatten. In der Erklärung heißt es, die Mitglieder der "Revolutionären Massenkoordination" (Coordinadora Revolucionaria de Masas) hätten sich zu jeder Zeit friedlich, respektvoll und geordnet verhalten. Den Ablauf der Ereignisse schildern sie folgendermaßen:

Während des Gottesdienstes sei plötzlich die Explosion einer starken Bombe zu hören gewesen. Mehrere Zeugen versicherten, sie sei vom Palacio Nacional geworfen worden. Danach habe man Gewehrsalven und Schüsse gehört, von denen mehrere Priester versicherten, sie seien von der zweiten Etage des Palacio Nacional abgegeben worden.

"Wir konnten schon seit den frühen Morgenstunden die Anwesenheit der Sicherheitskräfte (cuerpos de seguridad) in den Straßen San Salvadors und an den Anfahrtswegen feststellen. (Anm. d. Red.: die Junta hatte in ihrem Bericht behauptet, das Militär habe sich den ganzen Tag in den Kasernen befunden.)

Ebenfalls können wir bestätigen, daß einige Mitglieder der Coordinadora Aktionen durchführten, die vor allem darin bestanden, Wagen zu verbrennen, wahrscheinlich um den Leuten die Flucht zu ermöglichen.

Die, die wir gekommen sind, das Leben und den Tod Monseñor Romeros zu ehren, konnten die Wahrheit seiner Worte erleben, mit denen er unermüdlich die Unterdrückung des salvadorensischen Volkes anklagte. Wir fühlen uns heute solidarischer als je zuvor und als Weiterführer seiner prophetischen Worte, indem wir uns zum Echo seiner letzten Predigt machen, als er im Namen Gottes bat und befahl, die Unterdrückung zu beenden.

Wir sind Zeugen des Schmerzes und der Ängste des salvadorensischen Volkes geworden, aber auch Zeugen seines Mutes und seiner Reife. Und bei dieser Gelegenheit sind wir Zeugen der schweren Verfälschung der Tatsachen und der falschen Interpretationen, die die Regierung El Salvadors gegeben hat."

Terror und organisierter Widerstand

Die Opfer dieses Massakers ordnen sich ein in eine lange Geschichte blutigen Terrors, der weiter andauert. Auf einer Pressekonferenz in Mexico klagte die Vorsitzende der salvadoranischen Menschenrechtskommission Marianella García den systematischen rechtsextremen Terror und die Repression auf dem Land an.



Entsetzliche Foltermaßnahmen und Morde, vor allem an Bauern, wurden veröffentlicht. So wurde einigen Opfern "die Haut abgezogen, anderen Säure und heißer Teer über den Körper geschüttet, die Augen herausgerissen, die Zunge oder die Genitalien abgeschnitten."

Über 6 000 Menschen, die meisten Bauern und Landarbeiter, hätten sich zeitweise in die von der Kirche geleiteten Flüchtlingszentren in San Salvador, Chalatenango und Cojutepeque geflüchtet, um dem Terror zu entfliehen.

Seit dem Putsch der Reformisten im Oktober 1979 könne die Kommission über 2 200 Tote dokumentieren – mehr als unter dem vorherigen repressiven Regime. Offenbar gebe es einen Plan zur systematischen Ausrottung der Gegner des Regimes, zu denen auch Erzbischof Romero gezählt habe. Seit am 1. März dieses Jahres der Ausnahmezustand über El Salvador verhängt wurde – mit der Begründung, dadurch die Durchführung der Agrarreform zu ermöglichen (Vgl. LN 80) – geschehen täglich Übergriffe des Militärs auf die Landbevölkerung, auf Dörfer und Kooperativen. Täglich werden Menschen verschleppt und ermordet, Dörfer überfallen und zerstört.

Die Bevölkerung setzt sich zur Wehr: Überall entstehen Volkskomitees, Nachbarschaftsgruppen, Selbstverteidigungsmilizen. Es sind Gruppen von Dorf- und Produktionsgemeinschaften, die die Organisation und Verwaltung ihrer Dörfer und Arbeitsplätze übernommen haben, angesichts des fast völligen Fehlens der staatlichen Verwaltung. Die Selbstverteidigungsmilizen sind Gruppen von Dorfbewohnern oder Arbeitern, die die Dörfer bewachen oder gegen die repressiven Übergriffe des Militärs schützen. Diese Milizen, zusammen mit den Gruppen der Guerrillas, bilden eine starke Gegenmacht.

Das Militär hat sich in die Kasernen zurückgezogen und rückt nur in großen "Expeditionskonvois" aus, um ihre repressiven Aktionen gegen die Bevölkerung durchzuführen. Verschiedentlich erscheinen Nachrichten darüber, daß kleinere Militäreinheiten Niederlagen in bewaffneten Auseinandersetzungen hinnehmen mußten.

Schwächung der Regierungsjunta...

Die Teilnahme der Democracia Cristiana an der Regierung wird zunehmend von ihren eigenen Mitgliedern in Frage gestellt. Nach dem Rücktritt des Erziehungsministers Eduardo Colindres, des Wirtschaftsministers Oscar Menjívares und des Vize-Landwirtschaftsministers Jorge Villacorta, hat nun auch der Außenminister Hector Dada Hirez sein Amt niedergelegt und seine Parteikarte zurückgegeben. Alle haben das Land verlassen und in Costa Rica bzw. Mexiko um Asyl gebeten. Als Gründe gaben sie die Unfähigkeit der Junta an, der Unterdrückung Einhalt zu gebieten und die Demokratisierung voranzutreiben.

Colindres unterstrich gegenüber der Nachrichtenagentur AFP, daß die Befriedung seines Vaterlandes nur erreichbar sei, "wenn man gegen die Rechte politisch und militärisch vorgehe, so wie es auf der wirtschaftlichen Ebene geschehen sei." Er forderte die noch in der Regierung verbliebenen Christdemokraten auf, diese zu verlassen und rief zu einem Dialog aller Kräfte des Volkes auf. Colindres erklärte, die Junta sei verantwortlich für den systematischen Mord an Erziehern, was er mit allen Mitteln habe verhindern wollen.

...und Zusammenschluß der Oppositionskräfte

Nach dem Zusammenschluß der vier Massenorganisationen BPR, FAPU, LP-28 und UDN zur Coordinadora Revolucionaria de Masas im Januar, kam es nun, ein Viertel Jahr später, zur Gründung der Frente Democrático Revolucionario (Demokratisch-revolutionäre Front), der die 'gemäßigte' demokratische Opposition angehört: die Frente Salvadoreña Democrática (Salvadoranische Demokratische Front/ Zusammenschluß von Sozialdemokraten und MNR), die Tendencia Popular der Christdemokraten, die Volksbefreiungsbewegung MLP, sowie weitere kleinere Organisationen, wie die Studentenbewegung AGEUS oder ein Verband der Kleinunternehmer.

Damit haben sich zum ersten Mal die revolutionären und die demokratischen Oppositionskräfte zu einer breiten Front gegen die von ihnen reformistisch und mörderisch genannte, aus Militärs und rechten Christdemokraten bestehende Junta vereinigt. An der ersten Demonstration der Frente Democrático Revolucionario nahmen 100 000 Menschen teil.

Zum Generalsekretär wurde Enrique Alvarez gewählt, ein Großgrundbesitzer und wegen seiner politischen Betätigung ein "schwarzes Schaf" unter den "14 Familien". Er war Landwirtschaftsminister in der ersten Junta, die sich im Januar resigniert aufgelöst hatte.

Die FDR sieht ihre Hauptaufgabe darin, die linken Massenorganisationen zu unterstützen und mit ihnen gemeinsam die Junta zu stürzen.

Die Coordinadora hat eine Regierungsplattform für die zu bildende "demokratisch-revolutionäre Regierung" ausgearbeitet, hinter die sich nun auch die FDR stellt.

Die Junta sieht sich einer für sie immer bedrohlicher werdenden, stark polarisierten Situation gegenüber, in der sie nur noch auf Unterstützung von außen bauen kann.



Der Widerstand wird immer breiter

Unterstützung durch die USA...

Auf internationaler Ebene kann die Junta weiterhin vor allem mit den USA rechnen. Nachdem diese akzeptiert hatten, El Salvador mit militärischem Kommunikations- und Transportmaterial im Wert von 5,7 Millionen Dollar zu beliefern, schickten sie auf Bitte der salvadoranischen Regierung noch mehr militärische Berater, so daß im Augenblick ca. 100 solcher Berater in den drei Anti-Guerrilla-Trainingslagern arbeiten. Außerdem haben die Vereinigten Staaten vor, die Junta mit 50 Mio Dollar der "Agentur für Internationale Entwicklung" (AID) zu unterstützen.

Die massive Hilfe der Vereinigten Staaten zeigt, daß die Junta allem Anschein nach die einzige Hoffnung der US-Administration ist, eine revolutionäre Entwicklung in El Salvador zu verhindern. Um nicht in den selben Fehler zu verfallen wie in Nicaragua (mit der bedingungslosen Unterstützung Somozas), setzt Washington jetzt auf die Karte der 'gemäßigten Reformer' in El Salvador.

Selbst die nordamerikanische Administration hält die Herrschaft der Oligarchie für nicht mehr tragbar. William Bowdler, Staatssekretär für interamerikanische

Fragen, erklärte in diesem Sinne, daß die Land- und Wirtschaftsreformen, wie sie die Junta in El Salvador vornähme, "natürlich und unumgänglich" seien. Von ihnen und von der Verbesserung des Lebens und der Rechte des Einzelnen hänge die Demokratie in diesem Teil der Welt ab. Washington übt in dieser Hinsicht Druck auf die Junta aus, damit diese ihre politische Basis erweitert und einige grundlegenden Veränderungen wirklich durchführt.

Andererseits wird immer die Notwendigkeit unterstrichen, daß in El Salvador nicht die 'bewaffneten Linksextremisten' an die Macht kommen. Der US-Botschafter in El Salvador, Robert White, erklärte, alles werde unternommen, um ein solches Resultat zu vermeiden. Die Möglichkeit einer militärischen Intervention wird auch von William Bowdler angedeutet: "Wir werden nicht militärische Gewalt in Situationen gebrauchen, in denen nur interne Gruppen sich bekämpfen." D.h. sobald der Eingriff einer externen Gruppe (Kuba, Nicaragua) "bewiesen" ist, können die USA berechtigterweise auch intervenieren.

Schon die Entsendung der militärischen Berater wurde von den Ratgebern Carters als eine Antwort auf die "offensichtliche kubanische Intervention in Mittelamerika" und die "Beteiligung Kubas an der Ausbildung von pro-castristischen Guerrillas und Waffenlieferungen" bezeichnet.

...und die Nachbarstaaten

Die USA versuchen auch eng mit anderen mittelamerikanischen Regierungen zusammenzuarbeiten. So wird ein neuer Anti-Guerrilla-Plan an der Grenze zwischen Honduras und Guatemala unter US-Direktion durchgeführt.

Während der Präsident von Honduras, Policarpo Paz García in der Öffentlichkeit seine völlige Neutralität im Konflikt El Salvador beteuert, deckte die kritische hondurensische Presse auf, daß Armee und Waffen verstärkt modernisiert werden und amerikanische Militärberater hondurensische Einheiten schulen. Die Finanzhilfe, die die Vereinigten Staaten Honduras dieses Jahr gewähren, ist ungewöhnlich hoch (109 Mio Dollar). Wieviel davon für das Militär bestimmt ist, wird nicht gesagt. "Die Mittel, die dazu notwendig sind", war die lakonische Aussage des Juntaberraters Acosta Mejía.

Ob die hondurensische Armee im Ernstfall wirklich bereit wäre, dem Militär El Salvadors zu Hilfe zu eilen, ist allerdings nicht ganz sicher. Auf der einen Seite gibt es starke fortschrittliche Kräfte bei den jungen hondurensischen Militärs, außerdem bestehen immer noch Rachefühle der Hondurensen gegenüber der salvadorensischen Armee, seit dem verlorenen 100-Stunden-Krieg 1969. Die Regierung Costa Ricas hat der Junta El Salvadors wiederholt ihre Hilfe angeboten und versucht zu verhindern, daß Waffen von Costa Rica nach El Salvador geschleust werden. Zu diesem Zweck werden mögliche Landeplätze in Costa Rica überwacht.

Die Junta genießt also immer noch mehr Unterstützung als seinerzeit Somoza. Panama, Costa Rica, Honduras, Guatemala halten ihr die Stange. Venezuelas Christdemokraten zogen auf Drängen der Christdemokraten in Nicaragua ihre Unterstützung zurück.

Putschversuch von Rechts

Am 2. Mai kam es nun doch zu dem schon länger erwarteten Putsch der Rechtsextremen. DC-Mitglied der Junta, Napoleon Duarte, hatte tagelang versucht, in

der Öffentlichkeit den stattgefundenen Putschversuch zu leugnen, Er kam schließlich doch durch die Anzeige durch Major Majano ans Licht.

Der Putschversuch wurde vom ehemaligen Romero-Geheimdienstchef und Führer der Terrororganisation ORDEN (später umgetauft in FAN) Roberto d'Abuission eingefädelt. Vorbereitet durch Treffen mit salvadoranischen Offizieren in Guatemala, angeregt durch die neuerliche Anwesenheit des im Oktober vergangenen Jahres gestürzten Romero und gestärkt durch die Oligarchie (die eine harte Konfrontationspolitik betreibt und sich allen von der Junta geplanten Reformen widersetzt), versuchten sie den Putsch.

Sie hatten sich aber verschätzt und scheiterten daran, daß Majano und Duarte die Truppen in letzter Minute zur Loyalität überreden konnten. Die vorläufige Festsetzung d'Abuissions in einer Kaserne, kann möglicherweise ein folgenschwere Konfrontation mit der extremen Rechten bedeuten, die ja im Militär immer noch über großen Einfluß verfügt, der sich nun darin zeigt, daß ein Teil der militärischen Führung die sofortige Freilassung ihres "Chefs" fordert.

Plattform der Revolutionären Demokratischen Regierung

(Auszüge)

Aufgaben und Ziele der Revolution

Die Aufgaben und Ziele der Revolution sind folgende:

1. Zerschlagung der reaktionären Militärdiktatur der Oligarchie und des US-Imperialismus, die seit fast 50 Jahren gegen den Willen des salvadoranischen Volkes an der Macht ist; Zerstörung ihres kriminellen politisch-militärischen Apparates und Einsetzung einer revolutionär-demokratischen Regierung, die sich auf der Einheit der revolutionären und demokratischen Kräfte, dem Volksheer und dem salvadoranischen Volk gründet.
2. Beendigung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Vorherrschaft im allgemeinen der großen Besitzer von Kapital und Land.
3. Endgültige Beseitigung der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Abhängigkeit unseres Landes vom US-Imperialismus.
4. Sicherung der demokratischen Rechte und Freiheiten für das ganze Volk, vor allem für die Massen der Arbeiter.
5. Übertragung der wichtigsten Mittel der Produktion und Verteilung, die bisher von der Oligarchie und den US-Monopolen festgehalten werden, an das Volk mittels Nationalisierung und Schaffung von Gemeinschaften und Genossenschaftsbetrieben: das Land der Großgrundbesitzer, die Produktions- und Verteilungsunternehmen der Bereiche Elektrizität und Erdölraffinerie, Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen im Besitz der Monopole, der Außenhandel, die Banken und großen Transportunternehmen. Dies alles, ohne die kleinen und mittleren Privatunternehmen anzutasten, denen Anreize und Hilfe in jeder Beziehung in den verschiedensten Bereichen der nationalen Wirtschaft zukommen sollen.
6. Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung.

7. Schaffung einer neuen Armee des Landes, die sich vor allem auf der Basis des Volksheeres aufbaut, das im Lauf der revolutionären Prozesse entsteht und dem sich saubere und patriotische und würdige Elemente des gegenwärtigen Heeres anschließen können.
8. Förderung der Organisation des Volkes auf allen Ebenen, Bereichen und Formen, um seine aktive, kreative und demokratische Beteiligung am revolutionären Prozeß sicherzustellen und die größtmögliche Einheit zwischen dem Volk und seiner Regierung zu erreichen.
9. Orientierung der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen unseres Landes an den Grundsätzen der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, der Solidarität, des friedlichen Zusammenlebens, der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Achtung zwischen den Staaten.
10. Mit all diesem: Sicherung des Friedens, der Freiheit, des Wohlergehens des Volkes und der fortschreitenden sozialen Gerechtigkeit in unserem Land.

El Salvador Sondernummer

Demnächst erscheint eine Sondernummer der Lateinamerika-Nachrichten zu El Salvador.

Aus dem Inhalt:

1. Darstellung und Einschätzung der sozioökonomischen und politischen Entwicklung, insbesondere seit dem Putsch vom Oktober 1979.
2. Dokumente der Menschenrechtskommission, der Kirche und der revolutionären Massenorganisationen.
3. Aktuelle Interviews mit den Führern der Volkskräfte.

HONDURAS

Das Volk siegt über den Wahlbetrug

Am 20. April ging das Volk von Honduras an die Urnen, um eine Verfassungsgebende Nationalversammlung von 71 Mitgliedern zu wählen, die die neue Verfassung ausarbeiten und die Grundlinien für eine künftige Präsidentenwahl festlegen soll.

Mit seiner starken Beteiligung an der Wahl forderte das Volk von Honduras eine mächtige Vorwahlmaschine heraus, die dafür bestimmt war, die Fortdauer der Herrschaft des ewigen Bündnisses zwischen der ultrakonservativen Nationalen Partei und dem rechtsradikalen Sektor der Streitkräfte zu sichern. Wichtiger noch als das Wahlergebnis selbst, das die traditionell reformistische Liberale Partei begünstigte, ist die Tatsache, daß der Urnengang die erste Befragung der Wähler nach fast zehn Jahren darstellte und deutlich die intensiven Bestrebungen des Volkes nach einem gründlichen Wandel der ungerechten sozio-ökonomischen und politischen Strukturen des Landes ausdrückte. Diese Strukturen sind dadurch gekennzeichnet, daß der Grundbesitz, das Eigentum und die Einkommen in diesem Land mit einer mehrheitlich bäuerlichen Bevölkerung sehr stark konzentrierte.



Das politische Klima der Vorwahlzeit wurde durch eine Serie von Unregelmäßigkeiten und Manövern bestimmt, die die Legitimität des Wahlaktes in Frage stellten: Ausschluß wichtiger politischer Strömungen wie der Christdemokratie und anderer fortschrittlicher Kräfte, die der Chance der Teilnahme beraubt wurden; Fälschung von Geburtsurkunden; Weigerung, bestimmte Leute in die Wählerlisten aufzunehmen, die als Sympatisanten der Oppositionskräfte bekannt waren; Doppeleintragung oder Aufnahme von Toten oder Ausländern in die Wählerlisten; fast totale Beherrschung der Gemeindeverwaltung, Wahlgerichte, Bezirksregierungen, des obersten Gerichts u.s.w. durch Persönlichkeiten der Nationalen Partei, die die zivile Basis der gegenwärtigen Militärregierung bildet.

Dazu kam eine Reihe von Provokationen durch Sturmtrupps der Nationalen Partei, die, bekannt unter dem Namen "MANCHA BRAVA", kürzlich ihre Wiederauferstehung feierten. Außerdem Verhaftung und Bedrohung von Anhängern der Opposition, von der ein Teil wiederholt zur Stimmenthaltung aufrief. Das alles ließ Zweifel daran zu, ob die Wahlen überhaupt irgendeinen Wert haben würden, schienen doch die Ergebnisse bereits in dem Sinne vorbestimmt, daß sie nur die gegenwärtige Regierung der Militärs "legalisieren" sollten, so daß diese einen formaldemokratischen Anstrich erhielten.

Trotz dieses feindlichen politischen Klimas und der scheinbaren Teilnahmslosigkeit, die den Wahlakt der zugelassenen Parteien beherrschte, ging das Volk mit der Entschlossenheit an die Urnen, diese machtvollen Wahlmaschine zu bewegen. Und es erreichte tatsächlich, einer breiten demokratischen Meinungsströmung Ausdruck zu geben, die sich in den offiziellen Ziffern nur teilweise widerspiegelt. Denn angesichts der Manipulationen bei der Erstellung der Wählerlisten und angesichts der ungefähr 100 000 Personen, die, weil sie nicht in den Listen waren, nicht wählen konnten, geben die Wahlergebnisse nicht in der ganzen Breite Aufschluß über den wirklichen Volkswillen.

Der Sieg der Liberalen Partei in den Wahlen vom 20. April wurde, wie Latin American Weekly Report richtig sagt, "zu einem Schlag mitten ins Gesicht der militärischen Hierarchie", die mit ihren Bündnispartnern von der Nationalen Partei ganz andere Pläne hatte. Die gegenwärtige Militärregierung gibt sich als Erbe des Reformprozesses aus, der mit dem Militärputsch des Generals Osvaldo López Arrellano 1972 begonnen hatte. Auf Grund des gemeinsamen Drucks der nationalen Oligarchie und der multinationalen Bananenkonzerne war López Arrellano 1975 als Regierungschef und als oberster Befehlshaber der Streitkräfte abgelöst worden. Tatsächlich hatte López seit 1972 einen Plan reformistischer Entwicklung vorangetrieben, dessen erklärtes Ziel es war, Honduras "historisch auf die Höhe der Zeit" zu bringen und die Agrarreform zur "Hauptaufgabe der Streitkräfte" zu machen. Dieser Plan hatte anfänglich einige bedeutende Fortschritte an wirtschaftlichen und sozialen Reformen gebracht, aber mit der Ablösung von López verschwand er immer mehr von der Bildfläche, bis er unter den folgenden Regierungen des Generals Melgar Castro und der gegenwärtigen Regierungsjunta unter dem Vorsitz von General Policarpo Paz García fast völlig neutralisiert wurde. Als von diesem Reformplan schon kaum noch etwas übrig war, verpflichteten sich die Streitkräfte unter dem Druck mächtiger Wirtschaftsinteressen im In- und Ausland, eine "Normalisierung" des politischen Prozesses durch Rückkehr zu einer formalen Verfassungsordnung herzustellen.

Zu der Zeit, in der die Eintragung in die Wählerlisten erfolgte, erschütterte der Sieg der sandinistischen Revolution in Nicaragua die traditionelle Machtstruktur in Mittelamerika, die bis dahin von der harten Führung des Generals Somoza wesentlich bestimmt war. Dieser Sieg der Sandinisten in Nicaragua belebte auch die Erwartungen des Volkes von Honduras in Richtung auf die Möglichkeit fortschrittlicher Veränderungen in diesem Land. Das führte dazu, daß sich in den Monaten Juni und Juli 1979 eine erheblich höhere Zahl von Leuten in die Wählerlisten für die Wahlen vom April 1980 einschrieben; aber die betrügerischen Manipulationen bremsten dann allmählich die Erwartungen, daß die Wahlen einen wirklichen Kanal demokratischen Wählerwillens darstellen könnten und zum Instrument für wichtige Veränderungen gemacht werden könnten.

In diesem Kontext erscheinen die Ergebnisse vom 20. April als relativ überraschend. Sie spiegeln den Willen und die Klugheit des Volkes wieder, das alle Mittel in seiner Reichweite benutzt, die es ihm erlauben, seinen Interessen auch in einem politischen System Ausdruck zu verschaffen, daß ihm an sich wenig Möglichkeiten dazu bietet.

Auf der Liberalen Partei lastet nun die enorme Verantwortung, die vorgeschlagenen gesellschaftlichen Veränderungen wirklich durchzuführen, deren Unterlassung mit Sicherheit ähnliche Situationen politischer Gewalttätigkeit heraufbeschwören würde, wie sie im restlichen Mittelamerika an der Tagesordnung sind. Die Wahlen haben die Grundursachen dieser Gewalttätigkeit nicht beseitigt. Sie haben Möglichkeiten dafür eröffnet, daß das Land in einen wirklichen Demokratisierungsprozeß eintritt, der unvermeidlich grundsätzliche Veränderungen seiner Gesellschaftsstruktur und seines Regierungsstils erfordert. Die augenblicklichen Tendenzen müßten auch darauf hinauslaufen, daß die neue Verfassungsgebende Versammlung nicht den Präsidenten der Republik in direkter Wahl bestimmt, sondern daß sie sich darauf beschränkt, eine Verfassung der Republik aufzuarbeiten und

zu neuen allgemeinen Wahlen aufzurufen, die dieses Mal sauber und umfassend sein muß, schließ alle politischen Richtungen des Landes Gelegenheit bekommen, sich auszudrücken. Die einzige Garantie dafür, daß der Prozess sich in dieser Richtung entwickelt, liegt im Kampf der Organisationen des Volkes und in der Solidarität, die die Demokraten in aller Welt in diesem Kampf üben.

COSTA RICA

Universitätsstreik und Studentenbewegung

San José, Ostern 1980. Costa Rica galt bisher als das politisch stabilste Land Mittelamerikas. Mit der revolutionären Entwicklung in Nicaragua und jetzt in El Salvador wächst die Bedeutung dieses Landes für den Imperialismus von Woche zu Woche. Um so wichtiger ist die Beobachtung, daß auch Costa Rica einer politischen Krise entgegensteuert, die freilich erst in einer fernerer Zukunft durchschlagen dürfte. Im folgenden Gespräch erläutern einige Studenten von der "Vereinigung der sozialwissenschaftlichen Fachschaften" die Ziele der Streikbewegung in der Universität und die Situation ihres Landes.

Frage: Seit dem Beginn des neuen Studienjahres im März 1980 befindet sich die Universität von Costa Rica in einer spannungsgeladenen Situation, die dann zwei Wochen vor Ostern zum allgemeinen Studentenstreik und zur Einstellung des Lehrbetriebs geführt hat. Worin liegen die Ursachen dafür?

Antwort: Da ist zunächst die offen konservative Politik der Universitätsbehörden in den letzten Jahren zu nennen, der eine schwache Studentenbewegung kaum etwas entgegenzusetzen hatte. Die vorherrschende Tendenz ist die fortschreitende Privatisierung unserer staatlichen Universität. Das zeigt sich auf dem Gebiet der Finanzierung: Der Anteil der Fremdfinanzierung des Universitäts Haushaltes ist in den letztendrei Jahren von 10 auf 40% angewachsen. Dieses Geld wird durch Anleihen bei den Banken des Imperialismus aufgebracht, vor allem bei der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID). Das Ziel dieser Politik ist die Schaffung einer rentablen Privatuniversität. So entsteht ein ständiger Druck zugunsten technokratischer Lehr- und Forschungsprogramme; von hier geht die Verschulung des Lehrbetriebes aus und die Disziplinierung der Studenten durch das Ordnungsrecht; und in dieses Bild paßt jetzt die enorme Erhöhung der Studiengebühren.

Um ein Beispiel für den Einfluß des Imperialismus zu geben, kann man auf unsere Bibliotheken verweisen: sie werden mit den Spenden nordamerikanischer Institutionen aufgebaut, die dadurch natürlich einen Einfluß darauf haben, welche Bücher angeschafft werden.

Diese ganze Politik ist nur durch den Mangel an inneruniversitärer Demokratie zu erklären. In allen Gremien sitzen Vertreter der großen Parteien dieses Landes (von der sozialdemokratischen Liberación Nacional bis zu den Christdemokraten), die von einer verschwindenden Minderheit der Studenten und Professoren gewählt worden sind.

F.: Was ist der unmittelbare Anlaß der jetzigen Streikbewegung?

A.: Der Anlaß ist ein Sparprogramm, das der Senat der Universität während der letzten Semesterferien verabschiedet hat. Danach werden die Studiengebühren um

durchschnittlich 37% erhöht, so daß ein Student jetzt $\text{Z} 4\ 800,-$ (ca. 1 000 DM) bezahlen muß. Obwohl dieser Betrag für viele auf dem Weg über Stipendien ermäßigt wird, sind die Kosten inzwischen so hoch, daß die Immatrikulation für ein Arbeiter- oder Bauernkind fast ausgeschlossen ist. Gleichzeitig sind die Gebühren für Examina, Skripten, Lehrbücher etc. heraufgesetzt worden. Die Einschreibgebühr für Ausländer beträgt sogar $\text{Z} 14\ 200$ (ca. 2 900 DM), was viele Studenten aus anderen zentralamerikanischen Ländern hart trifft.

Zweitens wurde ein strenger Numerus Clausus eingeführt. 800 Studienplätze, die es in der Universität gibt, sind aus Spargründen nicht besetzt worden.

F.: Wie verlief die Protestbewegung gegen diese Maßnahmen?

A.: Es ist kein Zufall, daß die Bewegung von den Regionalzentren der Universität in San Ramón, Liberia und Limón ausging. Dort haben sie mit zahllosen Problemen zu kämpfen; es gibt keine vernünftigen Gebäude, keine Studentenheime, kein Transportsystem usw. Die Studenten vom Lande sind besonders schwer von der Erhöhung der Lebenshaltungskosten betroffen. Alle Zentren befanden sich seit Beginn des Studienjahres im Vorlesungsstreik.

Die Studentenvertreter des ganzen Landes einigten sich schließlich auf einen Forderungskatalog, der von einer Vollversammlung in San José gebilligt wurde: Rücknahme der Gebührenerhöhung, Zulassung aller Studienanfänger, wesentliche Erhöhung der Staatsfinanzierung der Universität, keine Verwendung von ASTA-Geldern für die Deckung von Haushaltsdefiziten.

Mit diesem Katalog begannen die Verhandlungen mit dem Rektor. Die ASTA-führung unter dem Sozialdemokraten Leonel Villalobos erklärte nach einigen Tagen den erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen, obwohl die Minimalforderungen des Katalogs nicht erreicht waren, und blies den bereits angelaufenen Streik wieder ab. Daraufhin ergriff die "Vereinigung der sozialwissenschaftlichen Fachschaften" die Initiative und besetzte das zentrale Verwaltungsgebäude. Damit war der Lehrbetrieb lahmgelegt. Die Unterstützung der Basis dafür blieb nicht aus. Die Vollversammlungen von 26 Fachbereichen stellten sich hinter den Streik und die Besetzung. Damit war die sozialdemokratische ASTA-führung in die politische Isolierung geraten.

Am Freitag vor der Karwoche spitzte sich die Situation dann in einer Form zu, wie sie in Costa Rica bisher kaum bekannt war: der Rektor forderte die Rückgabe des Gebäudes; die Polizei sperrte mit einem Riesenaufgebot das gesamte Universitätsgelände ab; die faschistische Bewegung "Costa Rica Libre" mobilisierte reaktionäre Studenten und Schlägerbanden, um das Gebäude gewaltsam zu stürmen. Die breite Unterstützung für die Besetzer verhinderten jedoch ein Massaker. Die Besetzer konnten mit dem Rektor einen freien Abzug ohne Repressalien aushandeln. Die Verhandlungen über unsere Forderungen werden wieder aufgenommen. Für die Zeit nach Ostern ist eine Urabstimmung angesetzt.

F.: Wie schätzt Ihr die Repressionsmaßnahmen der Regierung ein?

A.: Die Maßnahmen der Regierung haben uns nicht überrascht. Es handelt sich hier um einen tiefgreifenden Konflikt, bei dem wir um die demokratische Tradition der Universität kämpfen, um die Möglichkeit, einen freien Ort der Diskussion und Kritik zu bewahren. Die Regierung und der Rektor wollen dagegen eine Privatuniversität einrichten im Dienst des Imperialismus und der Großbourgeoisie. Die Erhöhung der Studiengebühren wird nicht nur aus finanziellen Gründen betrieben, sondern auch mit der Absicht, diese Universität für eine bürgerliche Elite zu reservieren. In den letzten Wochen sind hier viele Spitzel aufgetaucht. Die militärische Abriegelung, die wir vor vier Jahren schon einmal erlebt haben, zeigt, daß

es in der Zukunft zu noch schärferen Auseinandersetzungen kommen kann.

F.: Was hat dieser Konflikt mit der politischen Situation von Costa Rica zu tun?

A.: Um Costa Rica ist eine politische Legende gewoben worden, nach der dieses Land eine wahre Insel des sozialen Friedens und der Demokratie sein soll, inmitten der Militärdiktaturen Mittelamerikas. Natürlich war hier der soziale Frieden immer nur eine oberflächliche Sache, denn der Reichtum ist extrem ungleich verteilt, und die Kleinbauern und Arbeiter haben immer um ihr Überleben kämpfen müssen. Immerhin trifft es aber zu, daß seit dem Bürgerkrieg von 1948 die Teilhabe an der politischen Macht nicht durch Staatsstriche, sondern durch allgemeine Wahlen geregelt wird. Damit verbunden gab es seit 1948 eine Politik der Reformen und Staatsinterventionen auf allen sozialen Gebieten. Die Krise der öffentlichen Finanzen, das Zahlungsbilanzdefizit und die Wirtschaftskrise machen die Fortsetzung der Reformpolitik jetzt unmöglich. Eine Ursache dafür ist die Tatsache, daß die sogenannte Reformpolitik immer mit der Auslieferung des Landes an die Multinationalen Konzerne und an die Großbourgeoisie verbunden war. So sind die Staatsunternehmen bei den Finanzorganisationen des Imperialismus bis über die Ohren verschuldet, das staatliche Elektrizitätswerk ICE z.B. mit ca. 400 Mio DM. In den letzten Jahren hat sich das Verhältnis von Import- und Exportpreisen verschlechtert. Costa Rica, ein Land mit gut 2 Mio. Einwohnern, erwartet für 1980 ein Zahlungsbilanzdefizit von 500 Mio. US-Dollar. Allein die letzte Preiserhöhung im Februar hat die Kosten für Grundnahrungsmittel um ca. 20% erhöht.

Die Notwendigkeit des Staates, dramatische Einsparungen vorzunehmen, verwandelt die finanzielle Krise in eine politische und soziale. Ob die Einsparungen nun die Sozialhilfe, die Agrarreform oder - wie in unserem Fall - den Universitäts-haushalt betreffen: überall verschärfen sich die sozialen Widersprüche, überall wächst die Opposition. Einige Kräfte wollen dieser Krise eine faschistische Lösung geben; sie befinden sich vorläufig noch in der Minderheit. Aber die politische Polarisierung dieses Landes steht erst am Anfang; die Zukunft wird eine gewaltige Verschärfung bringen.

F.: Welchen Einfluß hat die Revolution in Nicaragua, und welche Rolle hat die Studentenbewegung dabei?

A.: Die Ereignisse in Nicaragua haben im öffentlichen Bewußtsein den Eindruck hinterlassen, daß sich der Imperialismus offen auf die Seite der verfaulten und korrupten Elemente des Somozismus engagiert hatte. Der Sieg der sandinistischen Revolution war also vor allem eine moralische Niederlage der USA. Der Einfluß auf die Studentenbewegung in Costa Rica war allerdings nur begrenzt. Natürlich haben die Ereignisse im Nachbarland die Studenten sehr bewegt, wie damals in Kuba und Vietnam. Aber der Internationalismus gehört nicht zu den festen Traditionen der hiesigen Studentenbewegung. Überhaupt kann man beobachten, daß die Studentenbewegung in den letzten Jahren wenig Entwicklung gezeigt hat, während die Organisation und der Kampfgeist der Gewerkschaften und Bauernverbände einen deutlichen Aufschwung erlebt haben. Wir glauben, daß sich mit dem Streik und der Protestbewegung an der Universität nun neue Perspektiven ergeben.

JAMAICA

Regierung bricht mit dem IMF

Jamaikas politische und wirtschaftliche Krise vertiefte sich zu Beginn des Jahres 1980. Im März und April führte dies zum vorläufigen Bruch mit dem Internationalen Währungsfond (IMF), zu einer Regierungsumbildung, die als Linksruck bezeichnet werden kann und zur Ankündigung von vorgezogenen Parlamentswahlen im Herbst.

Bankrott der IMF-Strategie

Nachdem akute Zahlungsschwierigkeiten 1977 die PNP-Regierung unter Premierminister Manley zwangen, zu harten Bedingungen Kredite des IMF anzunehmen, überschritt das Devisendefizit im Dezember 1979 die vom IMF geforderte Höchstgrenze. Dies führte zum Stopp der zugesagten Kredite. Die Bedingungen, die der IMF mit seinen Kreditzusagen in der Vergangenheit verknüpft hatte, ließen seit 1977 die ehrgeizigen Reformprogramme der jamaikanischen Regierung auf allen Gebieten der Wirtschaft, des Sozial- und Bildungswesens und der Gesundheitsversorgung zu einem kümmerlichen Sparprogramm zusammenschrumpfen. Zahlreiche Entlassungen im öffentlichen Dienst waren die Folge und im Januar sah sich Premier Manley sogar gezwungen, die Zahl seiner Kabinettsmitglieder von 40 auf 27 zu begrenzen. Die vom IMF vorhergesagte Gesundung der jamaikanischen Volkswirtschaft läßt inzwischen weiter auf sich warten. Vom angestrebten Export an Rohstoffen und Fertigwaren blieb, was bereits vor 1977 vorhanden war. Im Gegenteil - Betriebsschließungen häufen sich. Der gesamte verarbeitende Sektor der Wirtschaft liegt darnieder. Im März gab die Jamaica Manufacturers Association (JMA) bekannt, daß in diesem Jahr bereits 52 Betriebe mit über 2000 Beschäftigten ihre Tätigkeit eingestellt haben. Als Hauptgrund dafür, wird die Verknappung der Rohmaterialien angegeben, die wegen des herrschenden Devisenmangels nur noch unzureichend importiert werden können. Ein weiterer Grund dürfte sein, daß ausländische Investitionsspritzen erst dann wieder fließen werden, wenn die oppositionelle Jamaica Labour Party (JLP) kapitalfreundlich das Ruder übernehmen sollte. Immer deutlicher wurde so in den vergangenen drei Jahren, daß die Politik des IMF nicht die Gesundung der jamaikanischen Wirtschaft zum Ziel hatte, sondern lediglich das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik der PNP untergraben wollte. Dies ist dem IMF zu einem erheblichen Teil bereits gelungen. Die jetzt vom IMF geforderte weitere Kürzung der Staatsausgaben konnte die Regierung Manley nicht hinnehmen, um die Entlassung von etwa 11000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu vermeiden. Dies angesichts eines Streiks in diesem Sektor, der sich gegen die kürzlich vorgenommenen Entlassungen von 500 Beschäftigten wandte. Der daraufhin erfolgte Abbruch der Verhandlungen mit dem IMF stellt einen bisher international einmaligen Vorgang dar.

Der politische Umschwung in der PNP

Bereits im Herbst 1979 kündigte sich der Umschwung in der Regierungspolitik in Jamaika an. Damals wurde D.K. Duncan zum Generalsekretär der PNP gewählt, nachdem er dieses Amt bis 1977 bereits bekleidete, dem Einschnwenken der PNP auf IMF-Kurs jedoch Platz machen mußte. Er gilt als der herausragende Vertreter des linken Parteiflügels und hat sich durch die Organisation des Wahlkampfes von 1976 wesentliche Verdienste um die Partei erworben.

Im März 1980 votierte dann bereits das Präsidium der PNP mit 104 gegen 45 Stimmen gegen die Fortsetzung der Verhandlungen mit dem IMF. Die Regierung Manley schloß sich diesem Votum jedoch erst an, als Eric Bell - Befürworter des IMF-Abkommens - vom Posten des Finanzministers zurücktrat. Inzwischen wurde Hugh Small vom linken Parteiflügel zum Nachfolger von Bell ernannt. Gleichzeitig verkündete Premier Manley Neuwahlen für den Herbst dieses Jahres, in denen er sich den neuen Kurs von den Wählern absegnen lassen will. Die Regierung steht nun von der Aufgabe, die 176 Mio US \$, die der IMF für die kommenden zwölf Monate zur Verfügung gestellt hätte, aus anderen Quellen zu schöpfen, oder rigorose Importbeschränkungen durchzusetzen. Der Linksruck in der PNP wurde vor allem durch die sinkende Popularität der Regierung in den Jahren seit 1977 bewirkt. Es war ihr offensichtlich nicht gelungen, steigende Preise, Arbeitslosigkeit, Versorgungsengpässe und stockende Reformen als Folgen außenwirtschaftlicher Zwänge zu verdeutlichen. Zur Zeit liegt die Popularität der PNP lediglich bei 43% der Wähler, während 56% die JLP favourisieren. Die Seriosität dieser Meinungsumfragen mag man anzweifeln, wenn man bedenkt, daß Carl Stone, Soziologe an der University of the West Indies und konservativ liberaler Kolumnist im Daily Gleaner, kaum Interesse daran hat, Prognosen zu unterlassen, die der Regierung Schaden zufügen könnten. Immerhin hat er aber das Wahlergebnis von 1976 mit großer Genauigkeit prophezeit und seine Erhebungen seither noch verbessert. Somit ergäbe sich eine Umkehrung der Wahlergebnisse von 1976. Der gefährliche Trend wird innerhalb der PNP jetzt zurecht der Parteirechten angelastet, die ihre Segel streichen mußte, angesichts der drohenden Wahlniederlage. In den nächsten Monaten hofft nun die PNP das verloren gegangene Terrain zurückzuerobieren. Sie setzt dabei auf ihre überlegene Wahlkampfmaschinerie und kurzfristige Programme zur Überbrückung des akuten Devisenmangels. Wie 1976 hofft sie so noch in den letzten Monaten vor der Wahl über zehn Prozent der Wähler zu einem Meinungswechsel zu bewegen.

Die Überlebensstrategie

Die Bevölkerung erwartet jetzt konkrete wirtschaftliche Lichtblicke und mehr als große Sprüche. Positiv sind die wirtschaftliche Aussichten im Bauxitsektor. Nachdem im vergangenen Jahr die Multis aus den USA und Kanada die jamaikanische Regierung zwingen konnten, den Export-Levy (Exportsteuer), der die Haupteinnahmequelle des Landes ist, zu senken, versprachen sie als Gegenleistung, die Produktion wieder auf die alte Höhe zu bringen. Spätestens jetzt wurde deutlich, daß die Konzerne nach der Einführung der Bauxitexportsteuer 1973 durch die PNP-Regierung mit gedrosselter Produktion gefahren waren und ihren Bedarf in "Billigländern" wie Guinea und Australien gedeckt hatten. Man mag dies Mechanismen des Weltmarkts oder gezielten Boykott nennen. Jedenfalls erreichten die erhofften Mehreinnahmen nach 1974 niemals mehr die erhoffte Höhe. Die Explosion der Kosten für die Öleinfuhren und der Rückgang der Einnahmen aus dem Tourismus und dem Zuckerelexport trafen die jamaikanische Volkswirtschaft in den Jahren danach umso heftiger. Jetzt hofft die Regierung offensichtlich, daß die zusätzlichen Bauxitausfuhren das Devisenpolster mittelfristig aufstocken und die vielversprechenden Lieferverträge mit der UdSSR, Algerien und dem Irak erfüllt werden können (siehe LAN 72). Auf einen neuen Aufschwung in der Bauxitindustrie deuten auch Abkommen mit der "Aluminum Company of America" (AlCoA) und der norwegischen Regierung hin. Die jamaikanische Regierung ist bisher an den Anlagen dieses

US-Konzerns mit sechs Prozent beteiligt. Mit einer 58%igen Beteiligung der norwegischen Regierung wird nun die Kapazität der Anlagen in Jamaika von 500 000 t auf 1 Mio. t verdoppelt. Ähnliche Pläne hegt das US-Konsortium "Aluminum Partners" (ALPART) für seine Minen und Verarbeitungsanlagen auf der Insel. Offensichtlich sieht die jamaikanische Regierung in Projekten dieser Art zur Zeit mehr Chancen zur Verwirklichung, als in ihrem Bestreben, eine eigene Alumina-Anlage zu installieren, wie dies seit Jahren von ihr angestrebt wird.

An die Tourismusindustrie werden ebenfalls große Hoffnungen geknüpft. Die vergangene Saison brachte erstmals wieder Besucherzahlen, die an die Zeiten vor 1976 anknüpfen konnten und der kommende Sommer verspricht ebenfalls gute Geschäfte. Zu befürchten ist jedoch, daß der Wahlkampf, der in vollem Gange ist, der ausländischen Presse wieder einmal genügend Stoff für Horrormeldungen über die Gewaltkriminalität auf der Insel bietet (siehe Artikel im Stern vom 10.1. 1980), denen Massenstornierungen folgen.

Die Einnahmen aus diesen beiden Sektoren werden jedoch nicht ausreichen, die Zahlungsschwierigkeiten der Insel kurzfristig zu beheben. Was nach dem Bruch mit dem IMF zu erwarten war ist inzwischen eingetreten. Die New Yorker Banken, denen Jamaika ca. 400 Mio. US \$ schuldet, lehnten im April ab, Rückzahlungen zu stunden und empfahlen Finanzminister Small, wieder Verhandlungen mit dem IMF aufzunehmen. Mit privaten Krediten braucht die Regierung nach diesen bitteren Erfahrungen nicht mehr zu rechnen.

Die finanziellen Lücken, die angesichts steigender Ölpreise (Jamaika ist eines der Entwicklungsländer mit den relativ höchsten Erdölimporten) auf ca. 430 Mio US \$ in diesem Jahr wachsen werden, sollen nun mit Krediten wohlgesonnener Regierungen gestopft werden. Venezuela, Libyen und der Irak haben Hilfe zugesagt. Auch die BRD stellte in diesem Jahr 27 Mio DM mit einer Laufzeit von 20 Jahren bei einem Zinssatz von 4,5% zur Verfügung. Die Beziehungen zwischen PNP und SPD in der Sozialistischen Internationale funktionieren anscheinend noch.

Diese Kredite könnten der Regierung Manley zumindest helfen, während des Wahlkampfes weitere Versorgungslücken zu vermeiden und ihr eine neue Frist für grundsätzliche Lösungen ihrer außenwirtschaftlichen Probleme zu verschaffen.

Ob sich Michael Manley um finanzielle Stützen aus den sozialistischen Staaten bemühen wird bleibt fraglich. Angesichts der anticubanischen Hysterie, die zur Zeit von der JLP-Opposition verbreitet wird, kann es sich die Regierung kaum leisten, Öl auf Feuer zu gießen, indem sie Kredite von der UdSSR fordert. Dazu kommt, daß von dort die finanziellen Zuwendungen nur schwer fließen werden, angesichts eines außenpolitischen Kurses der jamaikanischen Regierung, der diese als unzuverlässigen Bündnispartner erscheinen läßt. Die Regierung Manley brachte gemeinsam mit anderen Staaten als Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen die Resolution zur Verurteilung des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan ein und sagte der amerikanischen Regierung ihre Unterstützung bei den Sanktionen gegen den Iran zu. Man mag dies der finanziellen Abhängigkeit des Landes von den USA zuschreiben angesichts einer prekären wirtschaftlichen und politischen Situation. Andererseits kann diese Außenpolitik der PNP auch als Ausdruck der Blockfreiheit und Unabhängigkeit gewertet werden, wenn berücksichtigt wird, daß gleichzeitig enge freundschaftliche Beziehungen zu Cuba bestehen und Michael Manley kürzlich die Regierung im Phnom Penh anerkannte und das Pol Pot Regime verurteilte.

Quellen: The Weekly Gleaner (Kingston), Caribbean Contact (Barbados)

KOLUMBIEN

Der Kolumbienbericht von Amnesty International

Im Januar 1980 reiste eine Mission von Amnesty International auf Einladung des Präsidenten Turbay nach Kolumbien. Der nunmehr veröffentlichte 44 Seiten lange Bericht enthält schwerwiegende Anschuldigungen über die Verletzung der Menschenrechte in Kolumbien und Handlungsempfehlungen an die kolumbianische Regierung.

In völlig einmaliger Weise beantwortet der Präsident den Amnesty Bericht. Er hält eine über einstündige Fernsehansprache an die Nation. Wie konnte es dazu kommen?

Kurz nach seiner Amtsübernahme erließ Präsident Turbay im September 1978 ein Dekret, nach dem die bürgerlichen Rechte eingeschränkt und staatliche repressive Eingriffe in das Leben des Bürgers erleichtert wurden. Das Elend blieb, die Repression nahm zu und steigerte sich noch, nachdem die Guerillagruppe M 19 im Januar 1979 ein Waffenarsenal ausraubte. Wahlos wurden Menschen festgenommen und gefoltert, einige verschwanden (vgl. die Berichterstattung der LN). Dagegen erhob sich zunehmend Protest. Im vergangenen Jahr wurde ein Nationales Forum für Menschenrechte unter breiter Beteiligung organisiert. Daraus ging die Gründung des Komitees für die Verteidigung der Menschenrechte hervor, an dem u.a. Parlamentarier und Rechtsanwälte beteiligt sind, denen es gelungen ist, die Diskussion dieser Problematik so weit auch in die bürgerliche Öffentlichkeit (Presse...) hineinzutragen, daß der ehemalige Präsident Carlos Lleras Restrepo sich gegen die momentane Verletzung der Menschenrechte aussprach. Ein hochgeachteter ehemaliger Präsident der Regierungspartei, Dario Echandia, äußerte sogar, er schäme sich, dieser Partei anzugehören, in Kolumbien sei der Verteidigungsminister, Camacho Leiva, der Diktator. Das führte dazu, daß sich der Präsident angesichts der kritischen öffentlichen Meinung den harten Anschuldigungen stellen mußte.

Turbay verunglimpfte also Amnesty International: Er hätte die Mission niemals eingeladen, hätte er gewußt, daß sie von vornherein gegen Kolumbien eingestellt sei und antipatriotische Ziele verfolge. Im folgenden leugnete der kolumbianische Präsident die Existenz von Foltern, während die Weltöffentlichkeit anlässlich der spektakulären Botschaftsbesetzung von Foltern in Kolumbien erfuhr (Bericht der Genfer Juristenkommission, Berichte des Komitees für die Verteidigung der Menschenrechte in Kolumbien, Berichte des Komitees für die Solidarität mit den politischen Gefangenen in Kolumbien, Berichterstattung der Kolumbienkomitees im Ausland).



DIE ANWÄLTE DER OAS MENSCHENRECHTSKOMMISSION DR. CARLOS MORENO NOVOA UND HERNAN SUAREZ SAENZ BESTÄTIGEN IN KOLUMBIEN ANKLAGEN, DIE IM BERICHT VON AMNESTY INTERNATIONAL ERHOSEN WORDEN SIND!

Empfehlungen an die kolumbianische Regierung

AI gab am 17.4.80 in London bekannt, daß in Kolumbien willkürliche Arrestierungen und systematische Folter bei politischen Gefangenen weitverbreitet vorgefunden worden sei und daß die Organisation der kolumbianischen Regierung detaillierte Empfehlungen gegeben habe, um diese Mißbräuche zu beenden.

Diese Empfehlungen basieren auf den Ergebnissen einer Amnesty-Mission, die im Januar nach Kolumbien entsandt worden war. Sie wurden am 30. 3.80 dem Exekutiv-Komitee der Organisation vorgelegt und das Komitee beschloß, die Empfehlungen unverzüglich der kolumbianischen Regierung zu übergeben.

Das 44 Seiten umfassende Dokument enthält das eindeutige Ergebnis, daß politische Gefangene in militärischen Einrichtungen systematisch gefoltert werden. Es wurden 33 Zentren vorgefunden, wo von Folter berichtet wurde, und nahezu 50 Foltermethoden von psychologischer Folter über Schläge, Verbrennungen bis zu Drogenmißbrauch und elektrischen Schocks.

Amnesty International hat die Empfehlungen ihrer Mission veröffentlicht, um weiteren Gerüchten und widersprüchlichen Diskussionen über Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien ein Ende zu machen. Die Empfehlungen wurden wie folgt unter acht Aspekte gruppiert:

1. Wirkungsvoller Schutz der Menschenrechte

AI stellt fest, daß sich Kolumbien seit fast 30 Jahren andauernd im Ausnahmezustand befindet und daß es auch Gewaltakte oppositioneller Gruppen im Land gegeben habe. Jedoch

habe der Ausnahmezustand die permanente Aufhebung der Menschenrechtsgarantien hervorgerufen, die in der kolumbianischen Verfassung und in den internationalen Abkommen, die Vertreter der kolumbianischen Regierung mitunterzeichnet haben, verankert sind. So ermögliche der Ausnahmezustand unterschiedslose und auch weitverbreitete politische Arrestierungen, verlängerte Haft ohne Prozesse, Folter, Massenprozesse für Zivilpersonen vor militärischen Gerichten und politischen Mord, dies besonders in ländlichen Gebieten an Bauern und Indios.

Außerdem empfiehlt die Organisation die Zurücknahme des kolumbianischen Sicherheitsstatutes, mit dem eine große Zahl von Aktivitäten, darunter die schlecht definierte "Gefährdung der öffentlichen Ordnung" unter Militärgerichtsbarkeit fallen.

Die Mission fordert weiterhin speziellen Schutz für Menschen, die aufgrund des Artikel 28 der Verfassung inhaftiert werden, welcher 10tägige Haft ohne Anklage gelten läßt. Viele Personen wurden ohne legale Vollmachten viel längere Zeit in Haft gehalten, als das Gesetz es gestattet, oft ohne rechtliche Hilfe und ohne Verbindung zur Außenwelt.

2. Das Verteidigungsrecht in militärischen Prozessen

AI verlangt, daß Zivilpersonen nicht länger vor Militärgerichte gestellt werden sollen, in denen das Militär Richter und Ankläger zugleich ist, dies oft in Form von Massenprozessen, die als ausschließlich mündliche Kriegsgerichte (*consejos verbales de guerra*) geführt werden. Normales Verteidigungsrecht wird versagt und eine Anzahl von Verteidigern wurde bedroht und inhaftiert.

3. Vorgehensweisen bei Verhaftungen

Die Vorgehensweisen, so AI, sind willkürlich. Gefangene wurden in militärischen Einrichtungen jenseits irgendwelcher ordentlichen rechtlichen Kontrolle festgehalten. AI fordert eine genaue Überprüfung der Haftbedingungen seitens des Staates oder des Obersten Gerichtshofes.

4. Folter

AI legte eine Reihe von Empfehlungen vor, die auf die Beendigung der Folterungen hinauslaufen, z.B. Bildung von Kommissionen aus unabhängigen Ärzten und Anwälten, die die Ergebnisse ihrer Untersuchungen veröffentlichen, neue Anweisungen über Befragungs- und Verhörmethoden für die Polizei und das Militär, die Erlaubnis für Verhaftete einen Anwalt binnen 24 Stunden nach der Inhaftnahme zu kontaktieren, regelmäßige medizinische Untersuchungen und Entschädigung der Opfer von Folterungen.

Darüberhinaus empfahl AI die strikte Einhaltung des Prinzips, daß Aussagen, die mit Folterungen erzwungen wurden, unzulässige Beweise seien sowie die strikte Befolgung der minimalsten Standardregeln der Vereinten Nationen über die Behandlung Gefangener und keine Diskriminierung politischer Gefangener.

5. Mord, Entführung und Angriffe in ländlichen Gegenden unter militärischer Kontrolle und in indianischen Reservaten (resguardos)

Die Mission empfahl, daß die Regierung die Vorgehensweise von Militär und Polizei in militarisierten Zonen schriftlich definieren solle und gegen paramilitärische Gruppen, die willkürliche Gewaltakte an Bauern und Indios vornehmen

in Aktion treten solle.

Aus den Beweisen, die die Mission sammelte, ging hervor, daß seit 1973 48 Mitglieder des CRIC (Regionaler Rat der Indios des Cauca) ermordet wurden.

6. Freiheit und Recht für Arbeiter

AI fordert die Freilassung aller Gewerkschaftsmitglieder, die aufgrund der friedlichen Wahrnehmung ihrer Rechte inhaftiert wurden. Solchen, die sich gegenüber strafrechtlichen Anklagen zu verantworten haben, sollten schnelle, unparteiliche und öffentliche Verfahren gewährt werden.

7. Gesinnungs- und Redefreiheit, politische Rechte und

Recht auf freie Ausübung des Berufes

AI stellte fest, daß sich unter den Inhaftierten Ärzte, Anwälte, Geistliche, Lehrer und Journalisten befinden und daß diese wegen Schutz Oppositioneller im Rahmen der Ausübung ihres Berufes inhaftiert seien. AI verlangt demnach, daß die Berufsangehörigen von Belästigungen und Verhaftungen verschont bleiben müssen, um die berufliche Ethik zu wahren.

AI sagte, man sei sich der Existenz von Guerillabewegungen und anderer gewalttätiger Opposition gewahr. Zugleich rief die Organisation dazu auf, präzise Definitionen der Begriffe "Subversion" und "Gefährdung der öffentlichen Ordnung" einzuführen, so daß die politischen Rechte geschützt seien.

8. Verfassungs- und Strafreform

Die Empfehlungen enthalten die Forderung nach einer Überprüfung einer Verfassungsreform der Justizverwaltung, die im letzten Jahr eingeführt wurde und der einer Strafrechtsreform des vergangenen Jahres. Die Betonung der Überprüfung, so AI, müsse die Feststellung der Garantie von Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Angehörigen der Justiz sein sowie die Garantie des Menschenrechtsschutzes.

Der Bericht von AI wurde publiziert, als die Regierung sich infolge der Botschaftsbesetzung durch Mitglieder der Guerillagruppe M-19 mit Fragen der Widerstandsbewegungen im Land, mit politischen Gefangenen und mit der Folter befassen mußte. Zudem haben die Empfehlungen von AI eine breite und widersprüchliche Diskussion in politischen Kreisen und in den Massenmedien ausgelöst, so auch die einstündige Fernsehansprache von Präsident Turbay Ayala und eine Replik des bekannten Kolumnisten Daniel Samper Pinzano in der größten Zeitung des Landes, dem gemäßigt-liberalen Blatt "el tiempo" mit dem Titel "eine Gelegenheit verstrich". Es heißt, es sei bedauerlich, daß die kolumbianische Regierung eine Gelegenheit verstreichen lassen hat, die Empfehlungen der Kommission mit gutem Willen zu befolgen, da diese einen wachsenden Teil der öffentlichen Meinung widerspiegeln und man somit versäumt habe, bestimmte Dinge in diesem zerfallenden Land wieder in Stand zu setzen.

Quellen: amnesty international news release, London
el espectador, Bogota
el tiempo, Bogota

**16. - 29. JUNI
IN BERLIN**

**LATEINAMERIKA
TAGE '80**

VERANSTALTER:

FUCL

FORSCHUNGS- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM

CHILE - LATEINAMERIKA e. V.

SAVIGNYPLATZ 5 1 000 BERLIN 12 TEL.: (030) 313 50 65

SCHIRMHERRSCHAFT FÜR DIE LATEINAMERIKA TAGE '80 HABEN ÜBERNOMMEN:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Berlin (GEW), Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. (ASF), Ausländerzentrum der Evangelischen Studentengemeinde (ESG), Tageszeitung "Die Neue", Illustrierte Stadtzeitung "zitty"

Für die großzügige Unterstützung der LATEINAMERIKA TAGE '80 danken wir insbesondere: der Konzertagentur Siegfried Uhse, dem Quartier Latin, der Verlag und Druck GmbH, der Druckerei Movimento Druck, der Werbetafel, der Revue Licht und Ton GmbH und vor allem Rainer Hachfeld für die Plakatentwürfe. - Die Landeszentrale für politische Bildung gab uns 3.000 DM, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit 1.000 DM.

VERANSTALTUNGS- KALENDER

DISKUSSIONSVERANSTALTUNGEN IM HAUS DER KIRCHE
Goethestr. 27-30, Charlottenburg

Lateinamerika und Gewerkschaftliche Solidarität

am Freitag, 20.6., 19 Uhr
mit: Manuel Dinamarca (CUT/BRD)
Till Liebertz-Groß (GEW Berlin), Prof. Dr. Heinrich
Strohauer (Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat
bei Mannesmann), Detlef Prinz (DGB-Jugend),
Hans-Böckler-Stiftung Hamburg, ein KWU-Betriebs-
rat, Frederico Füllgraf (Brasilien/FDCL)

Die Außenpolitik der BRD in Lateinamerika

am Montag, 23.6., 19 Uhr
mit: Helmut Frenz (amnesty international),
Osvaldo Bayer (argentinischer Journalist),
Manfred Coppik (SPD Bundestagsabgeordneter),
Gerold Dieke (Friedrich Naumann Stiftung/FDP),
Dr. Urs Müller-Plantenberg (FDCL)

"Multis" und Entwicklung in Lateinamerika

am Dienstag, 24.6., 19 Uhr
mit: Heinz Brandt (Gewerkschafter/Aktions-
kreis Leben), Kurt Rudolf Mirow (brasilianischer
Kartelllexperte und Unternehmer),
Roland Vogt (Vorsand BBU), ein KWU-Betriebs-
rat, Frederico Füllgraf (brasilianischer
Journalist/FDCL)

Wo ist meine Tochter?

Frauen aus Chile, Argentinien und
Uruguay berichten über ihren Kampf
für die Befreiung ihrer Familienangehörigen
Mittwoch, 25.6., 19 Uhr

Literatur und Befreiung

am Donnerstag, den 26.6., um 19.00 Uhr
mit: Osvaldo Bayer (argentinischer
Schriftsteller), Antonio Skarmeta
(Chilenischer Schriftsteller), Ingeborg
Drewitz (PEN-Zentrum), Curt Meyer-
Clason, Hermann Schulz (Peter Hammer
Verlag), Rothbuch Verlag.

SOLIDARITÄTSKONZERT

In der Eissporthalle
Freitag, den 27. Juni
um 19.00 Uhr (Einlaß ab 18.30)
Es singen:
Bettina Wegner, Walter
Mossmann, Los Olimareños,
Isabel und Angel Parra
(Karten an den bekannten
Vorverkaufsstellen, beim
FDCL, bei der GEW)

Theatermanufaktur: "MURIETA"
von Otto Zonschitz nach Pablo Neruda
Aufführungen: Quartier Latin
Potsdamer Str. 96
am 22.-26./28./29. Juni, 20 Uhr
Sondertermine für Schulklassen
am 25. und 26. Juni, 10 Uhr 30

Dichterlesung

Wilhelm Menne (Schaubühne) u.a.
Schauspieler lesen Lateinamerikanische
Dichtung am Sonntag, 29. Juni, 20 Uhr
Freie Volksbühne (Kassenhalle),
Berlin 31, Ruhrstr. 6

Chilenische Peña

Folklore- und Kulturabend des
MIR/Chile im Gemeindehaus,
Thielallee 1-3, Berlin 33, am
21.6., 19 Uhr, mit den Gruppen:
Quarteto Retorno, Sierra Maestra,
Cono Sur

Woche des Lateinamerikanischen Films

im Kino Arsenal, vom 17.-25. Juni,
18 Uhr 30 und 20 Uhr 30
Welserstr. 25, Berlin 30

Podiumsdiskussion

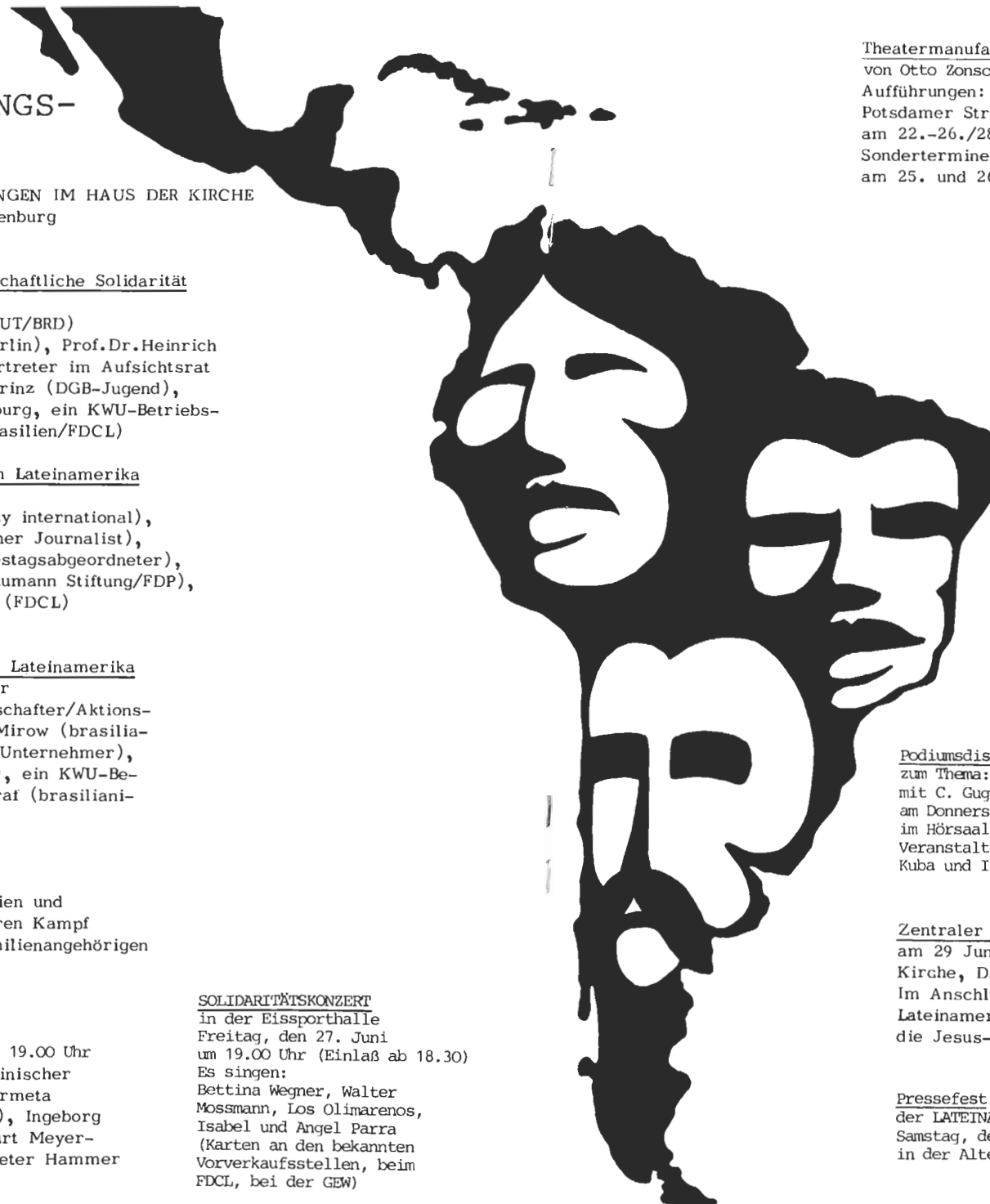
zum Thema: "Kuba - Muster ohne Wert?"
mit C. Guggemos, U. Müller-Plantenberg, Bé Ruys u.a.
am Donnerstag, den 19.6., um 18.30 Uhr
im Hörsaal 104 der TU, Straße des 17. Juni
Veranstalter: Freundschaftsgesellschaft Westberlin-
Kuba und Internationalismus-AG

Zentraler Lateinamerika-Abschluß-Gottesdienst

am 29. Juni, 10 Uhr, in der Jesus-Christus-
Kirche, Dahlem, Hittorfstr. 21
Im Anschluß an den Gottesdienst:
Lateinamerika-Fest und Kinderfest rund um
die Jesus-Christus-Kirche

Pressefest

der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN
Samstag, den 28. Juni, um 19.00 Uhr
in der Alten Mensa der TU



AUSSTELLUNGEN

"KINDER DES ELENDS - Der Kampf der Armen Lateinamerikas für die Zukunft ihrer Kinder"
=====

27. Mai - 27. Juni ROTATION GALERIE, Pfalzburger Str. 72 (Ecke Düsseldorf Str.)

Öffnungszeiten MO - FR 15 - 18 Uhr

Für Schulklassen Vormittagstermine nach Vereinbarung (Tel. 861 58 91)

Jeden Mittwoch um 18 Uhr lateinamerikanische Filme

Eröffnung: Dienstag, 27 Mai um 19 Uhr

Eine Ausstellung der Vereinigung internationaler Kulturaustausch und des FDCL

"LEBEN IN EINEM ELENDSVIERTEL IN KOLUMBIEN"
=====

jeweils an den 5 Sonntagen im Juni (1., 8., 15., 22., 29. Juni)

Öffnungszeiten: 9 Uhr 30 bis 11 Uhr 30

für Konfirmanden- und andere Gruppen besondere Besuchszeiten nach Vereinbarung über die Küsterei Petruskirche

Ort: Petruskirche, Berlin 45, Oberhofer Platz

Eine Ausstellung des FDCL

"LA VICTORIA FÜR CHILE"
=====

3. - 28. Juni MAGAZIN PROVENÇAL, Berlin 19, Seelingstr. 57

Öffnungszeiten: MO - FR 14 - 18 Uhr SA 10 - 14 Uhr

Eine Ausstellung der Izquierda Cristiana de Chile (IC) / Christliche Linke

"CHILE UND WIR"
=====

18. - 20. Juni Haus der Kirche (Foyer), Berlin 12, Goethestr. 27 - 30

23. - 26. Juni

Öffnungszeiten: 9 - 22 Uhr

Eine Ausstellung der Unterstützungsgruppe der IC / Chile

"INDIOS IN PERU"
=====

23. - 29. Juni Ausländerladen der ESG, Berlin 12, Carmerstr. 11

Öffnungszeiten: 14 - 19 Uhr

Eine Ausstellung des Peru-Komitees

"PROBLEME DER ELENDSVIERTEL IN LIMA"
=====

22. - 29.6. Gemeindehaus Blumhardtgemeinde.
Buckower Damm 59 - 61

"DAS NEUE NICARAGUA" (Plakate aus Nicaragua)
=====

19. - 24. Juni Gemeindehaus, Berlin 33, Thielallee 1 - 3

26. - 29. Juni

Öffnungszeiten: 16 - 20 Uhr

Eine Ausstellung des Nicaragua-Komitees

INFORMATION UND KULTUR

18.6. 19 Uhr "Gold und Armut"
Dia-Vortrag der Ecuador-Gruppe in der Galerie 70, Berlin 12, Schillerstr. 70

19.6. 18.30 Uhr "Kuba: Muster ohne Wert?"
Podiumsdiskussion mit C. Guggemos, U. Müller-Plantenberg, Bé Ruys u.a.
im Hörsaal 104 der TU, Straße des 17. Juni
Veranstalter: Freundschaftsgesellschaft Westberlin-Kuba und die Internationalismus-AG

20.6. 19³⁰ Uhr "Diskriminierung der Frau in Lateinamerika"
Informations- und Kulturveranstaltung der lateinamerikanischen Frauengruppe in der Igel-Kneipe, Pfalzburger Str. 20, Berlin 31

19 Uhr "Bolivien nach der Banzer-Diktatur"
Dia-Vortrag und Informationsabend der Bolivien-Gruppe in der Galerie 70, Berlin 12, Schillerstr. 70
- mit bolivianischem Essen -

21.6. 19 Uhr "Chilenische Peña"
Folklore- und Kulturabend des MIR/Chile im Gemeindehaus, Thielallee 1 - 3, Berlin 33, U-Bhf Dahlem-Dorf, Busse 1, 10, und 68
- mit den Folklore-Gruppen: Quarteto Retorno, Cono Sur und Sierra Maestra - mit chilenischem Essen -

19 Uhr "Kolumbien-Fete"
des Grupo Colombiano im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, Berlin 61, U-Bhf Mehringdamm
- mit kolumbianischer Musik, Essen und Tanzen -

22.6. 19 Uhr "Chile-Informationsveranstaltung"
der CODECH und der amnesty international Gruppe 547 in der Evang. Gemeinde, Badener Ring 23, Berlin 42
- mit chilenischem Essen und Folklore-Musik -

24.6. 18³⁰ Uhr Dia-Vortrag der Brasilien-Gruppe im Haus der Kirche, Goethestr. 27-30, Berlin 12 (im Foyer)

26.6. 18 Uhr "Sozialismus in Chile"
Informations- und Diskussionsabend der Sozialistischen Partei Chiles (PS) im Sozialistischen Büro, Hermannstr. 225, Berlin 44 (2. Hof, Parterre), U-Bhf Boddinstr.

20 Uhr "Erziehungsreform in Peru: Anspruch 1972 - Wirklichkeit heute"
Dia-Vortrag der Peru-Gruppe in der Igel-Kneipe, Pfalzburger Str. 20, Berlin 31

LATEINAMERIKA - GOTTESDIENSTE

Die Gottesdienste finden jeweils Sonntags um 10 Uhr statt.

15. Juni	Martin-Luther-Kirche	Berlin 65, Vollandstr. 84 - 94 Thema: CHILE
22. Juni	Baptistengemeinde	Berlin 27 (Tegel), Schlieperstr. 7 Thema: ARGENTINIEN
	Daniel-Kirche	Berlin 31 (Wilmerdorf), Brandenburgische/ Ecke Münstersche Straße Thema: CHILE
	Gemeinde Am Buschgraben	Berlin 37 (Zehlendorf) Ludwigsfelderstr. 30 Thema: CHILE
	Petrus-Kirche	Berlin 45 (Lichterfelde - West) Oberhofer Platz Thema: KOLUMBIEN
	Kirche zum Hlg. Kreuz Blücherstr. /	Berlin 61 (Kreuzberg) Blücherstr. / Ecke Johanniterstr. Thema: CHILE
	Genezareth-Kirche	Berlin 44 (Neukölln) Herrfurthplatz Thema: DOMINIKANISCHE REPUBLIK
	Joh.-Christoph-Blumhardt- Kirche	Berlin 47 (Britz) Buckower Damm 57 Thema: PERU

29. Juni: Zentraler LATEINAMERIKA-ABSCHLUSS-GOTTESDIENST
in der Jesus-Christus-Kirche, Berlin 33 (Dahlem),
Hittorfstr. 21 Hittorfstr. 21

im Anschluß an den Gottesdienst: LATEINAMERIKA-FEST und KINDERFEST
rund um die Christus-Kirche

INFORMATIONEN - LATEINAMERIKANISCHES ESSEN - DIAS - FILME

mit der chilenischen Tanzgruppe QUIMANTU und der
Folkloregruppe ALBORADA

Viele Kinderspiele wie Bälle werfen, Nägelschlagen, Eierlaufen,
Sackhüpfen, Tauziehen!!!!

CHILE

Der 1. Mai fand im Saal statt

Der diesjährige erste Mai in Chile wurde im Inland wie im Ausland mit Spannung erwartet. Die chilenischen Gewerkschaften kündigten schon Monate zuvor Veranstaltungen und Demonstrationen an, die Regierung ihrerseits versicherte, keine Demonstrationen zuzulassen. Kundgebungen dürften von den Gewerkschaften nur in ihren Versammlungslokalen durchgeführt werden. Es würde nicht geduldet, "Gehässigkeit" unter den Arbeitern auszustreuen oder gar politische Agitation zu betreiben. Der erste Mai sei dazu da, den sozialen Frieden zu feiern, und dies geschah dann auch im Regierungspalast Diego Portales... die Arbeiter durften also nicht diskutieren. Dafür entfachten sich heftige Kontroversen auf Seiten der Herrschenden.: In den öffentlichen Medien Chiles stritten sich zwei Fraktionen, die sich vielsagend die "Harten" und die "Weichen" nennen, über die politische Zukunft Chiles. Den einen, den sogenannten "Harten", schwebt ein korporatives Staatsgebilde vor, etwa nach dem Vorbild des faschistischen Italiens. Den anderen, den "Weichen" liegt ein effizientes kapitalistisches System nahe, in dem sogar, langfristig gesehen, politische Parteien Platz haben könnten, wenn sie nur eine ausreichend hohe Profitrate garantieren.

Anlässlich des ersten großen Streiks in den Kupferminen von El Teniente schrieben wir, daß dieser Streik u. E. eine Testfunktion habe, da er der erste große Streik nach der Verabschiedung der Arbeitsgesetzgebung (Plan Laboral) war. Eine ähnliche Testfunktion schreiben wir dem diesjährigen 1. Mai zu. Die legalisierten Gewerkschaften ließen erkennen, daß man den diesjährigen 1. Mai in der alten Tradition feiern wollte. Dies konnte die Militärregierung ihrer Logik nach nicht zulassen, sollte sie nicht entscheidend an Autorität einbüßen. Nur so sind die überaus heftigen Einschüchterungsmanöver der Militärs, der Polizei, des Geheimdienstes und der Regierung zu erklären, die schon Wochen vor dem 1. Mai einsetzten. Einer der Einschüchterungsversuche datiert in die zweite Aprilwoche.

Psychologische Kriegsführung gegen das Volk

Am 11. April überfielen 12 bewaffnete Personen gegen 10 Uhr 30 ein Anwaltsbüro in Santiago, in dem 7 Führer der Landarbeitergewerkschaft und das Personal des Büros zugegen waren. Die Anwesenden wurden gefesselt und bekamen Papiermützen übergezogen. Die Einbrecher, die sich später als Angehörige des Geheimdienstes CNI entpuppten, hängten an den Wänden der Kanzlei Plakate auf, malten mit Farbe das Widerstandszeichen "R" (für resistencia, Widerstand)

und das Parteikürzel MAPU an die Wand und begannen vor diesen Kulissen die Gefesselten zu fotografieren und zu filmen. Stunden später dann begann ein Verhör, in dem die Opfer über angebliche Aktionen zum 1. Mai ausgefragt wurden. Diese Verhöre waren begleitet von Schlägen und anderen Quälereien. Erst am Abend, nach über 10 Stunden Gefangenschaft, wurden die Überfallenen nach und nach entlassen.

Aber schon Wochen vor diesem Zwischenfall waren ähnliche Übergriffe der Staatsgewalt zu registrieren. Willkürlich wurden mehrere Einzelpersonen verhaftet, in den Kellern des Geheimdienstes mit verschiedenen Maskierungen fotografiert, verhört, gefoltert und Stunden oder Tage später wieder freigelassen. Ein 19-jähriger Jugendlicher wurde dabei sogar ermordet. Dieses Klima der Angst, der Verunsicherung und des Terrors fand wenige Tage vor dem 1. Mai seinen vorläufigen Höhepunkt.

Zwei Überfälle, der eine verübt auf die "Flamme der Freiheit", der andere auf ein Quartier des Geheimdienstes, heizten die Terrorisierungsangst an. Offiziell werden diese beiden Überfälle zwar der linksrevolutionären Bewegung MIR zugeschrieben, verschiedene Ungereimtheiten lassen allerdings den begründeten Schluß zu, daß es sich dabei um Provokationen der militanten Rechten oder sogar der "Sicherheitskräfte" selbst handelt.

Am Mittag des 28. April überfielen ein Dutzend Leute das Denkmal der "Flamme der Freiheit", ein Monument aus Marmor, das der Staatspräsident Pinochet auf einem Hügel zum Gedenken an den Militärputsch vom 11. September 1973 hatte errichten lassen. Bei diesem Attentat wurde ein junger Polizist getötet. Die Beteiligten konnten zunächst alle entkommen, worauf Stunden später ein riesiger Fahndungsapparat eingesetzt wurde, bei dem 500 Personen sowie mehrere Hubschrauber beteiligt waren. Bei den Verfolgungsjagden und Razzien wurden am selben Abend und am folgenden Tag insgesamt 500 Menschen festgenommen, obwohl 7 Verhaftete als Mitglieder der "Mörderzelle" beschuldigt wurden. Ein Mann, Oscar Salazar, wurde bei der Terroristenjagd auf offener Straße erschossen. Als Ungereimtheiten, die den Schluß nahelegen, daß es sich bei dem Überfall um Staatsterroristen gehandelt haben könnte, gelten dabei folgende Fakten: ein Taxifahrer, dessen Fahrzeug von den Gangstern zur Flucht benutzt wurde, berichtete, daß sie sich mit Walkie-Talkies untereinander verständigt hätten und



Inschrift: CHILENE DIE FREIHEIT IST UNVERÄUSERLICHER BESTANDTEIL DER NATIONALEN SEELE

dabei mehrmals davon sprachen, sich in das "Quartier" zurückziehen zu wollen. Unter Quartier ist in der spanischen Sprache vor allem ein Polizei- oder Militärlager zu verstehen. Noch am selben Abend, also wenige Stunden nach dem Überfall auf das Monument, wurden im chilenischen Fernsehen "Spots" über den Überfall auf das Denkmal gesendet, gekoppelt mit Propagandastreifen gegen Kuba, die in der Bevölkerung den Eindruck der Vorproduktion erweckten. Vorproduziert werden kann so eine Sendung aber nur dann, wenn man im voraus weiß, daß etwas geschehen wird.

Der andere Überfall richtete sich gegen ein Quartier des Geheimdienstes CNI, dessen Sinn auch nicht recht einsichtig ist und mehr Fragen als Antworten hinterläßt. Dabei sollen 7 Personen mit zwei Fahrzeugen vor das Quartier vorgefahren sein und Molotowcocktails geworfen haben, die bezeichnender Weise nicht explodierten. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß eine Gruppe einen Überfall plant, dabei das Leben eines jeden riskiert und dabei funktionsuntüchtige Waffen mitführt. Obendrein macht die Tatsache stutzig, daß die Straße, in der sich der Überfall ereignete, beidseitig abgesperrt worden war.

Nur das Volk wird das Volk retten

Vor dem Hintergrund des entfesselten Staatsterrors ist die Ausgangsbedingung der Gewerkschaftsmobilisierung zu sehen und zu verstehen. Das "Comando Sindical", das Gewerkschaftskommando, ursprünglich bestehend aus der christdemokratischen "Gruppe der Zehn", der gemäßigten Gewerkschaft der Angestellten und der in der Tradition der früheren CUT stehenden "Nationalen Gewerkschaftskoordination" (Coordinadora Nacional Sindical) hatten die Vorbereitung des 1. Mai übernommen. Die links stehende "Vereinigte Front der Arbeiter" (FUT) hatte schon Wochen zuvor erklärt, ihre Veranstaltung unabhängig von dem Kommando durchführen zu wollen. Wohl unter dem Druck des Klassenkampfes von oben kündigten dann wenige Tage vor dem 1. Mai die Gewerkschaft der Angestellten und die "Gruppe der Zehn" ihre Mitarbeit beim Comando Sindical auf und trugen damit entscheidend zur Schwächung dieses Bündnisses bei.

Zu der Veranstaltung der Coordinadora kamen 1.500 Gewerkschafter, bei der der Präsident der CNS und der "Vater" der chilenischen Gewerkschaftsbewegung, der über 80-jährige Clotario Blest, sprachen. Die "Gruppe der Zehn" war über ein Dokument, verfasst von ihrem Präsidenten Eduardo Rios, vertreten.

In dem kleinen Gewerkschaftslokal der "Vereinigten Front der Arbeiter" versammelten sich etwa 400 Personen mit Spruchbändern, auf denen u.a. zu lesen war: "Nur das Volk wird das Volk retten" oder "Sie können uns einsperren, aber niemals besiegen". Auch dort sprach der greise Gewerkschaftsführer C. Blest: "Wir müssten uns dafür schämen, daß wir diesen 1. Mai immer noch abgeschlossen, versteckt und eingeschüchert sind. Wo sind die Übrigen? Welche Schande, Genossen! Nur vereint können wir siegen. Und die Gewerkschaftsführer müssen endlich von sektiererischen politischen Ideologien ablassen und von persönlichen Machtambitionen." Der Präsident der FUT, Carlos Frez, hob in seiner Ansprache hervor, daß die Furcht vor der Repression ein mächtiger Feind sei, den es zu bekämpfen gälte. Zum Schluss der Veranstaltung formierten sich die Anwesenden zu einem Protestmarsch, der bis zur Poblacion "El Pinar" gehen sollte. Doch die Drohung der Regierung, keinerlei Demonstrationen zuzulassen zu wollen, bewahrheitete sich. Der Marsch wurde an

einer Straßenkreuzung von der Polizei gestoppt, die, mit Maschinenpistolen bewaffnet, aus ihren Einsatzfahrzeugen sprangen. Im Gegensatz zu früheren Jahren, wo die Carabineros "nur" vom Schlagstock gebrauch machten, gaben sie diesmal Warnschüsse in die Luft ab. Nach offiziellen Angaben wurden 33 Personen aus diesem Zug herausgegriffen und verhaftet. Noch Stunden später fanden in dem gesamten Viertel Hausdurchsuchungen statt. Die Straßenzüge wurden von Einheiten der Polizei besonders bewacht. (Wie wir aus einem Brief aus Chile erfuhren, wurden in diesen Tagen in allen wichtigen Gegenden die Polizeipatrouillen verstärkt und vermehrt Posten aufgezogen.)

Druck auch auf die Kirche

"Das Abendmahl am 1. Mai soll die großen Werte menschlicher Arbeit betonen, die Würde der Arbeiter und den speziell christlichen Beitrag ihrer Befreiung, entsprechend der christlichen Soziallehre! So kommentierte der chilenische Kardinal Silva Henríquez den vorgesehenen Gottesdienst am 1. Mai, der wie jedes Jahr auch dieses Mal stattfinden sollte. Zugleich betonte er den rein religiösen Charakter der Messe und verbat sich jedwede politische oder gewerkschaftliche Agitation. Aber natürlich ist nach der Logik der Militärs die Würde der Arbeiter schon Politikum genug und so ist es nur folgerichtig, daß seitens der Regierung alles getan wurde, die diesjährige Messe zu verhindern. Innenminister Fernandez bewegte den Kardinal zur Absage des Gottesdienstes mit der Drohung, nicht für einen reibungslosen Ablauf der Messe garantieren zu können. Zum ersten Mal seit 19 Jahren wurde der Maigottesdienst nicht durchgeführt.

So hatten dann auch die Herrschenden allen Grund zur Feier des "sozialen Friedens" im Regierungspalast Diego Portales, in dem sich ca. 3000 geladene Gäste versammelten und u.a. der Arbeitsminister Pinera eine Rede hielt. Es fehlten die Arbeiter, aber dafür waren umso zahlreicher erschienen Minister, Diplomaten, hohe Militärs und Unternehmer, natürlich auch die regierungstreuen "Gewerkschafter", wie z.B. Medina, Chef der Kupferarbeiter von El Teniente. Einer fehlte allerdings, der letztes Jahr noch dabei war: Bernadino Castillo, Gewerkschaftspräsident aller Kupferarbeiter Chiles. Castillo war schon mit den Lohnabschlüssen im vergangenen Februar nicht zufrieden und überwarf sich zuletzt mit seinem Kollegen Medina, der sich der nur allzu normalen Regelung neuer Gewerkschaftswahlen nicht beugen wollte und sein Amt noch weiter ausüben möchte. Bei Neuwahlen würde er sicherlich seinen Posten verlieren.

Der diesjährige 1. Mai in Chile gibt zu Optimismus einmal mehr keinen Anlaß.

Die »Harten« und die »Weichen«

Zum Selbstverständnis des "Autoritären" Charakters der chilenischen Diktatur gehört, daß politische Prozesse innerhalb des regierenden Machtblocks und natürlich auch Divergenzen vor der Öffentlichkeit verborgen werden, so weit das geht. Deshalb war es durchaus überraschend, daß der großbürgerliche und regierungsnah "Mercurio" ebenso wie eine Wochenzeitschrift diesen Stil offenkundig durchbrachen und Dossiers der führenden Köpfe der "harten" Fraktion in großer Aufmachung und ohne tagespolitischen Anlaß publizierten. Der Clou dabei: Ex-Geheimdienstchef Contreras erschien dabei als die zentrale Figur. Wir versuchen, diese Flucht in die Öffentlichkeit in die Auseinandersetzung innerhalb der Rechten um ihr politisches Projekt einzuordnen.

Zu den "Weichen" werden die Kreise gerechnet, die aus wirtschaftlichen Gründen Chiles Öffnung gegenüber den kapitalistischen Ländern zu suchen (Finanz-, Export- und Import-Bourgeoisie) und deshalb, um politische Schwierigkeiten auf internationaler Ebene zu vermeiden, eine "Normalisierung" der chilenischen Situation anstreben – natürlich nur soweit, sie ihre Interessen nicht bedroht. Daß sie diesen Zustand durch eine Verfassung absegnen und "Demokratie" nennen wollen – sei es autoritäre oder "beschützte" – ist reine Augenwischerei. Auf Regierungsebene sind diese Kreise vor allem durch die Ministerien Wirtschaft, Finanzen, Arbeit und Außenpolitik vertreten. Daran hat auch die Entlassung des Außenministers Cubillos nach der Groteske des gescheiterten Staatsbesuchs auf den Philippinen nichts geändert (vgl. LN 81), der neue Außenminister Rojas soll die bisherige Linie fortsetzen. Und in diese Linie gehört die Arbeitsgesetzgebung (Plan Laboral), die die Regierung vor knapp einem Jahr unter dem internationalen Druck erließ und die tatsächlich die Zugeständnisse an die Arbeiter so dosierte, daß das Wirtschaftsmodell nicht in Gefahr geriet.

Die "Harten" sind – bisher – vor allem durch Ideologen vertreten. Rechte Nationalisten, die eine derartige Erneuerung der chilenischen Gesellschaft wünschen, daß der "Marxismus" in alle Ewigkeit in Chile undenkbar bleibt. Schon die Vorstellung, daß es im Lande jemals wieder zugelassene politische Parteien geben könnte, ist ihnen ein Greuel. Im zivilen Bereich scheint der Faschist Pablo Rodriguez mit seiner Idee des korporativen Staats der markanteste Wortführer. Kritik übt diese Gruppierung an der ultra-liberalen Wirtschaftspolitik, weil sie mit der Öffnung des chilenischen Marktes gegenüber der kapitalistischen Konkurrenz die nationale mittelständische Wirtschaft ruiniert. Bislang standen diese rechten Ideologen allerdings allein, ohne erkennbaren Rückhalt durch die mittelständischen Interessvertretungen. Politisch plädieren die "Harten" für eine unbegrenzte Fortdauer des Militärregimes; eine verfassungsmäßige Fortschreibung des gegenwärtigen Zustands könne nicht auf eine nationale Basis zählen. (eben wegen der Wirtschaftspolitik, die nur einigen wenigen zu Gute komme) – sie drängen deshalb auf eine Änderung der Wirtschaftspolitik zur Verteidigung der mittleren und kleinen Unternehmen – bis zu dem Tag, an dem sich eine neue chilenische Gesellschaft herangebildet habe, die dann auch unter breitem Konsens ihre verfassungsmäßige Absegnung erhalten könne. Denn selbstverständlich gibt jede Fraktion der in sich "zerstrittenen" Regierungsclique vor, für die überwältigende Mehrheit des Volkes zu sprechen. Und beide Fraktionen beteuern dabei noch ihre uneingeschränkte Loyalität gegenüber Staatspräsident Pinochet. Pinochet seinerseits vollführt einen Eiertanz. Ideologisch zu den "Harten" tendierend,

braucht er gleichzeitig die Unterstützung des dominierenden wirtschaftlichen Sektors. Also legt er sich bislang nicht öffentlich fest – in der Hoffnung, letzten Endes die beiden Fraktionen auszutricksen: solange er Herr der Bajonette ist, brauchen ihn beide Fraktionen. Denn selbstverständlich ist ohne den Rückhalt der Streitkräfte und der Polizei und Geheimdienste keines dieser Konzepte praktikabel.

Zugespitzt wurde die Auseinandersetzung zwischen "hart" und "weich" nach dem Philipinnen-Debakel: die "Harten" sahen die nationale Ehre verletzt, wollten auf eine Annäherung an internationale kapitalistische Herrschaftsmuster verzichten und forderten nicht nur die Entlassung von Außenminister Cubillos, sondern auch die der übrigen Cubillose aus der Regierung: "Und wenn die Welt voll Feinden wär..."

In diesem Zusammenhang sehen wir die Publikationen des "Mercurio": Offenbar nutzt er das absolut negative Image, das der ehemalige Geheimdienstchef im ganzen Lande hat, indem er ihn zum geheimen Kopf der harten Fraktion kürt. Und auffällig in dem veröffentlichten Dossier: mit keinem Wort wird auf die eventuellen politischen Vorstellungen von Contreras eingegangen. Wohl aber werden, durchaus unüblich unter Gangstern mit Schlips und weißer Weste, seine geschäftlichen Beteiligungen aufgelistet, auf nationaler Ebene. Seine Beziehungen zu ausländischen Unternehmen bleiben Vermutung (als ob das ehrenrührig wäre unter Chiles Herrschenden!). Bekannt sind zumindest seine freundschaftlichen Verbindungen zu dem bundesdeutschen skandalträchtigen Waffenhändler Merck und die Verschiffung von einem Dutzend Koffern mit persönlichem Gepäck auf einem bundesdeutschen Frachter, bei dem man annahm, daß es sich um Akten der Geheimpolizei DINA handelte.

Diese Auseinandersetzung unter den beiden Fraktionen wird innerhalb der von ihnen kontrollierten Medien geführt: sei es staatliches Fernsehen, private Rundfunkanstalten oder verschiedene Zeitschriften. Das chilenische Volk nimmt an dieser Kontroverse der Herrschenden, wie es am effektivsten unterdrückt werden kann, nicht teil. Seine Artikulations- und Widerstandsmöglichkeiten sind, wie der Bericht über den 1. Mai zeigt, extrem kontrolliert. Die katholische Kirche (s.u.) stellt Forderungen, aber vermeidet den offenen Konflikt.

Mögliche Brisanz aber erhält diese Auseinandersetzung innerhalb der Herrschenden durch Konflikte mittelständischer Interessenverbände mit der herrschenden Wirtschaftspolitik. Der Funke entzündete sich an einer administrativen Maßnahme gegenüber den Taxifahrern Santiagos, die deren Vorsitzendem eine Anklage wegen Beleidigung der Autoritäten und damit wegen Verstoßes gegen das Staatssicherheitsgesetz einbrachte. Deshalb verdient die absurde Anekdote ein Resümee, denn der jetzt angeklagte Juan Jara war einer der aktivsten mittelständischen Putschvorbereiter.

1973 waren Taxifahrten in Chile so billig, daß man nur vor international renommierten Hotels (auf Ddollarbasis statt Landeswährung) mit einigem Erfolg darauf rechnen konnte, ein Taxi zu fischen, wenn man es gerade dringend brauchte. Taxifahrer zu sein war ein sicheres Geschäft. Im Gefolge absoluter wirtschaftlicher Freiheit wurde die Zulassungsbeschränkung für Taxis aufgehoben: in der 3-Millionen-Stadt Santiago suchen heutzutage 20 000 Taxis (so viele gab es 1973 im ganzen Land!) ihre Kunden, wissen nicht, ob sie – teures Benzin verfahrens – ihre Kunden auf entlegenen Straßen fischen oder sich an die lange Schlange eines Taxistandes anreihen sollen. Das Verbot für Kollektivtaxis, in das kundenbringende Zentrum Santiagos einzufahren, zerschneidet dem Chef des Taxiverbandes den Geduldsfaden. Er erklärte:

"Es gibt Sektoren die das Image der Regierung beim Volk verbessern wollen. Andere bestehen irrtümlicherweise darauf, einen wahren Zaun um den Präsidenten (Pinochet, d. Red.) zu errichten, und sie lassen ihn nicht die wirklichen Probleme der Arbeiterklasse und des Mittelstandes sehen. Ich glaube, daß die gesamten Streitkräfte und der Präsident selbst zum Mittelstand gehören. Wir als Angehörige des Transportgewerbes verlangen eine Veränderung, denn der Kochtopf verstärkt seinen Druck, und als Patriot – als jemand, der vor dem 11. September 1973 – dem Putsch, d. Red.) seine Haut riskierte – hat man die Verpflichtung, mehr mitzuarbeiten."

Der das sagt, war einer der engagiertesten Gegner der UP-Regierung; mit dem Chef der LKW-Unternehmer organisierte er den ersten Streik des Transportgewerbes gegen die UP-Regierung im Oktober '72, war führend an der Organisation des umfassenden Streiks der mittelständischen Interessenverbände in den Wochen vor dem Putsch beteiligt. Als er jetzt – wie unzählige Gewerkschaftsführer, aber kein Gremienvertreter vor ihm – in einer Gefängniszelle Santiagos saß – die er miserabel fand – empfing er Besuch von den anderen Vertretern des Mittelstands, die ihm ihre Solidarität bekundeten. Unter ihnen war León Vilarín, Chef der LKW-Unternehmer, sein einstiger Kampfgefährte. Alle waren sich einig in ihrer Kritik an der Wirtschaftspolitik und gleichzeitig – zumindest verbal – in ihrer absoluten Loyalität gegenüber Pinochet.

Aber Vilarín erklärte drohend: "Mit dieser Haltung drängt uns die Regierung zu einem neuen 'pliego de Chile' – jenem Forderungskatalog der mittelständischen Interessenverbände, mit dem sie seinerzeit der Regierung Allendes sozusagen den Krieg erklärt hatten.

Neu aber in dieser Konstellation ist, daß sich eine Annäherung zwischen den mittelständischen Interessenverbänden und den "Harten" anzubahnen scheint. Mag es auf den ersten Blick Sinn ergeben, daß die ideologischen Kritiker der Wirtschaftspolitik und die davon Geschädigten auch politisch zusammenfinden, so bleiben, auf den zweiten Blick, zumindest ebenso viele Fragen:

Können die Gremien ein politisches Interesse haben, daß auf unbegrenzte Zeit weiter mit dem Ausnahmezustand regiert wird?

Andererseits: Der Wunsch der herrschenden Wirtschaftskreise, ihr Modell langfristig abgesichert zu sehen, ist natürlich begreiflich. Gegenwärtig ist das Machtgefüge zu sehr auf die Person Pinochets zugeschnitten – daher ihr Wunsch nach einer institutionellen Verankerung des gegenwärtigen Zustands, wobei sie Parteien bis hin zur Sozialdemokratie in Kauf nehmen. Die Beispiele Francos, des Schahs und Somozas haben sie gelehrt, wie rasch ein auf eine Person ausgerichtetes Regime zerfallen kann. Aber: worauf gründet sich ihr Optimismus, ein solches Verfassungsmodell könne tatsächlich einen hinreichend breiten Konsens im chilenischen Volk finden?

Aber es scheint, daß eine solche – längst ausgearbeitete und im Staatsrat hinter verschlossenen Türen diskutierte Verfassung – in nächster Zeit zur Volksabstimmung vorgelegt werden könnte: Auf Drängen des Kardinals jedenfalls stellte die katholische Bischofskonferenz die Bedingungen zusammen, unter denen die Abstimmung über eine solche Verfassung verlaufen müßte – um offenkundige Manipulationen wie bei der Volksabstimmung im Januar '78 zu verhindern.

ARGENTINIEN

Bericht der OAS-Menschenrechtskommission

Im April wurde endlich der Abschlußbericht der Kommission der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) über die Menschenrechtsverletzungen in Argentinien veröffentlicht. Im September vergangenen Jahres besuchte die Kommission Argentinien, um vor Ort die von vielen Seiten erhobenen Vorwürfe über Menschenrechtsverletzungen zu prüfen (vgl. LN 74 und 75). Nachdem das Regime die Einreise der Kommission so lange verzögert hatte, daß der Bericht nicht mehr bis zu der OAS-Versammlung im Herbst letzten Jahres fertig werden konnte, legte die Kommission den Bericht schließlich im Dezember 1979 statutengemäß der argentinischen Regierung zur Prüfung und Stellungnahme vor. Normalerweise wird der Bericht dann ungefähr sechs Wochen später veröffentlicht. Auch diesmal gelang es der Junta die Publizierung so lange hinauszuzögern, daß er der UN-Menschenrechtskommission bei ihrer Sitzung in Genf nicht zur Verfügung stand. Auf die teilweise sehr scharfe Kritik der Kommission reagierte die argentinische Junta nach der Veröffentlichung mit Vorwürfen, der Bericht sei durch eine "politische und emotionale Subjektivität" gekennzeichnet.

Die Schlußfolgerungen der Menschenrechtskommission der OAS lauten (nach Clarín Internacional, 15. - 21. 4. 80):

"...Die Kommission ist zum Schluß gekommen, daß in der Republik Argentinien durch Handlung oder Unterlassung von Behörden, in der Zeit zwischen 1975 und 1979 zahlreiche und schwere Verletzungen der fundamentalen Menschenrechte im Sinne der Amerikanischen Erklärung der Rechte und Pflichten des Menschen begangen wurden. Insbesondere ist die Kommission der Auffassung, daß diese Verletzungen folgende Rechte betrafen:

- a) Das Recht auf Leben: Angehörige des oder mittelbar mit dem Sicherheitsdienst der Regierung verbundene Personen haben zahlreiche Männer und Frauen nach ihrer Verhaftung getötet. Die Kommission ist besonders besorgt über das Schicksal tausender verschwundener Gefangener, die - entsprechend den im Bericht dargelegten Gründen - als tot betrachtet werden müssen.
- b) Das Recht auf Freiheit der Person wurde verletzt durch Verhaftungen und die Überstellung in die Gewalt der Exekutive; durch die unterschiedslosen und grundlosen Verhaftungen zahlreicher Personen; durch die ständige Verlängerung der Haft...Diese Situation wurde verschärft durch die Einschränkung des Optionsrechts, das in Artikel 23 der Verfassung garantiert wird...

Auch die lange Zeit des Asyls vieler Personen ist ein Angriff auf die Freiheit der Person ...

- c) Verletzung des Rechts auf Sicherheit und Unverletzbarkeit der Person durch den systematischen Einsatz von Folter und anderen grausamen, unmenschlichen und erniedrigenden Behandlungen ...
- d) Verletzung des Rechts auf Gerechtigkeit und einen regulären Prozeß durch die Einschränkung der Rechte der Justiz, durch das Fehlen von Rechtsgarantien in Militärgerichtsprozessen, durch die Unwirksamkeit von habeas-corpus-Gesuchen. Dies alles wird verschärft durch die großen Schwierigkeiten, die den Verteidigern bei ihrer Amtsausübung aus Gründen der nationalen Sicherheit und der öffentlichen Ordnung gemacht werden. Einige Rechtsanwälte wurden getötet, sind verschwunden oder befinden sich in Haft, weil sie derartige Verteidigungsaufgaben übernommen haben.

Was die anderen Rechte, die in der Erklärung der Rechte und Pflichten des Menschen niedergelegt sind, angeht, so ist die Kommission der Auffassung, daß ihre Verletzung nicht die Schärfe der oben genannten erreicht, aber ihre Einschränkung doch die volle Beachtung der Menschenrechte in der Republik Argentinien beeinträchtigt. Bezüglich dieser Rechte erklärt die Kommission:

- a) daß das Recht auf freie Meinungsäußerung und Information eingeschränkt wurde (...)
- b) daß die Gewerkschaftsrechte beeinträchtigt wurden durch den Erlaß und die Anwendung bestimmter Vorschriften....Das Recht auf freie gewerkschaftliche Vereinigung wurde beeinträchtigt durch die militärische Verwaltung der Gewerkschaften und durch die Verabschiedung eines Gesetzes, das die Rechte der Arbeiterklasse verletzt.
- c) daß die politischen Rechte ausgesetzt sind. (...)

Die Kommission ist zu der Auffassung gekommen, daß Organisationen zur Verteidigung der Menschenrechte ungerechtfertigte Schwierigkeiten bei der Durchführung ihrer Arbeit haben.

Die Kommission erkennt an, daß nach ihrem Besuch in der Republik Argentinien im September 1979 die Verletzung der Rechte auf Leben, Freiheit und Unverletzbarkeit der Person und des Rechts auf Gerechtigkeit und einen regulären Prozeß geringer geworden sind, besonders daß seit Oktober keine neuen Anklagen über verschwundene Personen mehr registriert wurden."

Die Kommission empfiehlt abschließend, die Morde zu untersuchen und die Schuldigen nach dem Gesetz zu bestrafen. Zur Vermeidung weiterer Fälle von Verschwundenen sollen alle Verhafteten zentral registriert werden. Außerdem sollen alle Gesetze geändert werden, die die Informations- und Meinungsfreiheit einschränken.

Die argentinische Junta reagierte mit einer scharfen Erklärung auf dieses Abschlußdokument: der Bericht sei weder ausgewogen noch objektiv, er gehe nicht darauf ein, daß der Staat sich gegen die Bedrohung des Terrorismus wehren müssen. Im Bericht würden "positive Tatsachen systematisch verschwiegen oder heruntergespielt und dafür das äußerst unvorteilhafte Element hervorgehoben" (Frankfurter Rundschau, 21.4.80).

MARTINEZ DE HOZ IN BONN

Ende Mai / Anfang Juni dieses Jahres kommt der argentinische Wirtschaftsminister zu einem offiziellen Besuch in die BRD. Er folgt damit einer Einladung von Wirtschaftsminister Lambsdorff, der im Herbst letzten Jahres Argentinien besucht hatte (vgl. LN 74). Am 2. und 3. Juni wird er sich zu Gesprächen mit Lambsdorff in Bonn aufhalten. Weitere Stationen seiner Reise sind Stuttgart, wo er sich mit Ministerpräsident Späth trifft und München, wo er mit Strauß sprechen wird.

Bereits im April 1979 hatte sich der Minister der argentinischen Diktatur in Frankfurt zu Verhandlungen mit Industriellen und Bankiers aufgehalten.

Damals war er allerdings nicht offiziell in Bonn empfangen worden. Aber das politische Klima hat sich offensichtlich geändert: Vertreter lateinamerikanischer Militärdiktaturen sind seit einiger Zeit auch ganz offiziell in Bonn willkommen. Der unterdessen gefeuerte Außenminister Chiles, Cubillos, eröffnete den Reigen. Ende Mai erwartet man den brasilianischen Wirtschaftsminister und dann eben Martínez de Hoz.

Die Koordination der Argentinien-solidaritätsgruppen plant Protestaktionen gegen den Besuch des Mannes, der in Argentinien für eine Wirtschaftspolitik verantwortlich ist, die den größten Teil der Bevölkerung in schlimmste Armut gestürzt hat, die auf der Unterdrückung von Gewerkschaften und Parteien aufbaut und nur mit Hilfe eines Militärregimes durchgeführt werden kann. Geplant sind eine Pressekonferenz und eine Demonstration am 2. Juni sowie Mahnwachen vor der argentinischen Botschaft in Bonn. Da bis Redaktionsschluss noch keine genauen Termine feststanden, können sich interessierte Gruppen bei folgender Adresse genauer informieren: Kinderhilfe Lateinamerika, Siebengebirgsallee 29, 5 Köln 41, Tel.: 0221/44 54 67.

Einladung der Industrie- und Handelskammer zu einem Seminar
"INVESTIEREN IN ARGENTINIEN"

Wortlaut:

Ein Seminar unter dem Motto "Investieren in Argentinien" veranstaltet die Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar am 22. Mai in Stuttgart. Hauptreferent ist der argentinische Wirtschaftsminister Dr. José A. Martínez de Hoz, der maßgeblich am Wiederaufbau der argentinischen Wirtschaft nach dem Zusammenbruch unter dem Peronismus im Jahr 1976 beteiligt war. Folge seiner Wirtschaftspolitik war z.B. der Anstieg ausländischer Investitionen um 100%. Die Bundesrepublik Deutschland rangiert gegenwärtig mit ihren Investitionen nach den USA und Holland an dritter Stelle.

Neben führenden Vertretern deutscher Tochtergesellschaften in Argentinien sprechen auf dem Seminar Federico Dumas, Unterstaatssekretär für Auslandsinvestitionen, und der Präsident der Deutsch-Argentinischen Industrie- und Handelskammer, Heinrich von Oppen.

Weitere Informationen sind bei der IHK Mittlerer Neckar, Jägerstr. 30, 7 000 Stuttgart 1 (Tel.: 0711 / 20051) zu erhalten.

(aus: Mitteilungsblatt 80-214

der Burson-Marsteller GmbH (Don Prohaska), Untermainkai 20
6 Frankfurt / M. Tel.: 0611 / 230251)

BOLIVIEN

Putsch ohne Putsch

Die innenpolitische Krise steuerte im April einem neuen Höhepunkt zu, als General Luis García Meza erneut zum Oberbefehlshaber des Heeres ernannt wurde. Auf Betreiben und auf massiven Druck der Mehrzahl der Kommandeure musste die Präsidentin Gueiler den General Ruben Rocha P. in den Ruhestand versetzen und General García M. zum neuen Chef des Heeres machen. Dies schien die einzige Möglichkeit zu sein, einen sofortigen Militärputsch zu verhindern; denn die Kräfte um General García M. hatten überdeutlich gedroht und ihre Garnisonen in Alarmbereitschaft versetzt. Die Ernennung von García M. setzt in dreierlei Hinsicht deutliche Zeichen:

- Zum wiederholten Male hat sich das Militär in Kraftproben mit der Regierung durchgesetzt. Dadurch konnten die konservativen Vertreter einer "harten Linie" im Militär immer größeren Einfluss gewinnen und auch gegen die politischen Parteien und die zivile Interimspräsidentin sämtliche Schlüsselpositionen besetzen. Die Schwäche der Regierung und ihr mangelndes Durchsetzungsvermögen gegenüber dem Militär gefährdet den Demokratisierungsprozess auch ohne einen Militärputsch. Man spricht nach der neuesten Entwicklung in Bolivien schon vom Putsch ohne eigentlichen Putsch (golpe sin golpe).

- Der jetzige Oberbefehlshaber des Heeres, der grössten Gruppe des Militärs, ist in der bolivianischen Politik eine bekannte Figur. Seine Ernennung bedeutet nicht nur eine weitere Niederlage für die zivile Regierung, sondern stellt auch eine politische Weichenstellung im Militär dar. General García M. war einer der führenden Köpfe des Novemberputsches 1979 unter Natusch Busch. Als Exponent der Natusch - Banzer - Gruppe war er von Natusch schon damals als Oberbefehlshaber des Heeres eingesetzt worden. Damit trug er entscheidende Verantwortung an der blutigen Bekämpfung des Volksaufstandes im November.

- Die Ernennung von General García M. verstösst gegen die Gesetze und gegen die Verfassung Boliviens. Nicht nur der offene Druck, der auf die Präsidentin ausgeübt wurde, auch die erneute Besetzung eines hohen militärischen Postens mit der gleichen Person ist ungesetzlich. Nur einmal in seiner militärischen Laufbahn darf ein Offizier ein und denselben Posten eines Oberbefehlshabers innehaben. Die erneute Berufung in diese Position, die General García M. nach dem gescheiterten Putsch aufgeben musste, ist weder nach dem Militärstrafgesetz noch nach der Verfassung zulässig und wurde bisher auch aus Gründen der Hierarchie im Militär vermieden.

Von der Konfrontation zum Abkommen

Die offen ausgetragene Diskussion und Auseinandersetzung über die umstrittene Personalentscheidung liess keinen Zweifel daran, dass alle den Ernst der Lage erkannt hatten, und es wurde nur noch nach dem Wann für den Putsch gefragt. Vor allem die

Gewerkschaften und die fortschrittlichen Parteien auf der einen Seite und General García M. und die Streitkräfte auf der anderen Seite lieferten sich eine harte Anzeigenschlacht in der Presse und in den Medien. Gleichzeitig wurden die Aktivitäten in den "Komitee zur Verteidigung der Demokratie" verstärkt. Konkrete Vorbereitungen für den gemeinsamen Volkswiderstand wurden getroffen und an verschiedenen Stellen des Landes Lebensmittelnotvorräte angelegt. Der Dachgewerkschaftsverband machte deutlich, dass er auf einen Militärputsch umgehend mit einem landesweiten Generalstreik und Strassenblockierungen reagieren werde. Die Stimmung der Angst verstärkte sich im ganzen Land.

Die Angriffe auf den "neuen" Oberbefehlshaber waren so deutlich und scharf, dass er zum Handeln herausgefordert wurde. Siles Z. und seine Partei z.B. sprachen den General direkt auf seine Rolle im blutigen Novemberputsch an und stellten ihn in Verbindung mit der Oligarchie und den enteigneten "Zinnbaronen". In besonders scharfer Form prangerte Siles die Putschstrategie an und holte erneut zu einer allgemeinen Attacke gegen die Militärs aus. Seit langem hatte kein Politiker öffentlich derart gezielte Attacken gegen einen hohen Militär im Amt gerichtet, wie dies in den Presse-Kommuniqués geschah.

Dem General blieb daraufhin eigentlich nur die Wahl, entweder gleich zu putschen oder durch eine öffentliche, publikumswirksame Aktion seine Loyalität zur Verfassung und zur Demokratisierung zu demonstrieren. Seine verbalen Verteidigungen, ebenfalls als öffentliche Verlautbarungen oder in der Presse, waren nichts anderes als Allgemeinplätze und massive Angriffe, und dies genügte hier nicht mehr. Die politischen Führer, allen voran Paz Estenssoro, Siles Zuazo und Lechín Oquenda, wurden von García Meza als senile und überalterte Politiker abgetan, die nicht ernst zu nehmen seien.

Noch vor dem 1. Mai kam es zu Gesprächen zwischen denen, die sich bis kurz zuvor noch auf's Schärfste anfeindeten, den Streitkräften und dem zentralen "Komitee zur Verteidigung der Demokratie", eine Tatsache, die noch Tage vorher allen undenkbar schien. Unter der Schirmherrschaft der Präsidentin unterzeichneten der Gewerkschafter Lechín Oquenda für das "Komitee zur Verteidigung der Demokratie" und die Oberbefehlshaber der Streitkräfte ein Abkommen, das den Frieden und die Demokratie bewahren soll.

Alle Oberbefehlshaber der Militärs, einschliesslich García M., unterzeichneten dieses Stillhalteabkommen und verpflichteten sich damit öffentlich, die Wahlen am 29. Juni zu garantieren und für den Demokratisierungsprozess einzutreten. Zugleich machten die Generäle aber deutlich, dass sie verhindern wollen, dass Strukturen ähnlich wie in Cuba auch in Bolivien geschaffen werden; auf keinen Fall werde das Militär zulassen, dass Bolivien ein sozialistischer Staat werde.

Auf den Kundgebungen zum 1. Mai wurde zwar das Stillhalteabkommen als ein wichtiger Schritt hervorgehoben, jedoch wurden die Arbeiter und Bauern zur weiteren Wachsamkeit und Aktivität in den Komitees aufgerufen. García M. bezeichnete dies in seiner Rede vor der Militärakademie, deren Kommandeur er weiterhin ist, als Aufruf zur Gewalt.

Im Wahlkampf, der durch die akute politische Krise lange gelähmt war, wird sich zeigen, welche Bedeutung dem Abkommen beigemessen werden kann und welche längerfristigen Wirkungen es haben wird.

Quellen: Presencia, Coyuntura, Bolivia Economica, FAZ, SZ.

PERU

Agrarreform und Bauernbewegung

In der März-Nummer der Lateinamerika Nachrichten (LN 79) brachten wir einen Hintergrundbericht über die Besetzung der Ländereien der SAIS Tupac Amaru durch die Dorfgemeinschaft San Juan de Ondores und berichteten über das Massaker, das eine Spezialeinheit der Polizei Mitte Dezember an den Bauern verübte, als sie diese von den besetzten Ländereien vertrieb. Am Ende des Berichts warfen wir eine Reihe von Fragen auf und kündigten an, daß wir in zukünftigen Artikeln versuchen wollten, die wichtigsten Aspekte der aktuellen Situation des Agrarsektors und der peruanischen Bauernbewegung zu umreißen.

Zunächst stellten wir die Frage, ob die Landbesetzung der Bauern von Ondores und die blutige Reaktion der Militärs einen Einzelfall darstellt oder ob sie Teil einer allgemeinen politischen Entwicklung in Peru sind. Letzteres ist mit Sicherheit der Fall:

Im August '79 ermordeten die Militärs fünf Bauern in der Provinz Cajamarca (nördl. Hochland), die zusammen mit ihrer Dorfgemeinschaft unbebaute Ländereien einer Kooperative bei Cota besetzt hatten.

Wenige Monate später erschlugen Arbeiter der SAIS La Pauca (Prov. Cajamarca) einen Bauernführer, als dieser zusammen mit anderen Bauern versuchte, Teile dieser SAIS zu besetzen.

In Süd-Peru ist die Kooperative von Antapampa seit 1976 Ziel von Landbesetzungen. Zwischen dem 5. und 15. Oktober 1979 besetzten etwa 10 000 Bauern aus 6 Dorfgemeinschaften in einer koordinierten Aktion verschiedene Teile dieser Kooperative. In Begleitung des Rechtsanwalts der Kooperative (Carlos Santander, Führer der Apra in Cusco) überfielen 25 'Sinchis' (Anti-Guerilla-Einheit der Polizei) und 100 angeheuerte Schläger eine kleine Gruppe der Landbesetzer und verletzten etwa 20 Personen z.T. schwer; viele wurden gefangen genommen und ins Gefängnis von Cusco geworfen.

In Zentral-Peru besetzten Anfang 1980 Bauern von 6 Dorfgemeinschaften weite Teile der SAIS Huancavelica Nr. 40; 100 Polizisten räumten am 11. Januar die besetzten Ländereien und ermordeten fünf Bauern; 15 wurden verletzt.

Bei einem Versuch der Polizei, Bauern zu vertreiben, wurde am 30. März bei Puno (südl. Hochland) wieder ein Bauer getötet.

Insgesamt werden ca. 1000 Bauern wegen politischer Delikte in den Gefängnissen des Landes gefangen gehalten (Schätzung der Zeitschrift 'represión', no 15, dec. 79, ene. 80).

Dies sind nur einige der bekanntesten Beispiele einer Vielzahl von Landbesetzungen. Durchgeführt wurden diese immer von Bauern aus Dorfgemeinschaften und sie richteten sich immer gegen die von der Agrarreform geschaffenen Produktionseinheiten, die Kooperativen (Cooperativa Agraria de Producción / CAP) und die SAIS (Sociedad Agraria de Interés Social). Politisch unterstützt und z.T. mit-

organisiert werden diese Landbesetzungen von der Bauernorganisation CCP (Confederación Campesina del Perú).

Die gegenwärtigen sozialen Spannungen auf dem Lande entwickeln sich somit in sozialen Strukturen, die durch die Agrarreform wesentlich geprägt wurden.



Die Agrarreform

Vor der Agrarreform unterschied sich die Sozialstruktur auf dem peruanischen Land nur unwesentlich von der vieler anderer lateinamerikanischer Länder. Die Masse der ländlichen Produzenten waren Minifundisten (Kleinbauern): 82,5% aller landwirtschaftlichen Betriebe umfaßten weniger als 5 ha. und teilten sich 5,5% der gesamten Agrarfläche Perus. 0,4% der Grundbesitzer dagegen besaßen Betriebe von mehr als 500 ha. und verfügten über insgesamt 75,9% der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche (s. ausführlicher in der Peru-Sondernummer der LN, S.41ff).

Diese ungleichen Eigentumsverhältnisse wollte die 'revolutionäre' peruanische Militärregierung unter General Velasco grundlegend verändern. Sie propagierte, mittels der Agrarreform 'die soziale Demokratie mit voller Partizipation der Landbevölkerung' durchzusetzen. Die Hoffnungen der verarmten Landbevölkerung in die Agrarreform wurden durch deren furiosen Auftakt gefördert. Bereits zwei Tage nach der Verkündung der Agrarreform wurden - für die Großgrundbesitzer völlig überraschend - die großen und äußerst produktiven Zuckerrohrplantagen der Nordküste von den Militärs besetzt und enteignet.

Weitaus zögernder wurde die Agrarreform jedoch in den anderen landwirtschaftlichen Sektoren angegangen. 1974 besetzten die Bauern von Andahuaylas (zentr. Hochland) 68 Haciendas und forderten die sofortige Durchführung der Agrarreform in dieser Region.

Heute gilt die Agrarreform als weitgehend abgeschlossen: 0,1 Mill. ha. Land und 2,2 Mill. Stück Vieh wurden an 356 276 Bauern und Landarbeiter 'umverteilt'. In Prozenten ausgedrückt heißt das, daß 21,1% der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche und 7,7% des peruanischen Viehbestand von der Agrarreform erfaßt wurden. Von den landwirtschaftlichen Produzenten kamen 34% in den Genuß der Landreform. Von ihr überhaupt nicht berührt wurde 1 Million Minifundisten (Actualidad Económica, Juni 1979, S.7-8).

Die Dorfgemeinschaften

Trotz der sozialrevolutionären Propaganda, mit der die Agrarreform verkündet wurde, und der hochgesteckten Erwartungen, die die Landbevölkerung der Agrarreform entgegenbrachte, konnte diese die sozialen Spannungen auf dem Land langfristig nicht abbauen. In den Dörfern der Kleinbauern hat die Agrarreform wenig verändert. Die 'comunidades indígenas' wurden in 'comunidades campesinas' umbenannt; auf der Basis noch vorhandener Formen der Gemeinschaftsarbeit und kommunaler Selbstverwaltung sollten 'kooperative' Produktionsformen gefördert werden, um die sogenannten Fesseln der kleinbäuerlichen Produktion zu sprengen und die gesamte soziale Entwicklung der Dörfer zu forcieren. Diese angestrebte soziale Entwicklung hat jedoch wieder einmal zur 'Entwicklung der Unterentwicklung' geführt: Die Lebenssituation der Bewohner der 'comunidades' hat sich in den letzten Jahren erheblich verschlechtert. Die Agrarschuld, die die 'comunidades', soweit sie Nutznießer der Agrarreform wurden, an die früheren 'enteigneten' Grundherren zu entrichten hatten, hat die



'comunidades' weiter entkapitalisiert. Die Preise, die die Kleinbauern beim Verkauf ihres geringen 'Überschusses' landwirtschaftlicher Produkte auf dem regionalen Markt erzielen, sind in den letzten Jahren nur unwesentlich gestiegen, während die Preise, die sie beim Kauf industriell hergestellter Produktionsmittel zu entrichten haben (Dünger, Insektizide, Werkzeug, Maschinen etc.), ins Unermeßliche gestiegen sind. So können heute 6 von 7 Betrieben keinen Dünger benutzen, 19 von 20 erhalten keine Kredite für ihre landwirtschaftliche Produktion und 29 von 30 erhalten keine technische Hilfe (Latin America Economic Report, Vol. VII, n. 25, S. 119). Das zentrale Problem der Kleinbauern, die Landknappheit, konnte durch die Agrarreform auch nicht gelöst werden; es wurde lediglich teilweise für einige Jahre abgemildert.

Kooperativen und SAIS

Nicht nur aufgrund ihrer finanziellen Schwäche konnten die Kleinbauern der Dorfgemeinschaften nur sehr beschränkt Land von den Hazienden erwerben; denn es war Ziel der Agrarreform, die vorhandenen großen Produktionseinheiten der Hazienden und Plantagen zu erhalten. Hierzu wurden zwei verschiedene Modelle entwickelt.

Die Plantagen der Küste (Zucker z.B.), aber auch viele Hazienden in fruchtbaren Tälern des Hochlandes, wurden 'enteignet' und in Kooperativen (CAPs) umgewandelt. Innerhalb der CAPs wurden Knechtschaftsverhältnisse und andere (semi-)feudale Arbeitsverhältnisse abgeschafft. Die früheren Knechte der Hazienden wurden nun 'socios' einer Kooperative; sie wurden freie Arbeiter, häufig Gelegenheitsarbeiter.

Ähnlich verhält es sich mit der Sociedad Agraria de Interés Social (SAIS). Ihre Mitglieder jedoch sind häufig juristische Personen, die z.T. eigene ökonomische Einheiten darstellen. Ein Teil dieser Einheiten sind die 'enteigneten' Hazienden, die nach den Prinzipien eines spezialisierten kapitalistischen Unternehmens produzieren: Einsatz von Lohnarbeit, Profitmaximierung, marktorientiert, effizientem Management und Einsatz moderner Technik. Den anderen Teil der in eine SAIS integrierten ökonomischen Einheiten stellen 'comunidades campesinas' dar. Diese produzieren nach den Prinzipien kleinbäuerlicher Produktion, d.h. primär für den eigenen Konsum; nur geringe 'Überschüsse' ihrer diversifizierten Produktion bringen sie auf den regionalen Markt. In ihrer Produktion greifen sie primär auf die Arbeitskraft der Familie zurück. Rein formal sind die ehemaligen Hazienden und die 'comunidades' gleichberechtigte Mitglieder der SAIS und haben nach vorher festgelegten Quoten Anteil am Gewinn der gesamten SAIS. Die 'comunidades' sollten sich so allmählich entwickeln.

Daß dieses Modell nicht funktionierte, liegt nicht allein an der ökonomischen Schwäche der Dorfgemeinschaften. Hinzukommt eine Abhängigkeit vom Weltmarkt: die Auslandsverschuldung Perus stieg in den letzten Jahren ins Unermeßliche. Zwischen 1976 und 78 stand Peru kurz vor dem Staatsbankrott. Seitdem wird die neue Wirtschaftspolitik, eine Austeritätspolitik, vom Weltwährungsfond diktiert.

Für den ländlichen Sektor bedeutet das eine verstärkte Produktion für den Export, um die Auslandsverschuldung abzubauen. Während in den Zuckerkooperativen von Beginn an die exportorientierte Monokultur aus Devisengründen beibehalten wurde, wurde in den anderen landwirtschaftlichen Produktionseinheiten seit 76 verstärkt die Exportproduktion von sogenannten nicht-traditionellen Gütern gefördert. Die CAPs des Hochlandes spezialisierten sich z.B. auf Mais, Kartoffel-, Hühner- oder Wollproduktion für den Export. Diese Produktion wurde staatlich subventioniert, rationalisiert und zugleich weltmarktabhängig.

Infolge dessen sanken die Einnahmen der CAPs bei sinkenden Weltmarktpreisen ihrer Produkte oft erheblich, und manche CAPs sitzen z.B. seit drei Jahren auf ihren Maisernten, die sie auf dem übersättigten Weltmarkt nicht verkaufen können. So können viele CAPs ihren Arbeitern die Löhne nicht auszahlen. Darüberhinaus bedeutet eine Orientierung auf kapitalistisch-effizientes Wirtschaften, daß viele Ländereien, auf denen ein solches Wirtschaften nicht möglich ist, brach liegen bleiben.

Den Kleinbauern der Dorfgemeinschaften hingegen reicht das wenige Land, das sie besitzen, kaum zur eigenen Reproduktion. Um weiter als Bauern in ihrem Dorf leben zu können, besetzen sie immer häufiger angrenzende Ländereien der CAPs und SAIS.

Die CCP und die Bauernbewegung heute

Diese neue Phase der Bauernbewegung begann mit der ersten Besetzung von Ländereien der CAP von Antapampa durch die Dorfgemeinschaft Chacán im Dez. 1976. Bis dahin wurden Landbesetzungen als Mittel zur schnelleren Durchführung der Agrarreform benutzt (Andahuaylas). Jetzt richtet sich die Bauernbewegung gegen die von der Agrarreform geschaffenen Produktionseinheiten. Hierdurch verstärkte sich sehr schnell der Einfluß der CCP unter der Bauernschaft. Die zur Durchführung der Agrarreform von den Militärs geschaffene Confederación Nacional Agraria (CNA) verlor viele Basisgruppen an die CCP und spaltete sich. Nach ihrer offiziellen Auflösung im letzten Jahr arbeiten viele verbliebene Teile der CNA eng mit der CCP zusammen.

Viele Dorfgemeinschaften, die Landbesetzungen durchführen, sind Mitglieder in der CCP oder holen sich vor der Durchführung der Landbesetzung die Hilfe der CCP ein. 1978, auf ihrem 5. Kongreß in Cusco, beschloß die CCP, Landbesetzungen von SAIS und CAPs nach folgenden Gesichtspunkten durchzuführen:



1. Besetzung der Ländereien jener Unternehmen, die:
 - unfähig sind, ihren Arbeitern Stabilität zu bieten
 - die ihnen Löhne schulden
 - die sie schlecht bezahlen
 - die die elementaren Dienstleistungen nicht erfüllen
 - die wegen Kapitalknappheit knechtschaftliche Arbeitsverhältnisse aufrechterhalten (semiservil oder servil)
 2. von jenen Unternehmen, die stabile Löhne und Dienstleistungen für ihre Arbeiter garantieren, sollen lediglich die ungenutzten Ländereien besetzt werden; darüberhinaus müssen erkämpft werden:
 - Verbesserung der Löhne
 - Verbesserung der demokratischen und gewerkschaftlichen Bedingungen
 - Verweigerung der Agrarschuld
 - Verbesserung der Organisation der Produktion
 3. Besetzung aller Ländereien, deren rechtmäßige Eigentümer, die 'comunidades campesinas' sind, und die ihnen von CAPs und SAIS vorenthalten werden.
- (Vgl. Programa y Plataforma de Lucha CCP, Peru 1979, S. 42-43)

CAPs und SAIS werden als staatliche Latifundien bezeichnet, die es langfristig zu vernichten gilt. Der Staat ist der neue Großgrundbesitzer, der noch gefährlicher ist als die alten, weil er unmittelbar über alle Organe der Staatsmacht verfügt (Polizei, Militär, aber auch Nahrungsmittelpolitik ect).

Bislang gelang der CCP jedoch nur die Auflösung eines der staatlichen Latifundien, der CAP von Antapampa. Während der letzten Welle der Landnahmen im Oktober waren die Bauern bereits mit den Losungen angetreten: "Nieder mit dem alten Esel CAP!" und "Land, Vieh und technische Einrichtungen für die Dorfgemeinschaften und nicht für den Staat!" Die Dorfgemeinschaften widerstanden der Repression genauso wie den 'Kompromißvorschlägen' des Agrarministeriums, die gekoppelt waren mit der Drohung der gewaltsamen Räumung im Fall ihrer Nichtannahme durch die Dorfgemeinschaft. Ende 79 gab dann das Agrarministerium nach und eine "Kommission zur Auflösung der CAP von Antapampa", bestehend aus 3 Bauernführern und 2 Funktionären des Ministeriums, wurde gebildet. Dieser Sieg der Dorfgemeinschaften ist zugleich ein politischer Sieg für die CCP in ihrem Kampf gegen den staatlichen Großgrundbesitz.

Eine Übertragung des Ausgangs des Konflikts in Antapampa auf andere, wie z.B. die Besetzung der Ländereien der SAIS "Tupac Amaru" durch die Dorfgemeinschaft von Ondores ist jedoch nicht möglich. Zwar war der Staat in Ondores rechtlich in einer schwachen Position (das Land war gerichtlich der 'comunidad' zugesprochen worden), doch konnte er sich ökonomisch und politisch ein Nachgeben gegenüber den Bauern von Ondores nicht leisten: die SAIS ist 'Prunkstück' der peruanischen Agrarreform; Nahrungsmittel für Lima werden hier wirtschaftlich rentabel produziert und die SAIS wird seit Jahren von bundesdeutscher 'Entwicklungshilfe' unterstützt (GTZ). Die CAP Antapampa hingegen galt von Anfang an als totgeborenes Kind. Ihre finanziellen Verluste waren enorm und 50 % des bebaubaren Bodens wurden brach liegengelassen.

Wie notwendig die Bauern der Dorfgemeinschaften dieses Land brauchten, wird aus den Worten der 60-jährigen Matiasa Tacuri deutlich, die nach dem Überfall der Sinchis im Oktober schwerverletzt im Krankenhaus von Cusco lag: "Wir müssen die Ländereien und das Vieh verteidigen. Die Kooperative hat uns überhaupt nichts Gutes gebracht. Wir haben alle große Familien, das Land reicht nicht aus und unsere Kinder müssen deshalb nach Lima gehen."

GUATEMALA

Repression gegen Indianer

Mit einem Vertreter aller indianischen Gruppen aus Guatemala der sich z. Z. in Europa aufhält, und den wir gebeten haben, uns einen kurzen Bericht über die aktuelle politische Situation in Guatemala zu geben, unterhielt sich ein Mitarbeiter der L. N.

Zuerst will ich von den Vorfällen während der letzten Monate in der Provinz Chimaltenango und ihrer Umgebung erzählen, und dann übergehen zu den Vorfällen auf nationaler Ebene, die man öffentlich machen sollte.

Ich möchte mit meinem Bericht mit dem Monat Oktober des vergangenen Jahres beginnen. In diesem Monat versuchte man in der gesamten Provinz Chimaltenango eine künstliche soziale Krise zu erzeugen. Das Gerücht von der Krise wurde von einem Lehrer in einer der größeren Gemeinden der Provinz Chimaltenango verbreitet. Er behauptete, daß am 20. Oktober es zu einem indianischen Aufstand kommen würde. Die Indianer hätten geplant mit der Machete in der Hand alle Ladinos umzubringen. Das wiederum sollte eine Rechtfertigung dafür sein, am 21. Oktober die gesamte Provinz mit einem Netz von Soldaten, von Angehörigen der nationalen Polizei, einem Spezialtrupp der Armee ('peloton modelo') und bewaffneten Kräften, die im Auftrag der Großgrundbesitzer deren Ländereien schützen sollten, zu überziehen.

Man begann in alle Dörfer dieser Provinz Spitzel zu setzen, die gegen die beginnende Organisation der Bevölkerung, gegen die Institutionen, die tatsächlich für das Wohl der Leute arbeiten, Propaganda machen sollten. Gleichzeitig sollten diese die "Wohltaten" des Militärs hervorheben. Außerdem wurden entlang der Panamericana vier gesonderte Heeresabteilungen errichtet, von Chimaltenango bis Santa Apolonia, eine in Zaragoza, eine andere in Balaná, eine in Tecpan und eine in Santa Apolonia.

Zur gleichen Zeit begann man mit der Kontrolle von privaten Fahrzeugen, Bussen und jeglicher Art von Verkehrsmitteln, die sich in dieser Region befinden. Am 20. Oktober selbst geschah natürlich garnichts; das einzige was geschehen war, war daß nun die Provinz Chimaltenango militärisch besetzt war.

Außerdem wollte die Regierung mit Hilfe von BANDESA (staatliche Entwicklungsbank mit Zuständigkeit im landwirtschaftlichen Bereich) in das Gebiet von Joya Grande eindringen, um der dortigen Bevölkerung Land wegzunehmen. Als nämlich 1959 BANDESA einen Kredit für ein Hühnerprojekt zur Verfügung stellte, dieses Projekt jedoch später scheiterte, sollte nun die Bevölkerung von Joya Grande den Kredit mit allen Zinsen zurückzahlen, was ihr aber aufgrund der ausbleibenden Gewinne nicht möglich war. Deshalb war man nun mit BANDESA gekommen, um das Land zu pflanzen.

Es kam dann auch zu direkten Drohungen gegen verschiedene Personen, wie z.B. Priester und Leute, die in diesem Gebiet arbeiteten und bestimmte Institutionen. Die Drohungen kamen direkt

vom Polizeichef aus Antigua. Die Einschüchterungen gingen so weit, daß man die Priester vor die Wahl stellte, entweder das Land zu verlassen oder aber umgebracht zu werden.

Nun, es kamen die Monate November und Dezember, die Massenmorde im ganzen Land gingen weiter, und im Dezember, genauer am 23. Dezember, besetzte eine Gruppe von Bauern in Itzapa Land, das ursprünglich der Gemeinde gehörte, das sich aber später ein Bürgermeister jener Gemeinde angeeignet hatte. Als die Leute entdeckten, daß dieses Land jedoch ihnen gehörte, führten sie eine friedliche Landbesetzung durch. Inzwischen hat sich die INTA (sogenannte staatliche Agrarreformbehörde, die Landstreitigkeiten beheben soll) eingeschaltet, die nun diese Angelegenheit regeln soll.

Als dann im Januar das Massaker in der spanischen Botschaft geschah, gab es im ganzen Land massive Reaktionen von Seiten der Bevölkerung. In der Provinz Chimaltenango antworteten Leute mit in Brand setzen von Regierungsfahrzeugen, worauf die Regierung ihre Kontrolle durch Spitzel verstärkte.

Man weiß z. B., daß in der Gemeinde San Martin Jilotepeque, wo es bisher ca. 100 Spitzel gab, deren Zahl nun auf 200 aufgestockt wurde, abgesehen von weiteren 200, die damit beschäftigt sind Mordaufträge der Regierung auszuführen. Wie ich bereits erwähnt habe, nimmt die Unterdrückung durch die verstärkte Anwesenheit von nationaler Polizei, der Privatpolizei der Großgrundbesitzer, des Militärs, die in den Dörfern, auf den Straßen, also in der gesamten Region präsent sind, zu. Es werden jetzt auch Spezialeinheiten der geheimen Polizei des Heeres eingesetzt: S 2, wie sie vorher hießen und G 2, wie sie jetzt genannt werden. Sie sollen in den Dörfern herumschnüffeln und herausfinden, welches die Führer sind, wer im Dorf mit diesen zusammenarbeitet, und wer diejenigen sind, die versuchen die Bevölkerung zu organisieren. Man findet diese 'orejas', wie wir sie nennen (Leute, die für Geld die Bevölkerung bespitzeln), inzwischen überall: in den Kneipen, auf dem Markt, dort, wo die Leute essen gehen, in öffentlichen Parks, in den Kirchen und in den Schulen, damit diese genau kontrollieren, was die Leute denken, was sie reden, welches ihre Aktivitäten im Dorf sind.

Vor kurzem hat sich folgende Geschichte in San Martin ereignet:

Ein campesino, der in seiner Dorfgemeinschaft als sehr engagiert gilt, fuhr wie jeden Tag mit dem Fahrrad zu Arbeit auf die nahe Finca 'Ensergento'. Eines Tages hielt ihn auf dem Weg dorthin ein Jeep der BANDESA an. Die Insassen grüßten ihn und fragten, wo die Finca 'Ensergento' zu finden sei. Er zeigte ihnen den Weg, worauf sie ihn einladen ins Auto zu steigen. Nach einem kurzen Wortwechsel erklärte er sich bereit, mit ihnen zu fahren. Auf dem Weg dorthin sagten ihm die Männer, daß er eine auf dem Rücksitz befindliche Kiste öffnen sollte. In dieser Kiste befanden sich mehrere Maschinengewehre. Sie sagten, es gäbe keinen Grund zur Besorgnis, denn sie wären Mitglieder der Guerilla und hätten sich gezwungen gesehen zu ihren Zwecken ein Fahrzeug der BANDESA zu beschlagnahmen. Als sie bei der Finca ankamen, blieben die unbekannten Männer im Jeep zurück, während er zu seiner Arbeit ging. Als er am Nachmittag auf seinem Weg nach Hause war, fand er den Jeep von BANDESA verlassen am Straßenrand. In dessen Innerem bemerkte er ein Plakat, auf dem folgende Erklärung stand: Es tut uns leid, daß wir das Auto mitgenommen haben, es war ein Irrtum, denn wir waren betrunken.

Als er in sein Dorf kam, traf er am Ortseingang die Polizei, die ihn fragte, ob er auf dem Weg ein Auto gesehen habe. Der campesino sagte, er habe kein Auto gesehen und er wisse von nichts. Darauf sagten sie, daß sie einen Jeep von BANDESA suchten, der gestohlen worden sei. Nun sagte dieser, daß er einen solchen auch verlassen am Straßenrand gesehen habe. Als er zu Haus ankam, warteten dort bereits drei Männer auf ihn, die begannen ihn zusammenzuschlagen. Sie beschuldigten ihn, er habe trotz des Verbots und dem Empfang von Schweigegeld, die Polizei über den Vorfall in Kenntnis gesetzt. Was ich mit diesem Beispiel sagen will, ist folgendes: die Polizei benutzt derartige Irreführungen, um festzustellen, inwieweit die Bevölkerung mit der Guerilla sympathisiert oder nicht.

Wie euch vielleicht bekannt ist, gibt es inzwischen Aktionen gegen die Art der Rekrutierung von Soldaten, wo ausschließlich junge Indianer, wo auch immer sie sich befinden, gefangen und entführt und schließlich in Kasernen gebracht werden. Kürzlich gab es Unruhen bei der indianischen Bevölkerung, denn was bisher die Kommissionäre des Militärs machten, wird nun auch von einfachen Soldaten ausgeführt; als sie das letzte Mal mit Maschinengewehren kamen, einige junge Männer faßten und in Lastwagen gesperrt direkt nach Chimaltenango oder in die Hauptstadt brachten. Für jene bestand keine Möglichkeit Widerstand zu leisten, da sie bedroht und brutal zusammengeschlagen wurden.

Da nun der Regierung inzwischen immer mehr klar geworden ist, daß sie die Sympathie der Bevölkerung verliert - diese war noch nie besonders groß - versucht sie nun in letzter Zeit, d. h. nach dem Massaker in der spanischen Botschaft, die Bedingungen für die Soldaten zu verbessern. Sie begann damit, denjenigen die schon mehr als 2 Jahre Militärdienst leisten, 25 Dollar monatlich mehr zu zahlen. Jene wiederum unterstützen damit ihre Familien, als Geschenk oder als Entschädigung von Seiten der Regierung. Wie lange diese Maßnahmen fortgesetzt werden, weiß man nicht, aber es zeigt deutlich, daß damit versucht wird, die verlorengegangene Sympathie und die Unterstützung durch die Bevölkerung zurückzugewinnen.

Dazu kommt eine zunehmende Propaganda in den Massenmedien, den Zeitungen, dem Radio und dem Fernsehen. Alle Guatemalteken werden aufgefordert genau zu überlegen, in was sie sich einmischen, daß sie sich nicht mit dem KOMMUNISMUS einlassen sollten, denn der verführe wie die, die sich organisieren und das aktuelle System in Frage stellen. Die Eltern sollten sich einmal überlegen, was ihr Sohn überhaupt an der Universität macht, studiert er oder betätigt er sich subversiv.

Abschließend möchte ich sagen, daß es eine außerordentlich starke Kontrolle in diesem Gebiet gibt. Die Unterdrückung ist sehr hart, es gibt Drohungen, es gibt Verhaftungen, Entführungen, es gibt viele Meuchelmorde.

Wie Villagrán Kramer, Vicepräsident Guatemalas, vor einiger Zeit im Kongress verlauten ließ: "Zwei Feinde hat das System, die Volksbewegung und die Indianer."

An diesem Punkt sind wir nun in Guatemala.

ai gegen bundesdeutsche Waffenlieferungen an Guatemala

In einem offenen Brief an Bundeskanzler Schmidt hat amnesty international die Bundesregierung aufgefordert, die Lieferungen von Waffen aus der BRD an Guatemala zu stoppen und weitere Genehmigungen solange nicht zu gewähren, bis daß die Menschenrechte in dem zentralamerikanischen Land wieder respektiert werden. Das Bundeswirtschaftsministerium hatte ai auf Anfrage schriftlich bestätigt, daß "die Lieferung von leichten Handfeuerwaffen (z.B. Pistolen) und Munition" nach Guatemala genehmigt worden sind. Weiter hieß es in dem Schreiben des Bundeswirtschaftsministeriums: "Ich bitte um Ihr Verständnis, daß ich keine genauen Zahlen über Art und Menge der genehmigten Ausfuhren mitteilen kann, da dieses Material aus Sicherheitsgründen nicht zur Veröffentlichung freigegeben ist." Auch gegenüber Guatemala sei nach den gültigen Richtlinien verfahren worden, nach denen u.a. dann Rüstungstransfers nicht zu genehmigen seien, wenn "eine Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker oder eine erhebliche Störung der auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu erwarten ist."

ai weist den Bundeskanzler auf die systematischen Menschenrechtsverletzungen in Guatemala hin und betont: "Aufgrund der innenpolitischen Situation in Guatemala geht ai davon aus, daß diese Waffen gegen die Bevölkerung eingesetzt werden. Dieser Umstand verpflichtet ai, solche Waffenlieferungen zu mißbilligen."

Schon im vergangenen Jahr hatte der "Spiegel" (2.4.79) eine Liste von über 70 Ländern veröffentlicht, in die Waffen aus der BRD geliefert werden.

Innerhalb von etwa fünf Jahren hat es die Schmidt-Apel/Genscher-Lambsdorff Regierung geschafft, auf der Weltrangliste der Waffenlieferanten von einem "schlechten" Platz 14 auf Platz 6 aufzusteigen. Es ist kein Zufall, daß diese Rüstungstransfers neben den NATO-Partnern vor allem an Militärdiktaturen in der Dritten Welt gehen, die sich nur mit Waffengewalt an der Macht halten können.

Eine Antwort des Bundeskanzlers auf die ai-Forderung, die Waffenlieferungen nach Guatemala zu stoppen, steht noch aus.



CHILE

Yumbel — Die Toten kehren zurück

Den folgenden Beitrag entnehmen wir in gekürzter Form der Januar-Februar-Ausgabe der chilenischen Jesuitenzeitschrift "MENSAGE"

Er bezieht sich auf die Beisetzung von 19 Arbeitern, die wenige Tage nach dem Putsch im September 73 verhaftet (und ermordet) wurden und seitdem als verschwunden galten. Erst nach 6 Jahren, im Herbst 79, wurden ihre Leichen in einem Massengrab verscharrt entdeckt. Der Trauerzug bei ihrer endgültigen Beerdigung wurde zur größten Protestdemonstration seit dem Putsch. So bemerkenswert die Reflexionen des Jesuitenpaters für sich sind, so gewinnen sie noch zunehmend Gewicht durch die Tatsache, daß er sie unter seinem Namen in Chile selbst veröffentlicht hat. Gewiß war diese Veröffentlichung nur in einem der Kirche verbundenen Medium denkbar - aber auch dort fallen sie durch ihre eindeutige Sprache aus dem Rahmen des Üblichen.

"Wir wußten es alle, aber ---" Diese Gedankenstriche enthüllen uns den Schrecken, die lähmende Unterdrückung, in denen das Volk diese langen Jahre lebte. Aber vor allem enthüllen sie die Verstellung, auf der sie ihre armseligen Existenzen gründen mußten. Alle wußten, aber sie mußten leben, als ob sie nichts wußten. Sie lebten eine Fiktion, eine Lüge. Sie mußten mit den Polizisten umgehen, als ob nicht einige von ihnen die mutmaßlichen Mörder wären, auf die Vorgesetzten der Papierfabrik treffen, als ob nicht einige von ihnen Mithelfer gewesen wären. Dort in der Fabrik fährt noch der gelbe Bus, der die Verhafteten auf ihrer letzten Fahrt ohne Rückkehr transportierte. Sie mußten sich weiter an den Rechtsweg halten, als ob es in Chile Gerechtigkeit gäbe, die Kinder erziehen, als ob es eine Zukunft für sie gäbe, arbeiten und leben, als ob das Sinn hätte. Sie mußten nichtssagend reden und das wirklich Wichtige für sich behalten.

Ich fühlte, wie ich mich in einem Dorf bewegte, das im Ungewissen lebte, unter einem Bann, das 'entfremdet' lebte, da es nicht mehr dasselbe war. Und das Merkwürdige: diese Atmosphäre erstaunte mich gar nicht so sehr ... erleben wir nicht, das ganze chilenische Volk, seit einigen Jahren teilweise oder ganz diese Atmosphäre? Erst als dieser Bann gebrochen wurde, als die Wahrheit aus den Eingeweiden dieses Volkes hochkam, erfaßte ich, in welchem dichten Nebel wir uns bewegt hatten. Und wir waren es, die den Sprengsatz trugen, die enthüllende Wahrheit, der gegenüber das ganze Lügengebäude einzustürzen begann, wir trugen die Leichen der Opfer von Yumbel.

Als wir in die Pfarrkirche traten, standen die 19 Särge schon vor dem Altar. In dieser großen, zum Ersticken überfüllten Halle entwickelte sich eine traditionelle Liturgie. (...) Dabei sprach Pater Felix von den Ereignissen als dem Ergebnis "einer irrationalen Haltung des Hasses und der Revanche".

Ich dachte, während ich die Messe mitfeierte, daran, daß es vielleicht gar nicht so irrational gewesen sei. Hatte hier nicht

eine unerbittliche und teuflische Verschlagenheit gewirkt? dieselbe, die wir an so vielen anderen Stellen haben wirken sehen? Sind diese geopfertten 19 Chilenen nicht Teil der notwendigen "sozialen Kosten", damit "das System" sich festigen konnte? Damit die Papierfabrik von Laja auf Jahre hin keine Probleme mehr hätte, ebensowenig wie die Eisenbahn? Damit es auf dem Lande ruhig bliebe und ausländisches Kapital käme? Und kann, wer sich mit diesen Zielen identifiziert, logischerweise die "Kosten" für zu hoch halten? Bedeutet die gegenwärtige Wirtschaftspolitik, die Arbeitslosigkeit und Minimallohne einschließt, nicht im Grunde die Anwendung derselben mörderischen Logik? Wer sich für das Geld entscheidet, muß diesem Moloch seine Opfer zugestehen: Deshalb wäre die Sünde, die anzuprangern wäre, weniger eine bloße Revanche auf Dorfebene gegen 19 Mitbürger; sondern der Schlag gegen das Herz eines Volkes, seine Reduzierung zu einer Masse, die Gespenster fürchtet, die Entleerung der Existenzen - geplant von den Spitzen der wirtschaftlichen und politischen Macht..... Es kam der Moment der Kommunion. Ich fühlte die ganze Schwierigkeit und Zweideutigkeit einer Liturgie, die so die endliche Einheit des Gottesvolkes ausdrückt, jene eine Herde, die sich unter einem Hirten bilden wird, die aber gleichzeitig nicht die reale gegenwärtige Trennung in Unterdrücker und Unterdrückte, in Mörder und Opfer ausgleicht. Von dieser konfliktträchtigen Situation spricht sie nicht; dafür gibt es keine Orientierung. Gewiß wird die Versöhnung von der Kommunion gefordert. Das Evangelium hat es gesagt: "... Darum, wenn du deine Gabe auf dem Altar opferst und wirst allda eingedenk, daß dein Bruder etwas wider dich habe, so laß vor dem Altar deine Gabe und gehe zuvor hin und versöhne dich mit deinem Bruder und alsdann komm und opfere deine Gabe."

Aber diese Versöhnung zwischen Unterdrückern und Unterdrückten, zwischen Henkern und Opfern ist nicht Sache eines Augenblicks. Sie verlangt nicht weniger als die Umkehr der ersten und die Wiederherstellung von Gerechtigkeit. Andernfalls wird die Versöhnung zum Betrug, zum Spott.

In welcher Gefahr schwebt, dachte ich, die eucharistische Feier, in die Lüge zu fallen, die zu einem guten Teil unsere Situation umschließt - Lüge, die hier zum Sakrileg würde -, nämlich, die Einheit aller in Christus zu feiern, als ob es nicht in eben dieser Herde, die sich katholisch nennt, Wölfe und Schafe gäbe, Wölfe, die weiterhin Wölfe sind, und Schafe, die weiterhin geopfert werden.

Nach der Messe wurden die Särge auf den kleinen Platz getragen. Die alte Glocke des Dorfes begann zu schlagen. Eine riesige Glocke, Überrest der alten Kirche, die beim Erdbeben von 1939 zerstört wurde. Es war das Herz des Dorfes, das wieder zu läuten begann, bewegt durch die Gegenwart seiner geopfertten Kinder. Und das ganze Dorf war bewegt; sie kamen aus allen Richtungen: Die Arbeiter der Papierfabrik, die eben ihre Schicht beendet hatten; Mütter mit ihren Kindern; nicht einmal Hunde schienen zu Hause zu bleiben. Die Menge grüßte die Opfer, während sie sich zum Prozessionszug aufstellte.

"Genosse Luis Onofre Sáez Hier!" "Genosse Fernando Grandón Gálvez Hier!" Und so alle 19. Die Grüße klangen nach einer Verpflichtung auf den "gefallenen Genossen". Und der Trauerzug setzt sich in Bewegung. Sie reihen sich auf der langen Straße ein, die das Dorf ist und die sich fast drei Kilometer zum Friedhof erstreckt. Was in dieser Riesenmenge immer mehr Gestalt ge-

wann, in immer überwältigenderer Form, war das politische Engagement. Alte Kampfrufe tauchten wieder auf: "El pueblo unido - jamás será vencido" (Das geeinte Volk wird niemals besiegt) "Companero Salvador, avanzamos sin temor" (Genosse Salvador, furchtlos gehen wir vorwärts) "Fascista, escucha - el pueblo está en lucha" (Höre, Faschist, das Volk kämpft). Alte Kämpfer, sichtbar bewegt, Tränen in den Augen, durchlebten alte Zeiten. Aber es waren auch neue Rufe zu hören: "Con fuerza y energía - repudiamos la amnistía" (Mit Kraft und Energie - weg die Amnestie) "Todo Chile está contigo - compañero ya caído" (Ganz Chile ist mit dir, gefallener Genosse) - und andere von stärkerem Kaliber.

Es schien, daß die Menge ihre Identität wiederfand. Und sie tat es, indem sie ihr eigenes politisches Projekt bestärkte, das eigene Geschick wieder in die eigenen Hände nehmend, gegenüber allen, die ihr das verweigert hatten. Auf welche andere Weise konnten sie ihren Wunsch zu leben bekräftigen - und ihr Recht dazu? Der Zug mußte am Polizeirevier vorbeiziehen. Wir bemerkten, daß die Fahne schwerfällig herunterhing und nicht ein Polizist zu sehen war. Trotzdem war die ganze Mannschaft anwesend und im Hintergrund des Reviers wartete Verstärkung. Als der Zug an diesen düsteren Ort kam, hielt er an. Die von hinten drängten. Einer begann, während die anderen einstimmten, die Nationalhymne. Mit Nachdruck sangen sie die Schlußverse: "Entweder wirst du das Grab der Freien sein oder Asyl gegen Unterdrückung." Sie bildeten bereits eine große Front vor dem Revier. Da stieg, massiv, der Schrei der Anklage auf, der sich wiederholte und überstürzte wie das Gebrüll von Meereswellen:

"Allí están, esos son - los asesinos de la nación" (Dort stecken sie, das sind sie - die Mörder der Nation). Männer, Frauen und Kinder riefen endlos im Chor, was gleichzeitig Zeugenaussage des ganzen Dorfes wie auch ihr Urteilsspruch war. Die unermüdliche Wiederholung ließ mich an die sechs Jahre Selbstbeherrschung denken, in denen sie schweigen mußten. Eine Frau stürzte schreiend auf das Revier zu, dann eine andere. Die Männer stützten sie und trugen sie zurück. Die Kinder beeindruckten mich: Kleine von acht, zehn Jahren, mit der Unschuld ihres Alters, drangen in das Reviergelände ein und schrien gegen die Polizisten. Es waren Momente großer Spannung. Aber die Besonnenheit setzte sich durch. Es entstand - ich weiß nicht, woher - aber vielleicht aus dem Bewußtsein aller, ein "Gehen wir weiter", und langsam setzte sich der Zug wieder in Bewegung.

"Wir wollen keine Rache", wird auf dem Friedhof die Frau eines Opfers sagen, "sondern was wir fordern, ist Gerechtigkeit." Sie wissen, daß die Gerichte jetzt diese Gerechtigkeit nicht herstellen werden, sie erwarten sie nicht unter der gegenwärtigen Regierung. Die grundsätzliche Anklage richtet sich nicht gegen die Polizisten. Die wirklich Verantwortlichen sind andere.

Haiti-Informationsbüro gegründet

Haiti: strahlende Sonne, smaragdblaues Meer, Palmen am weißen Strand, ewig fröhliche, braungebrannte Menschen – so jedenfalls ist der Eindruck, den die bunten Reiseprospekte von der direkt neben Kuba gelegenen "Perle der Antillen" vermitteln. Haiti heißt aber auch Diktatur, Armut und Hunger, ständige Verletzung der Menschenrechte.

1957 setzte sich François Duvalier durch manipulierte Wahlen an die Spitze Haitis. Während seiner 14-jährigen Herrschaft wurden 30 000 Haitianer ermordet, und mehr als eine halbe Million (1/5 der Bevölkerung) mußte das Land verlassen. Alle elementaren Menschenrechte wie Presse-, Meinungs-, Organisations- und Versammlungsfreiheit wurden abgeschafft.

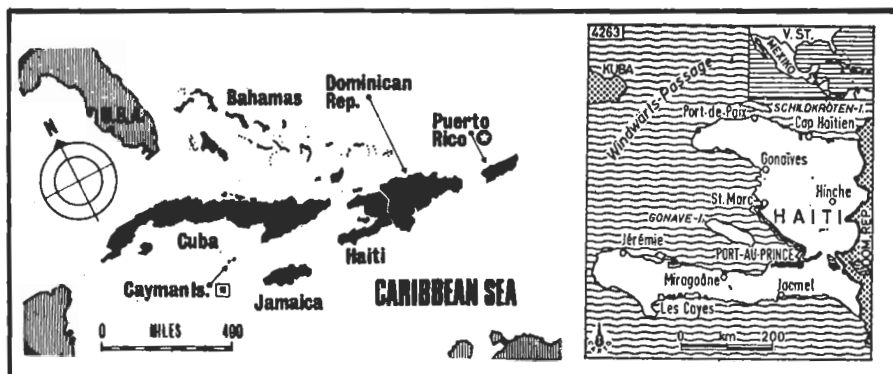
Als der Diktator 1971 starb, trat sein 19-jähriger Sohn Jean-Claude Duvalier (Baby Doc) dessen Nachfolge als Präsident auf Lebenszeit an. Die amerikanische Regierung garantierte durch die Entsendung einer Flotte in das haitianische Hoheitsgewässer den bruchlosen Machtantritt des jungen Diktators.

Dollars raus, Hunger rein

Das Programm, das Duvalier jun. nach seinem Machtantritt verkünden ließ, hatte zwei Schwerpunkte: einerseits die ökonomische Entwicklung des Landes, andererseits die "Liberalisierung" des diktatorischen Systems.

Die "ökonomische Revolution" Duvaliers kam einem Ausverkauf des Landes an ausländische Firmen gleich. Allein von 1971 bis 1974 ließen sich 130 US-Firmen auf Haiti nieder, denen die niedrigen Tageslöhne von 1,30 Dollar Höhe Profitraten garantierten. Gleichzeitig verschlechterte sich die wirtschaftliche und soziale Lage der Bauern und Arbeiter der Insel:

- Heute sind 80% der Haitianer Analphabeten; die weitere Tendenz ist steigend.
- Kindersterblichkeit und Unterernährung sind selbst für lateinamerikanische Verhältnisse extrem hoch.



- Zehntausende mußten wegen politischer Repression und aus ökonomischer Not ihr Land verlassen. Jährlich müssen sich tausende Haitianer in der benachbarten Dominikanischen Republik als billige Wanderarbeiter verdingen.

Liberaler Diktatur?

Die angekündigte "Liberalisierung" der Diktatur – der zweite Programmpunkt – erwies sich als propagandistisches Mittel, um die wirkliche Repression zu verschleiern und die Opposition zu spalten. Trotzdem entstanden in ihrem Zug begrenzte Freiräume, die auch zur Kritik genutzt wurden. So war es Presse und Rundfunk gestattet, mäßige Kritik an der Arbeit der Kabinettsmitglieder zu üben. Die Familie Duvalier wurde davon aber nach wie vor ausgenommen.

Anfang 1979 konnten sich sogar zwei christlich-demokratische Parteien bilden, die sich bei ihrer Gründung auf die Verfassung des Landes beriefen. In den Medien wurde zunehmend kritischer über die Regierungspolitik berichtet, und die Zeitung "Le Petit Samedi Soir" – ursprünglich ein Kulturblatt – entwickelte sich zum Sprachrohr einer sich langsam formierenden Opposition, die auf Einlösung der verfassungsmäßigen Rechte drängte.

Verhaftungen und Widerstand

Der Sturz des engen Duvalier-Freundes Somoza in Nicaragua und der revolutionäre Aufschwung in El Salvador setzten schließlich der "Liberalisierung" ein Ende. Als erster bekam das Sylvio Claude, der Vorsitzende einer der beiden christlich-demokratischen Parteien, zu spüren. Er wurde am 29.8.79 aus politischen Gründen verhaftet und sitzt trotz Hungerstreik und internationaler Proteste immer noch in Haft.

Am 13.11.79 wurde der härtere Kurs durch eine Regierungsumbildung auch personell festgeschrieben. Die wichtigsten Ämter des Verteidigungs- und Innenministers hat seitdem der ehemalige Armeechef, General Claude Raymond, inne. Seitdem ist auch der Terror der Tontonmacoutes, der haitianischen Geheimdienstorganisation, auf den Straßen von Port-au-Prince wieder offener geworden.

Gleichzeitig tritt aber auch der unorganisierte Widerstand gegen das Duvalier-Regime offener als zuvor zu Tage. Die Bevölkerung Haitis macht die Regierung für die enormen Teuerungsraten verantwortlich und diskutiert trotz der ständigen Bedrohung durch die Tontonmacoutes auf den Straßen darüber.

Als Jean-Claude Duvalier im März dieses Jahres den Norden "seines" Landes besuchte, stieß er mehrmals auf deutliche Zeichen der Ablehnung in der Bevölkerung. An den Straßen wendeten sich viele Haitianer demonstrativ ab, als Duvaliers Eskorte vorbeiraste.

Das Ansehen im Ausland

Für die Stabilität der Diktatur auf Haiti ist ein gutes Verhältnis zu befreundeten Regierungen des Auslands notwendig, damit auch weiterhin über Entwicklungshilfe und Privatinvestitionen (Tourismus) Geld ins Land fließt. Auf kritische Stimmen reagiert die Diktatur daher sensibel, und kritische Stimmen gab es in letzter Zeit viele:

- Internationale Menschenrechtsorganisationen aus USA, Frankreich, Schweden, Kanada, BRD usw. schickten Protestbriefe an Duvalier, mit denen sie sich für die Freilassung Sylvio Claudes einsetzten.

- Amnesty International erklärte Sylvio Claude zum Gefangenen des Monats März 1980.
- Die Sozialistische Internationale verurteilte kürzlich auf ihrer Sitzung in Santo Domingo die fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen auf Haiti.

Für die Oppositionellen Haitis bedeutet die Aufmerksamkeit aus dem Ausland eine - wenn auch beschränkte - Sicherheit. Unter den Augen einer wachsamen Öffentlichkeit fällt es schwerer, Regimegegner einfach "verschwinden" zu lassen.

Haiti-Informationsbüro

Um auch in der BRD mitzuhelfen, Öffentlichkeit über die Zustände auf Haiti herzustellen, hat sich jetzt in Köln das HAITI-INFORMATIONSBÜRO (HIB) gegründet. Aufgabe des HIB soll es nicht nur sein, alle erreichbaren Informationen über Haiti zu sammeln und allgemein zugänglich zu machen, sondern vor allem dem verklärenden Bild von der "Perle der Antillen" entgegenzuwirken und durch praktische Solidaritätsarbeit die auf Haiti entstehende Bewegung auch von der BRD aus zu unterstützen.

Kontaktadresse: Haiti - Informationsbüro
Severinstr. 1
5 000 Köln 1



Straßenszene in Porte-au-Prince

Das folgende Lied für Nicaragua wurde am 4. Januar 1980 im Auditorium "Juan Bosco" in Santiago de Chile bei einer kulturellen Veranstaltung von der Autorin vorgetragen. Es war der politisch eindeutigste Beitrag zu dieser Veranstaltung, die noch vor ihrem Ende von der Polizei aufgelöst wurde.

Lied für Nicaragua *****

Diese Nacht will ich schreiben,
Falls die Kerze mir Licht spendet
Und ich nicht tanzen will.
Ich lief, was ich konnte,
Diese Nacht will ich schreiben
Eine ernstes und fröhliches Lied.
Der Tod besiegt auch
Das Elend.
Das Elend, das überquillt
Unter den traurigen Völkern.
Alle Adern laufen zusammen
Und erzählen die Neuigkeit.
Ich möchte nicht, dass Ihr meint,
Diesem Lied mangle die Ehrfurcht.
Es gibt grosse Ereignisse,
Die in der Brust schaffen,
Aus der Brust einer Unterdrückten,
Einer Chilenin, steigt
Dieser ungebrochene Schrei
An das neue Vaterland.
Ich möchte es Euch zeigen, Brüder.
Diese grosse Freude.
Tausend Hände drücke sie!
Kein Häärchen krümm sie mir!
Tausend Wangen küsse sie!
Es kommt der 26. Juli,
Der Tag der Heiligen Anna.
Ich will diesen Tag feiern
Mit Honig aus dem Wald,
Mit Honig aus dem Wald und Zucker
Bis ich keinen mehr hab.

In Nicaragua kräht der Hahn,
Wie in Kuba ist die lange Nacht vorbei.
Diese Nacht murmelt das Wasser
Und pfeift der Wind:
"Nicaragua ist befreit!"
Alle sind zufrieden.
Alle sind zufrieden, ja,
Die Ausgebeuteten.
Dieses Gewitterchen bringt
Grünes Gras für die Herde,
Grünes Gras für eine bessere Herde.
Regne und regne,
Auf dass der alte Diktator
Schon in seinem Grabe ruhe.
Schon in seinem Grabe ruhst Du ja,
Tacho, kleiner Tacho,
Tanzest Du nicht schön den Twist,
Werden wir Dich braten.
Gebraten und verpackt
Mit all den Deinen,
Die Ihr tranken von Nicaraguas
Eigenstem Blut.
Dieses, sein, Blut erlaubt
Diesen grossen Sprung
In die Freiheit.
Erhebt die Faust!
Mit erhobener Faust grüss ich:
Die Befreiung:
Beispiel für unsere Zukunft
Revolution!

Anmerkungen des Uebersetzers:

Tacho = Spitzname für Nicaraguas Diktator Somoza.

"Falls die Kerze mir Licht spendet", Die Sängerin weiss nicht, ob ihr nicht die einzige Kerze ausgeht und sie nachher nicht mehr weiterschreiben kann.

"Mit Honig aus dem Wald und Zucker,/Bis ich keinen mehr hab." Wenn ihre Familie den Honig- und Zuckerrohrvorrat aufbrauchen, werden sie davon sicher nicht überfressen wie wir, sondern es reicht, um den Geschmack zu kosten.

Dieses Lied wurde von einer chilenischen Campesina im September 79 geschrieben. Sie ist ein aktives Mitglied des chilenischen Widerstandes.

NICARAGUA

im Jahr der Befreiung

Bericht über die ersten Monate der Revolution

zu beziehen über: **CON**

osterstraße 36
28 bremen
tel: 0421/592929
bremer landesbank
nr. 5046
postscheck/hamburg
nr. 47003-202

Rose Gauger



J U N I U S

Harald Jung

Nicaragua: Bereicherungs- diktatur und Volksaufstand

zu beziehen über: Verlag Klaus Dieter Vervuert
Rheinstr. 21
6 000 Frankfurt 1

